

1.9.7

13

omnibus

Hokus-pokus-fidibus

Das war der beste Gag von allen: Zuerst wurde die Wurst hergezeigt, und dann sorgte man sich um den Verdauungsprozeß der anderen. Schwupp wurde sie wieder in den Kühlschrank geschlossen. Der liebe Onkel war so besorgt um die körperliche Frische der gebetenen Zeher. Solches Verhalten erinnert an die Schwänke eines Till Eulenspiegel, aber es ist jedenfalls dann nicht kurzweilig, wenn es im politischen Bereich praktiziert wird.

Am 7. Februar 1966 nahm das Zentralkomitee der SED einen erneuten Anlauf, um die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu beeinflussen. Auf Dünndruckpapier wurde ein Brief verschickt, der eine »Verständigung zwischen SED und SPD« anbot. Das »Neue Deutschland« veröffentlichte dieses Schreiben am 11. Februar 1966. Dieses Papier reiht sich ein in eine Flut von Schriftstücken, die beinahe periodisch über die Sozialdemokraten niedergehen und den Zweck verfolgen, »trojanische Pferde« zu finden, mit denen man einen Gegensatz Mitgliedschaft-Parteivorstand erzeugen kann. In diese Richtung zielen auch die Versuche, mittels Einladungen zu »gesamtdeutschen Arbeiterkonferenzen« und Aufenthalt in Mitteldeutschland Aushängeschilder für den eigenen politischen Ausverkauf zu gewinnen und den Bewohnern Mitteldeutschlands vorzugaukeln, daß die politischen Prinzipien der SED allseits anerkannt und damit erstrebenswert für das ganze deutsche Volk seien.

Über Jahre hinweg hat die SPD diese Schreibereien ignoriert und in ihren »Richtlinien für Ostkontakte« steht noch heute die für alle Mitglieder verbindliche Aufforderung, daß »jede organisatorische und politische Beziehung zu kommunistischen Organisationen, besonders zur SED«, abgelehnt werde. So wird das ZK der SED angenommen haben, daß auch diesmal sich keine offizielle Reaktion auf ihren Brief zeigen werde. Am 18. März 1966 meldeten sich jedoch Parteivorstand, Fraktionsvorstand und Kontrollkommission der SPD zusammen mit ihren Landes- und Bezirksvorsitzenden und gaben eine »Offene Antwort«.

Zu diesem Zeitpunkt begann die Sache spannend zu werden. Denn nun mußte sich zeigen, ob die Kommunisten bereit sein würden, ihre Angebote aufrecht zu erhalten.

Im deutschen Blätterwald begann es zu rauschen und über Rundfunk und Fernsehen wurden die verschiedensten Kommentare - je nach Standort und Absicht der Verfasser - ausgestrahlt.

Die Sozialdemokraten hatten sich dabei davon leiten lassen, daß in der gegenwärtigen Phase deutscher Politik alles getan werden muß, um die Verantwortlichkeit gegenüber der deutschen Teilung vor der Öffentlichkeit immer wieder deutlich zu machen. Das wird besonders dann verständlich, wenn man sich die praktischen, blutigen Konsequenzen an Mauer und Stacheldraht ins Gedächtnis ruft, die die »kleinen Leute« zu tragen haben. In diesem Sinne ist ihre »Offene Antwort« mit den eindringlich gestellten Fragen an die Machthaber in Mitteldeutschland die klare Erkenntnis, daß niemandem mit dem Streit über ideologische Positionen geholfen werden kann, aber alles daran gesetzt werden muß, in Deutschland darüber Klarheit zu gewinnen, was die Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben sind.

In einem Anschreiben an den Vorsitzenden der SPD hatten die Kommunisten angeboten, »in gemeinsame Aussprachen von Vertretern unserer Parteien« einzutreten. Das altbekannte Volksfrontmanöver sollte ins Spiel gebracht werden, geradeso, als ob die Sozialdemokraten aus dem Umgang mit den Kommunisten in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nichts gelernt hätten.

So hat dann auch die SPD darauf aufmerksam gemacht, daß Gespräche mindestens schon deshalb scheitern müßten, weil niemand von ihr im Ernst verlangen könne, sich mit Leuten gleichberechtigt an einen Tisch zu setzen, die die in ihrer Verfassung garantierte Freizügigkeit mit Stacheldraht, Mauer und Maschinenpistolen außer Kraft setzen und allenfalls bereit sind, Rentnern in beschränktem Maße einen Reiseverkehr über die Zonengrenze hinweg zu gestatten. Im Anschluß daran werden Fragen gestellt, die immer wieder auf denselben Sachverhalt hinzielen: Wie halten es die Kommunisten mit den Menschenrechten? Wie halten sie es mit den praktischen Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland, wie mit einer freimütigen Diskussion in allen Teilen unseres Landes, wie mit den feindseligen Maßnahmen gegenüber Berlin und seiner Bevölkerung?

Wie aus wohlunterrichteter Quelle zu erfahren war, gab es im ZK der SED harte Auseinandersetzungen darüber, ob die »Offene Antwort« der Sozialdemokraten veröffentlicht werden solle. Abgesehen davon, daß sich anscheinend zwei fast gleich starke Gruppen gegenüber gestanden haben, ist ein Sachverhalt besonders interessant: Die ZK-Mitglieder, die in den ehemaligen Hochburgen der SPD - wie Magdeburg, Leipzig usw. für die Verbreitung kommunistischen Gedankengutes und die Einhaltung der Beschlüsse der Partei verantwortlich sind, setzten sich gegen eine Veröffentlichung ein, weil sie dem mühsam eingedämmten »Sozialdemokratismus« keine Argumente aus der eigenen Hauspostille zuspiesen wollten. So wurde denn auch die »Offene Antwort« der SPD am 26. März 1966 gleichzeitig mit dem »Offenen Brief« der SED vom 25. März 1966 im »Neuen Deutschland« veröffentlicht. Wie richtig die Bremser im Zentralkomitee das psychologische Klima in der Bevölkerung Mitteldeutschlands eingeschätzt hatten, ließ sich am Verkauf des »ND« ablesen. Innerhalb weniger Stunden waren sämtliche Exemplare vergriffen. Und damit hatte die SED die sozialdemokratischen Argumente am Hals, versehen mit dem »imprimatur« ihres obersten Organs, dem ZK der SED.

Die SPD ließ nicht lange auf sich warten. Am 14. April 1966 beschloß ihr Vorstand die »Zweite offene Antwort der SPD«, die wiederum von vielen westdeutschen Tages- und Wochenzeitungen veröffentlicht wurde. Mit präzisen Vorschlägen ging sie auf den von der SED angebotenen Redneraustausch ein, sowohl hinsichtlich der technischen Einzelheiten als auch hinsichtlich des von ihr anzusprechenden Themenkreises. Gleichzeitig benannte sie ihre Redner - Brandt, Erler, Wehner - und die technische Kommission für die organisatorische Abwicklung der Veranstaltungen, nämlich den Parteivorstandssprecher Fritz Stallberg und den Geschäftsführer des Bezirks Hannover, Hans Striefler.

Die SED schickte ihr Politbüromitglied Paul Verner und das ZK-Mitglied Werner Lamber zum ersten Treffen der Kommissionen am 29. April 1966 in Ost-Berlin und am 30. April 1966 in West-Berlin.

Das Ergebnis war mager, denn nun stellte sich plötzlich heraus, daß es mit der öffentlich geführten Disputation so schnell auch wieder nicht

gehen könne, weil »internationale Verpflichtungen« die führenden Herren der SED unabkömmlich machten. Damit war der Monat Mai von der Auseinandersetzung »befreit« worden.

Am 3. Mai 1966 ließ Politbüromitglied Erich Hon-ecker dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt eine Stellungnahme zukommen, die zusammen mit den Kommissionsergebnissen Brandt zu folgenden Feststellungen veranlaßte:

(zitiert nach pressemitteilungen und informationen der SPD, Nr. 228/66)

1. In den technischen Gesprächen wurde eine prinzipielle Einigung darüber erzielt, daß - entsprechend der sozialdemokratischen Voraussetzung - die deutsche Öffentlichkeit an dem Austausch der Standpunkte gleichmäßig und umfassend teilnehmen können muß. Die Einzelheiten sind noch nicht besprochen worden. Aber ich habe den Eindruck, als ob sich die kommunistische Seite über die Wichtigkeit dieses Punktes im klaren ist.
2. Es ist klargestellt worden, daß keine gemeinsamen Veranstaltungen anberaumt werden und daß demzufolge jede der beiden Seiten zu bestimmen hätte, in welcher Stadt ihres Wirkungsbereiches sie eine solche Veranstaltung durchführt. Die SED hat mitgeteilt, daß sie bei Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) bleibt. Für die SPD bleibt es bei Hannover. Es liegt auf der Hand, daß bei einem Fortgang von Streitgesprächen auf beiden Seiten auch andere Städte in Betracht kämen.
3. Die SED hat es abgelehnt, die beiden Versammlungen, um die es sich zunächst handeln würde, noch im Mai abzuhalten. Sie weicht auf den Juli dieses Jahres aus. Das Politbüro macht dazu noch die Einschränkung, daß es zunächst die Stellungnahme des Zentralkomitees einholen müsse. In der Mitteilung, die mir gestern abend zuing, wird aufgeführt, daß wegen internationaler Verpflichtungen der führenden Herren der SED ein früherer Zeitraum nicht möglich sei. An der Reihenfolge der Veranstaltungen wird festgehalten.

Damit war von der SED die Pause eingeläutet, nachdem sie am 30. April 1966 in der Zeitung »Neues Deutschland« die »Zweite offene Antwort der SPD« in einer Weise abgedruckt hatte, die Willy Brandt als »traurigen Scherz« klassifizierte.

Zwischenzeitlich hatte die SED glücklos versucht, über Hilfstruppen (FDJ, Jugendausschüsse etc.) in die Untergliederungen der Sozialdemokraten

einzudringen und Stimmung für »gemeinsame Gespräche« zu machen.

Zwischenzeitlich hatten sich aber auch die Parteien des Bundestages zu Wort gemeldet. Außer den Freien Demokraten war niemand bereit, die Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu wagen. Manch einem war auch der Griff in die Mottenkiste gerade gut genug. So tönte der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Dr. Klepsch, MdB, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Schritt gezielt gegen den Bundeskanzler affrontierten und kommunistische Stimmen bei der kommenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sammeln wollten. »Daß die SPD im übrigen »steckbrieflich gesuchten Mördern wie Walter Ulbricht« freies Geleit zusichere, meinte Klepsch, bedrohe die rechtsstaatliche Ordnung« (zitiert nach Hamburger Abendblatt 16./17. April 1966).

Inzwischen haben die Parteien im Bundestag einen Streit darüber begonnen, wie denn rechtlich das Auftauchen kommunistischer Spitzenfunktionäre zu behandeln sei. Der letzte Schrei scheint das Aufspalten in politische und kriminelle Delikte zu sein, wobei eben nur die Frage entstehen wird: was ist wo zu subsumieren. Eines dürfte allerdings klar sein: In der Politik darf es kein bequemes niemals geben!

Wie sagte doch Willy Brandt auf seiner Pressekonferenz vom 4. Mai 1966 in Berlin?

»Wir haben unseren Teil versucht. Aber wir sind mit zäher Geduld gewappnet. Wir werden also, politisch gesehen, am Ball bleiben.«

Hoffen wir's!

Für dieses »politische Ballspiel« gibt es bisher noch kein verbindliches Reglement. Immerhin sind aber einige Fragen bereits aufgeworfen, die Verhaltensweisen betreffen.

Recht wenig angenehm müßte es für die Sozialdemokraten sein, von der Einheitspartei als »liebe oder werde Genossen« tituliert zu werden. Und für gewisse bundespolitische Klischeevorstellungen ist es geradezu undenkbar, daß man den Kommunisten gegenüber die sonst üblichen Höflichkeiten wie Guten-Tag-sagen und sich-zum-Essen-einladen-lassen praktiziert. Geradezu belzebübisch wäre aber eine Situation, in der man in einem Saal sprechen müßte, den man mit »klassenkämpferischem Schmuckwerk« ausgestattet hätte.

Es ist nämlich nicht nur eine Kunst der Kommunisten, derlei Formalien in allesumfassende Grundsätze umzuwandeln. Es gibt auch anderswo abgeschmackte politische Impotenz, die derlei als Stimulans gebrauchen würde. Daß darin die Gefahr verborgen ist, den Kommunisten Vorwände zum Kneifen frei Haus zu liefern, wird dabei allzu oft übersehen. Die oben beschriebene »Klep-

scherei« kann deshalb nur als ausgemachter Immobilismus verstanden werden.

Deshalb ist auch die Frage zu stellen, ob denn Mobilität in diesem Zusammenhang notwendig sein könnte.

Feststellbar sind folgende Fakten:

Einundzwanzig Jahre nach der totalen Kapitulation des Deutschen Reiches ist Deutschland tiefer gespalten denn je zuvor.

Die in Mitteldeutschland agierende Regierung strebt nach völkerrechtlicher Anerkennung dieser Spaltung (Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie). Die Sowjetunion und die Ostblockstaaten begünstigen dieses Verhalten und verbinden damit eine Präjudizierung der deutschen Ostgrenzen.

In der weltpolitischen Auseinandersetzung beginnt es, in den sich gegenüberstehenden Blöcken zu kriseln.

Die Gefahr eines großen Weltkrieges bringt es mit sich, daß die Kontrahenten Nebenkriegsschauplätze einfrieren lassen und an der Erhaltung des Status-quo in Europa interessiert sind. Die Verantwortlichkeit der Angehörigen der Anti-Hitler-Koalition gegenüber dem ganzen Deutschland weicht nationalstaatlichen Interessen.

Auf diesem Hintergrund wird deutlich, daß das Deutschlandproblem aus dem Zentrum weltpolitischer Entscheidungen geraten und zu einer Randfrage degradiert werden kann. Das hätte nur dann einen Vorteil, wenn man in entschärfter Atmosphäre eine Entscheidung zustande brächte, die die Anliegen des ganzen deutschen Volkes berücksichtigte.

Verhängnisvoll wäre aber, wenn die »deutsche Frage« stillschweigend eingefroren würde.

So bleibt also deutscher Politik nur der Versuch, im internationalen Konzert mitzuspielen und für die eigene Melodie eine Übereinstimmung mit der großen Partitur zu suchen.

Daß es dabei nicht ohne Auseinandersetzung mit den kommunistischen Paukenschlägern abgehen wird, dürfte einsichtsvollen Leuten klar sein. Und es wäre nur geschickt, wenn man es vermöchte, das Kalbfell auf der Kesselpauke zu lockern, ehe das Konzert beginnt.

So ist denn die Initiative der SPD auch nicht als Deutschlandpolitik oder als Ersatz dafür zu verstehen.

Sie ist und bleibt der Versuch, im politischen Vorfeld ein Klima zu erzeugen, das für alle Beteiligten Kräfte sinnfällig macht:

die deutsche Spaltung ist für uns selbst ein unmittelbares Problem, das es zu lösen gilt.

Man kann den Sozialdemokraten nur wünschen, daß wenigstens das deutsche Volk ihr Unternehmen unterstützt.

So tut denn Mobilität in der Tat not!

Manfred Guhr

Durften die Polen oder ..

Zur gegenwärtigen Rechtslage der Oder-Neiße-Gebiete

Die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland basiert im allgemeinen auf der Voraussetzung, daß nach geltendem Völkerrecht das Oder-Neiße-Gebiet noch unter deutscher Gebietshoheit stehe, die von Polen lediglich verwaltet werde. In dieser These sind sich alle deutschen Parteien einig, auch die Denkschrift der EKID hat sie sich zu eigen gemacht. In dem gleichen Sinne haben sich die westlichen Alliierten in der Vergangenheit wiederholt ausgesprochen. Gegenteilige Stimmen namhafter westlicher Völkerrechtler sind nicht zu verzeichnen. Dennoch ist es interessant, nach der völkerrechtlichen Begründung dieser These zu fragen. Denn weil die konkurrierenden Ansprüche Deutschlands und Polens auf die deutschen Ostgebiete vor keinen internationalen Gerichtshof gebracht werden können, kommt es in der beginnenden internationalen Diskussion entscheidend darauf an, daß die deutschen Rechtsbehauptungen in ihrer Begründung eine gewisse Aussicht auf Anerkennung auch in der außerwestlichen Völkerrechtswissenschaft haben.

Der Fortbestand der deutschen Gebietshoheit über die Ostgebiete setzt positiv voraus, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt noch fortbestehe oder einen Rechtsnachfolger gefunden habe, und negativ, daß die von Polen in Anspruch genommene Annexion dieser Gebiete nach geltendem Völkerrecht unwirksam sei. Beide Voraussetzungen müssen erfüllt sein, wenn der deutsche Standpunkt begründet sein soll.

Was die erste Voraussetzung angeht, so beurteilt sie das Völkerrecht nach zwei miteinander konkurrierenden Prinzipien: dem Kontinuitätsprinzip und dem Effektivitätsprinzip. Das Kontinuitätsprinzip, wonach im Zweifel ein Staat nicht oder nicht ohne Gesamtrechtsnachfolger erlischt, entspringt dem Bedürfnis der Völkerrechtsgemeinschaft, die bestehenden internationalen Verpflichtungen nach Möglichkeit zu erhalten und nicht durch den Wegfall des verpflichteten Subjekts gegenstandslos werden zu lassen. In diesem

Sinne bestand nach 1945 ein starkes Interesse der Siegermächte, das politisch neu verfaßte Deutschland für die Folgen des Dritten Reiches haftbar zu machen. Dem entsprach es, daß die Rechtssubjektivität des alten Staates internationalrechtlich als fortbestehend anerkannt wurde. Diese Lage hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren grundlegend gewandelt. Auf beiden Seiten hat sich ein anderes Interesse in den Vordergrund geschoben, das auf Integration der beiden Deutschlands in den westlichen und östlichen Staatenblock und auf die Konservierung des status quo gerichtet ist. Von dieser Entwicklung her wird die Anwendung des Kontinuitätsprinzips auf Deutschland in Frage gestellt und dafür das Effektivitätsprinzip in den Vordergrund gerückt, wonach nur solche Staaten mit der dauernden Anerkennung des Völkerrechts rechnen können, die aktuell handlungsfähig sind oder es in absehbarer Zeit wieder werden können. Im Lichte dieses Prinzips stellen alle Theorien den Fortbestand des Deutschen Reiches ernsthaft in Frage, die nur eine gesamtdeutsche Regierung für rechtlich legitimiert erklären, über die deutschen Ostgebiete zu verfügen; die Völkerrechtsgemeinschaft wird je länger desto mehr zögern, ein Deutsches Reich noch als Rechtssubjekt zu betrachten, das seine handlungsfähigen Organe erst zurückgewinnen kann in einer einschneidenden Revision des status quo, an dessen Erhaltung West und Ost gleichermaßen interessiert sind.

Diesen Schwierigkeiten entgehen zwar jene Theorien, die eine rechtliche Identität oder ein Rechtsnachfolgeverhältnis zwischen dem Deutschen Reich und der BRD annehmen und dieser demgemäß die ausschließliche Befugnis zusprechen, für das Deutsche Reich zu handeln. Sie tragen dem Kontinuitätsprinzip ebenso Rechnung wie dem Effektivitätsprinzip, haben jedoch keine Aussicht auf Anerkennung von seiten des Ostblocks und sind deshalb unvermögend, den Fortbestand des Deutschen Reiches in einer Weise zu begründen, die für die außerwestliche Völkerrechtslehre überzeugen kann. Die einzige in Ost und West akzeptable und mit dem Effek-

tivitätsprinzip vereinbare Theorie vom Fortbestand des Deutschen Reiches würde darin bestehen, die BRD und die DDR gemeinsam als mit dem Deutschen Reich identisch oder als seinen Rechtsnachfolger zu erklären, wenn gleichzeitig die politischen Voraussetzungen geschaffen würden, die ein gemeinsames Handeln beider Subjekte tatsächlich ermöglichen würden. Eine solche Theorie wird von der BRD jedoch nicht vertreten. Die zweite, negative Voraussetzung für den Fortbestand der deutschen Gebietshoheit liegt darin, daß die von Polen vollzogene Annexion nach damals geltendem Völkerrecht unwirksam gewesen sei. Soviel ich sehe, wird auch in der deutschen Völkerrechtslehre nicht bestritten, daß Polen den Tatbestand der Annexion tatsächlich erfüllt hat. Ebenso ist allgemein anerkannt, daß nach klassischem Völkerrecht ein Recht zur Annexion bestand, das aus dem Recht zum Kriege abgeleitet wurde. Es wird jedoch geltend gemacht, es habe sich seit dem Ersten Weltkrieg mit dem diskriminierenden Kriegsbegriff auch ein völkerrechtliches Annexionsverbot durchgesetzt. Eine solche Bildung neuen, das ältere Recht derogierenden Rechtes muß beweisen können, wer sich darauf beruft.

Die Völkerrechtswissenschaft der zwanziger Jahre hat ein Annexionsverbot abgeleitet aus dem Verbot des Angriffskrieges, wie es in der Völkerbundssatzung und in dem Briand-Kellogg-Pakt von 1928 stipuliert war. Ob Deutschland sich auf diese Rechtsinstrumente berufen kann, ist zweifelhaft, weil es 1933 aus dem Völkerbund ausgetreten und das Friedenssicherungssystem des Kellogg-Paktes in dem von ihm entfesselten Zweiten Weltkrieg zusammengebrochen war. Aber auch abgesehen hiervon kann das Annexionsverbot jedenfalls nur so weit reichen, wie das Verbot des Krieges reicht. Polen war von Deutschland angegriffen, hatte also ein Recht zum Kriege und folgerichtig wohl auch zu dem aus dem Kriegerecht fließenden Recht zur Annexion. Man wird dieser Deduktion entgegenhalten können, daß das Recht zur Verteidigung nur bis zur Niederwerfung des Aggressors reiche und das die nachträglich vollzogene Annexion ein rechtswidriger



Notwehrexzeß sei. Es ist aber die Frage, ob eine so weitgehende Anwendung deliktsrechtlicher Grundsätze der relativ archaischen Struktur des internationalen Kriegerrechts entspricht.

Auch unabhängig von diesen mehr dogmatischen Fragen wird man zögern müssen, das Annexionsverbot für die zwanziger und dreißiger Jahre bereits als gesicherten Bestandteil des Völkerrechts zu betrachten, weil sich eine tatsächliche Übung, wie sie zur Entstehung auch völkerrechtlichen Gewohnheitsrechtes unerlässlich ist, in der Praxis der Staaten nicht nachweisen läßt. Mit dem Annexionsverbot steht es in dieser Beziehung nicht anders als mit der Stimson-Doktrin, wonach den Staaten die Anerkennung einer auf Aggression gestützten Annexion untersagt sein soll. Obwohl diese Doktrin 1932 durch Beschluß der Völkerbundversammlung zum Völkerrechtssatz erhoben worden ist, haben die Staaten in der Folgezeit eine ganze Reihe von Annexionen anerkannt. So die selbst vom Völkerbundsrat gebilligte Annexion Abessinien durch Italien 1936, ferner die Österreichs durch Deutschland und die notdürftig in ein Vertragsgewand gehüllte Annexion des Sudetenlandes, ferner die Einverleibung Finnlands durch Rußland 1940 und schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg die Annexion Heiderab-

ads durch Indien, die sogar die Billigung der Vereinten Nationen gefunden hat. Namhafte Völkerrechtler folgern daraus, daß die Stimson-Doktrin kein geltender Rechtssatz geworden sei. Angesichts dieser zahlreichen, von der Völkerrechtsgemeinschaft als zu Recht erfolgt anerkannten Gewaltakte wird man nicht behaupten können, daß die Lehre vom Annexionsverbot sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als völkerrechtliches Gewohnheitsrecht durchgesetzt habe.

Nach einer anderen Auffassung soll es deshalb hierauf auch nicht ankommen. Nach ihr ergibt sich das Annexionsverbot an die polnische Adresse aus der Atlantik-Charta und aus der Satzung der Vereinten Nationen. Hierzu ist zu sagen, daß die Atlantik-Charta als Rechtsquelle von vornherein ausscheidet, weil sie kein rechtlich bindendes Instrument, sondern lediglich eine politisch-moralische Proklamation von Prinzipien ist, die auch in anderen Punkten nicht verwirklicht worden sind. Es hätte deshalb auch der Erklärungen Churchills vom Februar und März 1945 nicht bedurft, daß Deutschland keine Ansprüche aus der Charta herleiten könne. Die Satzung der Vereinten Nationen umfaßt zwar in ihrem allgemeinen Gewaltverbot - dem ersten des positiven Völkerrechts - auch ein Annexionsverbot. Nach ihrem

Artikel 107 findet die Satzung jedoch keine Anwendung auf Maßnahmen gegen Deutschland, die »von den für solche Maßnahmen verantwortlichen Regierungen als Ergebnis jenes Krieges (sc. des Zweiten Weltkrieges, d. Verf.) ergriffen oder genehmigt werden«. Das hiergegen vorgebrachte Argument der Sittenwidrigkeit dürfte angesichts der deutschen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg in der außerdeutschen Diskussion kaum überzeugend wirken.

Diese Übersicht dürfte zeigen, daß gegen die These von der fortdauernden deutschen Gebietshoheit über die Ostgebiete eine ganze Reihe völkerrechtlicher Argumente vorgebracht werden können, die in einer sachlichen Diskussion jedenfalls nicht kurzerhand vom Tisch gefegt werden können. Ohne Zweifel wird sich Polen auf sie berufen, und unsere westlichen Verbündeten werden sie gegen uns ins Feld führen, wenn ihnen die Schonung unserer nationalen Gefühle einmal nicht mehr so sehr am Herzen liegen sollte wie in der Vergangenheit. Die Zweifelhaftheit unserer Rechtsposition weist aber auch über den juristischen Bereich hinaus und macht wieder einmal mehr deutlich, daß der Schlüssel für die Lösung der deutschen Frage nur in der Politik zu suchen ist.

Klaus Hespe

Auf der Suche nach einem Mäzen

Gespräch mit zwei Stadträten

omnibus: Nach 24 Jahren hat Braunschweig einen neuen Kulturdezernenten bekommen. Ein neuer Dezernent, neue Pläne! Wir würden sie gern erfahren.

Stadtrat Wenzel: Neue Pläne liegen vor. Sie stammen z. T. noch von meinen Vorgängern. Leider steht jede neue Planung im Zeichen der finanziellen Notlage, die alle Gemeinden betrifft; Braunschweig bildet da keine Ausnahme. Es wäre natürlich gut, von Ihnen zu erfahren, wohin die Frage im einzelnen zielt, denn mein Dezernat umfaßt einen großen Bereich. Es gehören die Schulen dazu, der Sport, die Kultur, letztere allerdings erst seit fünf Tagen. Insofern ist es schwierig, auf diese sehr umfassende Frage eine Antwort zu geben.

omnibus: Ja, wir haben eine Reihe von Detailfragen und möchten Ihnen gleich die erste stellen: Zu Beginn Ihrer Amtszeit diskutierte man in Braunschweig die Ausstellung des Berliner Kunstmiedes Fritz Kühn im Städtischen Museum. Weder der alte noch der neue Kulturdezernent noch der Stadtbaurat beteiligten sich an der Diskussion. Wir würden gern wissen, wie Sie, Herr Stadtrat Wenzel, und Sie, Herr Stadtbaurat Dr. Wiese, die Arbeiten Fritz Kühns beurteilen. Handelt es sich dabei um Kunst?

Stadtrat Wenzel: Ich meine, die Übergänge zwischen Kunst und Kunsthandwerk sind fließend. Eine scharfe Abgrenzung würde ich kaum für möglich halten und würde es selbst schon gar nicht wagen, diese Abgrenzung vorzunehmen. Ich glaube aber, daß allein die Diskussion der Ausstellung Prof. Kühn bewiesen hat, daß es notwendig ist, auch solche Ausstellungen nach Braunschweig zu bringen. Vielleicht ist es dabei sogar gut, wenn wir uns an schärfere Formen der Auseinandersetzung gewöhnen. Ich würde es nicht für gut halten, wenn das Kunstleben einer Stadt immer nur »hübsch« verläuft. Die Gefahr, steril zu werden, liegt dann nahe.

Aus meiner persönlichen Bekanntschaft mit Herrn Prof. Kühn möchte ich sagen, daß er niemals versucht hat, seine Arbeiten als Kunst auszugeben, sondern daß er immer gesagt hat: »Für mich steht die saubere handwerkliche Arbeit im Vordergrund meines Schaffens«. Und ich glaube, daß unter diesem Aspekt die Ausstellung für Braunschweig doch eine ganze Menge gebracht hat.

Stadtbaurat Dr. Wiese: Die Frage, wie weit es Kunst ist oder Kunsthandwerk, kann man mit der gleichen Frage an die Architektur verknüpfen. Denn Kühn betont immer wieder, daß seine Werke mit dem Bau verhaftet sein sollen. Er ordnet sich der Architektur unter, will seine Arbeiten als Detail oder Attribut in die Architektur einfügen. Und da erhebt sich die Frage: Wie weit ist denn die moderne Architektur, seien es Fassaden oder seien es Innenräume, Kunst, die ja Kühn in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt, daß seine Schöpfungen mit dem Bau verhaftet sein sollen, auch wenn es eine Platzgestaltung ist. Er geht also sehr stark einher mit der Architektur. Und da ist ja die Frage: Wie weit ist denn die moderne Architektur Kunst? Da kann man ja auch sehr unterschiedlicher Auffassung sein.

Man kann sagen, einige Gebäude sind sublimierte Technik und andere haben eben ausgeprägte künstlerische Gestaltungselemente.

Ich habe ja bei der Ausstellungseröffnung einige Worte darüber gesagt und betont, daß diese Ausstellung für uns Architekten so interessant ist, weil sie Beispiele für »Kunst am Bau« bringt. »Kunst am Bau« ist der Sammelbegriff für alle gestalterischen Arbeiten am Bau, die nicht mehr in den Aufgabenbereich des normalen Bauhandwerkers fallen. Kühn fing als Bauschlosser und Schmied an. Inzwischen ist er auf dem Gebiet der Metallformung und -bearbeitung eine »outstanding« Persönlichkeit und man kann ihn nicht mehr in die Gruppe der Handwerker einordnen. Er bezeichnet sich nicht als Künstler.

Er hat auch betont, daß er von reinen Künstlern die wenigsten Anregungen aufnimmt, sondern daß er vielmehr Anregungen aus der Technik aufnimmt, von Physikern, von Kernforschern, daß deren Gedankengänge ihm mehr liegen, als die der nur Künstler.

omnibus: Es ist die Rede davon, daß auch die Stadt Braunschweig Fritz Kühn einen Auftrag erteilen will. Stimmt das? Welcher Art wird der Auftrag sein?

Stadtrat Wenzel: Die Stadt beabsichtigt, aber schon seit langem, im Rahmen der Gestaltung der Außenanlagen der Berufsschule Metall Prof. Kühn einen Auftrag für einen, wie er es selbst nennt, Aufsteller zu geben.

Stadtbaurat Dr. Wiese: Ich habe bisher nur gehört, daß es sich bei dieser Plastik um die Darstellung des Stahls vom fließenden roten Stahl bis zum Profil handelt. Das soll irgendwie ausgedrückt werden. Ich weiß nicht, wie weit es eine freikünstlerische Plastik ist, ein städtebaulicher Akzent für die Platzgestaltung, oder ob sie auch noch eine andere Funktion aufnimmt. Ich würde dazu neigen, Prof. Kühn Aufgaben zu geben, die stark an den Bau gebunden sind und auch eine praktische Funktion am Bau wahrnehmen.

omnibus: Ist der Auftrag schon erteilt?

Stadtrat Wenzel: Der Auftrag ist, soviel ich weiß, noch nicht erteilt. Das ist eine Frage, die zunächst noch die Ausschüsse des Rates beschäftigen wird. Für mich ist diese Frage deshalb schwer zu beantworten, weil ich als Ratsherr dem Kulturausschuß vor meiner Berufung zum Dezernenten nicht angehört habe.

omnibus: Die Diskussion um Fritz Kühn zeigte z. T. erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Wäre es aber nicht konstruktiver, wenn für kulturpolitische Entscheidungen der Stadt ein beratendes Gremium zur Seite steht, etwa in der Form eines Gutachterausschusses. Würden Sie ein solches Gremium befürworten? Wie könnte es sich zusammensetzen?

Stadtrat Wenzel: Ich halte die Möglichkeit, ein solches Gremium zu schaffen, durchaus für erwägenswert. Ich habe auch durchaus meine Vorstellungen, wie man ein solches Gremium zusammensetzen könnte. Aber das kann selbstverständlich nicht ohne die Zustimmung des Rates geschehen. Der Gedanke, insbesondere die künstlerischen Ankäufe der Stadt beurteilen zu lassen, erscheint mir gut.

Stadtbaurat Dr. Wiese: Mein Aufgabengebiet in Braunschweig ist beschränkt auf die bereits genannte »Kunst am Bau«, auf die berühmten 2 oder 3 Prozent der Bausumme, die nun leider in Braunschweig aus finanziellen Rücksichten meist nicht ausgegeben werden können. Ich halte auch die Schaffung eines solchen Gremiums für erwägenswert. Der Kulturausschuß selbst ist ja ein sehr schönes Regulativ. Dort spricht der unverbildete Bürgersinn, so kann man es vielleicht ausdrücken. Und gerade bei der Beurteilung solcher modernen Kunstwerke ist es manchmal nützlich, den »unverbildeten Bürgersinn« zu hören. Er wird z. B. in der Musterbauordnung als maßgeblich in Fragen der Baugegestaltung angesehen. Der Kulturausschuß steht in der Gefahr, von irgendwelchen Experten oder Interessengruppen überfahren zu werden. In solcher Situation könnte ein Beirat dem Ausschuß mit Ratschlägen zur Seite stehen. Aber es ist eben sehr wichtig, wie man einen solchen Beirat zusammensetzt, denn wir haben leider auch in der Pressediskussion über Kühn gesehen, daß auch gewisse persönliche Motive mitspielen, die nicht nur auf die Kunst abzielen. Bei einseitiger Zusammensetzung kann ein solcher Beirat in ein völlig falsches Fahrwasser geraten und dann viel gefährlicher sein, als der »Bürgersinn« des Kulturausschusses.

omnibus: Wenn man durch Braunschweig geht, fällt auf, daß man so gut wie keine repräsentative neue Plastik entdeckt. Andere Städte sind da besser dran. Nun gab die Stadt vor Jahren einen Auftrag an den Bildhauer Fritz König. Die Plastik ist noch immer nicht aufgestellt. Im Gegenteil, es soll zu einer Kontroverse zwischen Stadt und Bildhauer gekommen sein, in deren Verlauf Fritz König erklärt haben soll, er lehne den Auftrag unter Umständen ganz ab. Wird der Auftrag aufrecht erhalten?

Stadtrat Wenzel: Diese Situation ist nicht eingetreten, vielmehr ist es bei der Gestaltung des Schloßgartens durch finanzielle Nöte, aber auch durch Schwierigkeiten, die in der Planung liegen, zu einer Verzögerung gekommen. Prof. König, mit dem wir uns im besten Einvernehmen befinden, hat uns mitgeteilt, daß er durch seine eigene Weiterentwicklung heute Besseres zu bieten hätte als seinen ersten Entwurf. Und er hat sich lebenswürdigerweise bereiterklärt, dieses Bessere heute zu einem gleichen Preis zu liefern wie seinen ersten Entwurf. Er hat einen zweiten Entwurf vorgelegt, der im Kulturausschuß behandelt und gebilligt wurde. Im Verwaltungsausschuß ist jedoch gegen diesen neuen Entwurf, der auf zwei Karyatiden einen Querbalken trug, eingewandt worden, den Schloßgarten nicht mit einer Sammlung von Torbögen auszugestalten. Dieser Gedanke ist sofort von Prof. König akzeptiert worden. Er hat inzwischen in Form von Skizzen und Fotografien einige andere Entwürfe der Stadt angeboten. Diese Dinge werden den Kulturausschuß schon in einer seiner nächsten Sitzungen beschäftigen.

Die Aufstellung der Plastik wird vielleicht im Jahre 1967 erfolgen können.

Stadtbaurat Dr. Wiese: Ja, frühestens! Sie haben gesagt, daß es in Braunschweig sehr wenig moderne Plastiken gibt,

die nach dem Kriege aufgestellt worden sind. Das liegt vielleicht auch an dem heute noch unfertigen Stadtbild. Wir haben ja viel Mühe darauf verwendet, Teile des alten Stadtbildes, die sog. Traditionsinseln, wiederherzustellen. Sie sollen keine Inseln sein, sondern sich mit dem Modernen verbinden. Darunter haben wir Kunstwerke von so überstrahlender Wirkung, daß es gewagt ist, heute im unfertigen Stadium des Stadtbildes moderne Plastiken aufzustellen. Es gibt aber Punkte, wie z. B. das Hochschulforum, wo natürlich eine moderne Plastik noch besser angebracht wäre als der Herzog. Da hätte ich das gern gesehen, denn dort ist wirklich einmal ein Rahmen vom Stadtbild her gesehen. Wir haben sonst nicht viele geeignete Punkte in Braunschweig. Aber um noch einmal auf die Plastik von Prof. König zurückzukommen, wäre zu sagen, wenn man diesen Querbalken auf zwei Stützen in der Rasenfläche sieht, dann assoziiert man ein Tor und denkt, da soll man wohl hindurchgehen. Das ist vom Künstler nicht beabsichtigt. Da wir ohnehin mit dem Schloßgarten noch etwas Zeit haben, glaube ich, daß es gut ist, wenn diese Frage noch einmal durchdacht wird, auch von Prof. König.

omnibus: In diesem Zusammenhang interessiert uns, ob es stimmt, daß auch der Braunschweiger Bildhauer Emil Cimiotti einen städtischen Auftrag erhalten soll? Worum handelt es sich dabei?

Stadtbaurat Dr. Wiese: Ich sah neulich bei Herrn Hnizdo in der Stadthalle eine goldene Kugel von Cimiotti, etwa so groß wie ein kleiner Fußball, die sehr stark profiliert war, mit kantigen Aushöhlen. Ich hörte, daß geplant ist, dieses Modell in groß anfertigen zu lassen und neben der Stadthalle aufzustellen. Mehr weiß ich nicht darüber. Diese Kugel, in der Größe, war sehr ansprechend. Wenn sie eine Freiplastik wird, bringt sie wahrscheinlich einige Problematiken mit sich, weil Niederschlag, Schnee und Regen, sich in diesen Teilen festsetzen und ausfließen wird und die Form durch das Wetter beeinträchtigt werden kann.

omnibus: Der Porticus des Mittelteils der Schloßruine und die beiden Reiterstandbilder sind zur späteren Verwendung aufbewahrt worden. Wir würden gern wissen, wann und wo mit ihrer Aufstellung zu rechnen ist?

Stadtrat Wenzel: Über den Porticus ist noch keine Entscheidung gefallen. Wie Sie richtig sagen, ist er sichergestellt und gelagert. Der geeignete städtebauliche Platz muß noch gefunden werden. Ich meine, hier sollte man nichts übers Knie brechen. Die Reiterstandbilder sind, wie bekannt, inzwischen restauriert worden. Die Tendenz scheint dahin zu gehen, den Standort am Herzog-Anton-Ulrich-Museum zu wählen. Jedoch sind auch Überlegungen im Gange, eventuell eines der Reiterstandbilder, und zwar das des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand, auf dem Forum der Technischen Hochschule aufzustellen. Es besteht ein Briefwechsel darüber zwischen der Stadt und der Technischen Hochschule. Die endgültigen Entscheidungen sind noch nicht getroffen, werden aber sicherlich in absehbarer Zeit gefällt werden.

Stadtbaurat Dr. Wiese: Diese Angelegenheit Reiterstandbilder war eigentlich schon abgeschlossen, als ich hier herkam. Das wußte ich aber nicht. Es bestand bereits ein Beschluß des Kulturausschusses, den auch die Hochschule durch Herrn Prof. Röcke wohl mitbeeinflusst hat. Dieser Beschluß lautete: Die Reiterstandbilder gehören zusammen. Zeitlich, im Stil und in der Auffassung verwandt, bietet sich das Museum an. Ich sehe nun diese Denkmale nicht aus dem Historischen heraus und glaube gar nicht, daß die histo-

rische Seite für die Bevölkerung überhaupt noch von Bedeutung ist. Ich sehe als Architekt das Stadtbild und überlege, wo kann ich das Stadtbild durch ein Reiterstandbild bereichern. Das ist eine ganz andere Auffassung, die ich als Stadtbaurat habe, die der Denkmalspfleger nicht hat, die der Kulturdezernent vielleicht nicht hat und der Kulturausschuß auch nicht. Sie sehen die Dinge aus ihren Aspekten. Wenn man die Angelegenheit vom Stadtbild her sieht, ergeben sich natürlich eine ganze Menge Standpunkte. Ich würde z. B. keinen Wert darauf legen, daß die beiden zusammen aufgestellt werden. Sie sind so mächtig in der Wirkung durch den großen Sockel, daß man sich die Standorte wohl überlegen sollte. Es standen mehrere Standorte in letzter Zeit in Erwägung. Dazu gehört z. B. der alte Bahnhof. Wobei mir nun - allerdings literarisch gesehen - die Verbindung Landesfürst und Staatsbank als Geldesfürst nicht so ganz behagt. Aber von der Architektur her und als städtebaulicher Blickpunkt wäre die Aufstellung dort denkbar.

omnibus: Wie behagt Ihnen denn dann die Assoziation Fürst und Hochschule?

Stadtbaurat Dr. Wiese: Ja, da empfinde ich sie nicht. Da sehe ich den Platz und sehe das Wechselspiel zwischen dem alten Constantin-Uhde-Gebäude auf der einen Seite und den ganz modernen auf der anderen Seite. Das alte Denkmal auf die moderne Platzseite gestellt, könnte m. E. ein ganz reizvolles Wechselspiel ergeben.

omnibus: Aber Herr Prof. Röcke hat doch, wie wir Ihren Worten entnehmen, selbst geäußert, die beiden Standbilder gehören zusammen?

Stadtrat Wenzel: Herr Prof. Röcke hat verschiedene Stellungnahmen abgegeben. Ich bin mir nicht ganz sicher darüber, ob die Prämissen, unter denen Prof. Röcke seine Stellungnahme abgeben sollte, immer ganz klar waren. Ich weiß nicht, ob Prof. Röcke bei der ersten Beurteilung der Angelegenheit nicht von der Annahme ausgehen mußte, daß der Rat der Stadt die Reiterstandbilder wieder als Paar aufgestellt sehen wissen wollte. Vielleicht kann man es unter diesem Gesichtspunkt verstehen, daß von Prof. Röcke verschiedene Stellungnahmen gekommen sind. Zuletzt eben auch eine, die den Standort Forum der Technischen Hochschule mit in Erwägung zieht.

omnibus: Vor einigen Tagen wurde im Kunstverein die Ausstellung »Grafik aus städtischem Besitz« eröffnet. Es wird nun der Vorschlag gemacht, die bereits vorhandenen 150 Blätter als Fundus für eine moderne Grafiksammlung zu nehmen und damit eine moderne städtische Galerie zu gründen. Werden Sie versuchen, diesen Vorschlag zu verwirklichen?

Stadtrat Wenzel: Ich werde selbstverständlich versuchen, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Es fehlt uns in Braunschweig ganz entschieden ein Kunstaustellungsgebäude, in dem der Bevölkerung wechselnde Ausstellungen dargeboten werden können. Selbstverständlich spielen bei diesem Kunstaustellungsgebäude, dessen Kosten sicherlich nicht unter 2 bis 3 Millionen Mark liegen werden, die Finanzen der Stadt eine ganz entscheidende Rolle.

omnibus: Wiederum aus der TH kommt nun der Vorschlag, diese moderne Galerie in dem zu restaurierenden Neustadtrathaus unterzubringen?

Stadtbaurat Dr. Wiese: Ja, eine ausgezeichnete Idee! Wir suchen noch einen Kunstmäzen, der uns diese Ruine abnimmt und instandsetzt. Wir haben es mal überschlagen: Es kostet 4 Millionen. Das wäre also eine Mietbelastung von

etwa 20000 monatlich. Im übrigen würden wir solche hohen Ansprüche an die Nutzung des Gebäudes gar nicht stellen, wenn jemand bereit ist, das Neustadtrathaus wieder aufzubauen. Wichtig ist zunächst, das Gebäude überhaupt wieder erstehen zu lassen. Denn diese Ruine ist im Gegensatz zur Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Ruine, die ja noch ein gewisses Gefühlsmoment ausstrahlt, alles andere als schön. Sie sieht einfach häßlich aus, wie sie da liegt. Sie ist mehr eine Belastung des Stadtbildes als eine Bereicherung. Es wäre natürlich ein ausgezeichnete Gedanke, wenn sich jemand findet und darin eine Kunstgalerie einrichten würde, denn diese Räume würden sich sicherlich ganz gut dazu eignen.

Stadtrat Wenzel: Mit einer kleinen Einschränkung: Ich würde mir für ein Kunstaustellungsgebäude im 20. Jahrhundert selbstverständlich immer die modernsten Formen der Beleuchtung, der Aufhängung usw. wünschen. Wobei zu bemerken ist, daß die Stadt einige Male recht schlechte Erfahrungen damit gemacht hat, daß sie moderne Einrichtungen in alte Gebäude hineinbringen wollte. Die Feststellung, hättet ihr doch besser von Anfang an neu gebaut, ist häufig hinterher getroffen worden. Es wäre unter dem Strich oftmals finanziell günstiger für die Stadt gewesen.

omnibus: Wo könnte eine solche moderne Galerie, wie sie vom Kulturdezernenten gefordert wird, stehen?

Stadtrat Wenzel: Sie sollte im Bereich Städtisches Museum, Stadtbibliothek, Stadtarchiv, Herzog-Anton-Ulrich-Museum ihren Platz finden. Dazu bedarf es natürlich gründlicher planerischer Untersuchungen. Aber ich meine, an der Südseite des Städtischen Museums müßte sich der Platz dafür finden lassen. Es wäre gut, die kulturellen Aufgaben mit ihren Baulichkeiten nicht über den ganzen Bereich der Stadt zu streuen, sondern in diesem Bereich einen kulturellen Schwerpunkt der Stadt zu haben.

Stadtbaurat Dr. Wiese: Es gibt verschiedene Wege Kunstaustellungen zu zeigen. Ich kenne da sehr gute Möglichkeiten aus dem Auslande, die ein Höchstmaß an Besuch garantieren. Z. B. Ausstellungen, die in Warenhäusern gezeigt werden. Sie finden z. B. in Tokio hochwertige Ausstellungen, eröffnet von Botschaftern und Ministern - in Warenhäusern. So etwas würde einen sehr großen Einzugsbereich sichern, nicht nur für Braunschweiger, die sich einen Ausstellungsbesuch zum Wochenende vornehmen, sondern auch für den flüchtigen Käufer von außerhalb, wenn sie ihn nicht zeitlich zu sehr in Anspruch nehmen.

omnibus: Ihre Gedanken auf Braunschweig projiziert: Sehen Sie eventuell solche Möglichkeiten für Braunschweig?

Stadtbaurat Dr. Wiese: Das ist eine Frage, die man mit der Industrie- und Handelskammer klären sollte. Ich sehe durchaus noch Möglichkeiten für unsere Innenstadt, die ja sehr attraktiv ist, die Geschäftsflächen zu erweitern oder in bestehenden Warenhäusern so etwas unterzubringen. Es gibt ja Warenhäuser, die noch Baugedanken haben, und warum soll man da nicht so etwas herantragen.

omnibus: Zu den wesentlichen Aufgaben kommunaler Kulturpolitik gehören die Neubauten. In Braunschweig werden vor allem zwei Projekte diskutiert: der Neubau eines Kleinen Hauses und der einer Volkshochschule. Halten Sie den Neubau eines Kleinen Hauses für erforderlich, wo sollte er nach Ihrer Meinung stehen, und wie sind die Verwirklichungschancen?

Stadtbaurat Dr. Wiese: Ich halte den Neubau eines Kleinen Hauses natürlich für erforderlich. Ich meine, ein kleines Kammertheater ist neben dem Großen Haus unbedingt nötig,

denn viele moderne Stücke lassen sich nur im engeren Kreis aufführen; es bringt erst die gewünschte Atmosphäre. Die Frage, wann das verwirklicht werden kann, berührt auch die Landeskulturpolitik. Man hat ja für andere Städte in Niedersachsen auf dem Gebiet viel getan. Braunschweig wäre wohl an der Reihe. Nun ist das Land Niedersachsen ja im Augenblick in finanzieller Hinsicht sehr zugeknöpft. Ich würde den Bau sehr begrüßen, die Stadt kann ihn allerdings wegen wirklich dringenderer Aufgaben nicht finanzieren. - Die Standortfrage: Wir haben mehrere Standorte in der Vergangenheit vorgeschlagen. Ich glaube, daß die Wirtschaftlichkeit des Betriebes heute so sehr im Vordergrund steht, daß man versuchen sollte, das Große und das Kleine Haus sehr benachbart anzuordnen, um auf diese Weise in personeller Hinsicht Überlappungen und einen gegenseitigen Ausgleich zu ermöglichen. Ich habe in den letzten Wochen im Planungsamt Standorte untersuchen lassen. Wir haben eine Lösung gefunden, die bereits mit dem Staatshochbauamt vorgeklärt, aber noch nicht mit dem Rat der Stadt abgestimmt worden ist. Das wäre eine Lage in unmittelbarer Nähe des Großen Hauses. Die Klärung könnte in den nächsten Monaten geschehen, ist aber nicht eilig. Sollten wir aus Hannover erfahren, daß an eine baldige Realisierung nicht zu denken ist, dann könnte man sich damit noch Zeit lassen.

Stadtrat Wenzel: Das Kleine Haus ist ja eigentlich gar kein Kleines Haus, sondern es ist ein Experimentiertheater, ein ausgeweitetes Zimmertheater. Ich meine, daß uns in Braunschweig ein Ort fehlt, in dem das Schauspiel gepflegt werden kann, das Singspiel, das Musical, das Boulevardstück. Zu diesem Zweck brauchen wir einen Bau, der nicht so sehr das Zimmertheater oder das Experimentiertheater in den Vordergrund rückt, sondern ein Gebäude, das etwa 400 bis 500 Zuschauern Platz bietet, ausgestattet mit allen modernen technischen Möglichkeiten. Es sollte allerdings in der Nähe des bestehenden Großen Hauses gebaut werden, in dem nach wie vor die großen Klassiker, die Oper, die Operette ihre Heimstätte hätten.

omnibus: Wie steht es um eine Volkshochschule?

Stadtrat Wenzel: Ich werde mich hüten, die Frage des Wann heute in diesem Interview auch nur als in Aussicht gestellt zu beantworten. Denn das ist bei der kommunalen Finanzlage völlig unmöglich. Die deutschen Gemeinden und Kreise warten nun seit langen Jahren auf die in Aussicht gestellte Finanzreform. Bevor die nicht kommt, ist es nicht möglich, feste Terminpläne vorzulegen und durchzuführen. Selbstverständlich braucht die Volkshochschule ein eigenes Gebäude, und wir haben das Raumprogramm auch schon erarbeitet. Obwohl es nicht überzogen ist, kostet der Bau doch mehrere Millionen Mark. Leider kann der Gedanke der Verwirklichung bei den Finanznöten, in denen die Stadt steckt, zu meinem größten Bedauern noch nicht ins Auge gefaßt werden.

omnibus: Ein weiterer wichtiger Aspekt Braunschweiger Kulturpolitik erwächst aus der Tatsache, daß es hier drei Hochschulen und wichtige Forschungseinrichtungen gibt. 1959 veranstaltete die Stadt gemeinsam mit der damaligen Werkkunstschule und der Technischen Hochschule eine stark beachtete Hochschulwoche. Halten Sie es für nützlich, wenn die drei Hochschulen und die Stadt in Zukunft solche Hochschulwochen wieder gemeinsam und regelmäßig abhalten? Sehen Sie eine Möglichkeit, damit noch in diesem Jahr zu beginnen?

Stadtrat Wenzel: Ich hoffe, daß sich eine Möglichkeit noch in diesem Jahr, spätestens aber im nächsten Jahr bieten wird. Es ist sicherlich einer Stadt von der kulturellen Bedeutung Braunschweigs angemessen, zu den Hochschulen, die in ihr beheimatet sind, den besten Kontakt zu pflegen und den Hochschulen zu helfen, die ihnen zukommende Publizität in der Bevölkerung zu erreichen, was selbstverständlich in einer Stadt von der Größe Braunschweigs schwerer ist, als in einer Stadt wie Tübingen, Göttingen oder Marburg. Ich werde das Meine dazu tun, daß diese Hochschulwochen nicht nur ein schönes Programm bleiben, sondern daß sie verwirklicht werden. Die Initiative sollte aber von den Hochschulen ausgehen.

omnibus: Es ist bemerkenswert, daß nach langen Jahren wieder das Kultur- und Schuldezernat unter Ihrer Leitung zusammengelegt sind. Sind damit die Probleme für das Schulwesen geringer geworden?

Stadtrat Wenzel: Sie gehen von etwas falschen Voraussetzungen aus. Denn zum Bereich meines Amtsvorgängers im Schuldezernat gehörten bereits fast alle kulturellen Einrichtungen der Stadt, wie Museen, Bibliotheken und Stadtarchiv, mit Ausnahme des städtischen Kulturamtes. Allein durch das Hinzukommen des Kulturamtes kann man heute wieder sagen, daß die Schul- und Kulturpolitik auf der Verwaltungsebene in einer Hand liegen. Die Probleme des Schulwesens haben sich dadurch gegenüber den Vorjahren nicht verändert. Der kulturelle Bereich wird mit Bestimmtheit in Zukunft das gleiche Gewicht haben wie bisher. Ich habe auf diesem Gebiet hervorragende Mitarbeiter, deren Rat ich mich bedienen werde. Ich weiß genau, daß diese Mitarbeiter die Haushaltspositionen für die kulturellen Aufgaben mit mir zusammen bis zum letzten verteidigen werden.

omnibus: Um mit der Entwicklung neuer Schultypen Schritt zu halten, hat die Stadt vor einiger Zeit das Schulzentrum Heidberg geplant. Wann kann das Projekt verwirklicht werden?

Stadtrat Wenzel: Das Schulzentrum Heidberg ist, wie der Name sagt, als ein Zentrum geplant, in dem Gymnasium, Realschule und Oberstufe der Volksschule zusammengefaßt werden sollen, also Förderstufe und Hauptschule. Die Verhandlungen um die Schulträgerschaft des Gymnasiums - denn die Raabeschule ist ja bisher eine staatliche Schule - sind noch im Gange. Es wird wesentlich vom Ausgang dieser Verhandlungen abhängen, wann das Projekt in Angriff genommen werden kann.

omnibus: In diesem Zusammenhang ist die planerische Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Verwaltungspräsidenten von großer Bedeutung. Ist sie zufriedenstellend, oder läuft sie, wie so oft in Deutschland, wenig koordiniert nebeneinander her?

Stadtbaurat Dr. Wiese: Das kann ich eigentlich nicht sagen. Wir haben gerade eine Schulbereisung nach Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem zuständigen Regierungsdirektor Wedler vom Verwaltungspräsidium durchgeführt. Wir haben ein sehr gutes Arbeitsverhältnis und sind uns in den Planungs-Prinzipien auch einig. Natürlich geht der Verwaltungspräsident, der über die Kassen des Landes haushalten soll, anders vor als wir, und es gibt in einer solchen Frage, wer trägt am Heidberg die Schulbaulast, Winkelzüge, daß es dieser oder jener übernimmt, der andere dafür aber Konzessionen auf einem anderen Gebiet macht. Das sind rein taktische Fragen. Beide Seiten wollen Geld sparen. Doch das beeinträchtigt nicht das gute planerische Einvernehmen.

Rezepte werden nicht verraten

**Gespräch über die Hochschulreform
mit dem Prorektor der TH, Professor Dr. Gerke**

Nachdem die Hochschulreform sich schon lange als eines der wichtigsten kulturellen Themen aus der Diskussion der Bildungskatastrophe entwickelt hatte und in den Zeitungen großen Raum einnahm, entstand auch an Braunschweigs TH das Bedürfnis, zu erfahren, was in dieser Hinsicht an der eigenen Hochschule gedacht und getan wird - zugleich mit diesem Bedürfnis die romantische Hoffnung, entweder katastrophale Mißstände aufdecken zu können oder aber von grauen Eminenzen in derart revolutionäre Veränderungsvorschläge eingeweiht zu werden, daß sie nur in Andeutungen an die Öffentlichkeit gebracht werden können. Nichts von beidem geschah.

Der Kreis der Leute, die sich über die Hochschulreform Gedanken machen, ist sehr weit und reicht von den rücksichtslosen Realisten, die die Hochschule als einen durchzurationalisierenden Großbetrieb sehen, bis zu Metaphysikern, die das Faustische an einer deutschen Hochschule gewahrt wissen wollen (Prof. Richard Schwarz). So ist man dankbar für jeden, der die Reform nüchterner sieht und der die wenigen notwendigen sachlichen Forderungen an eine Reform im Auge behält.

Professor Gerke ist an der Hochschule in eingeweihten Kreisen als jemand bekannt, der sich mit Reformideen beschäftigt. Da er außerdem Prorektor ist, bot sich an, ihn über mögliche oder geplante Reformen zu interviewen.

Wenn man einige Dahrendorf-Artikel in der »Zeit« und Schelsky gelesen hat und noch etwas eigene Erfahrung dazugibt, ist man in der Lage, ein paar Fragen zur Hochschulreform zu stellen, aber die Schwierigkeit bleibt: Wie bekommt man Antworten darauf, und wie wird man mit denen fertig? Die Atmosphäre der beiden Gespräche mit Professor Gerke war sehr leger und angenehm. Wenn man auf eine Art McNamara gehofft hatte, der sich aus jeder Frage so schnell wie möglich herauszulösen versucht, war man getäuscht. Professor Gerke ging oft bei der Beantwortung einzelner Fragen zur Behandlung ganzer Fragenkomplexe über. Dadurch wurde das Auseinanderhalten der einzelnen Fragen manchmal schwierig.

Im ersten, kürzeren Gespräch mußte geklärt werden, welche Fragen für uns interessante Antworten bringen könnten. Darauf wurde die allgemeine Richtung der Fragen etwas geändert und die Verwaltungsreform ausgeklammert.

Professor Gerke lehnte von Anfang an jedesmal ironisch ab, wenn er als »Reformer« bezeichnet wurde oder z. B. nach der »Herkunft seiner Reformgedanken« gefragt wurde. - Über bestimmte Fragen wollte er nicht sprechen, weil seine Antworten - aus dem Zusammenhang gerissen - plötzlich eine ganz unerwartete politische Brisanz bekommen könnten. Er wollte nicht Anlaß zu irgendwelchen Polemiken geben. (Mit studentischen Interviews hatte er offenbar schon schlechte Erfahrungen gemacht.) - Die Dinge seien noch viel zu wenig ausgereift, um damit an die Öffentlichkeit zu treten. Wie sich im zweiten Gespräch herausstellte, bezog sich diese Vorsicht hauptsächlich auf Dinge, die ein mögliches Niedersächsisches Hochschulgesetz behandelt. Auch über einzelne Paragraphen des Hessischen Hochschulgesetz-Entwurfes wollte er nicht gerne sprechen. Er sei da nicht ganz auf dem laufenden. (Siehe Schlußbemerkung)

Es blieben also noch übrig: Fragen nach der Reformfreudigkeit der Professoren, nach der Studienreform, die mehr oder weniger tiefgreifend von fast allen Abteilungen innerhalb der letzten Jahre durchgeführt worden ist, und nach der Bedeutung der ganz allgemeinen Bildungs- und Erziehungsaufgabe der Hochschule.

So war eine der ersten Fragen an Professor

Gerke: »Der Hochschule wird Reformträgheit vorgeworfen. Wie kommt es dazu?« Im voraus wollte er verhindern, daß die Professoren unter dem Begriff »Hochschule« zusammengefaßt würden. Er betonte mehrmals die völlige Uneinheitlichkeit eines Kollegiums. Gerade die wesentlichen Reformvorschläge seien von Professoren gekommen. - Allerdings seien sie als Wissenschaftler besonders gewissenhaft und veröffentlichten nichts, was nicht völlig hieb- und stichfest sei. Aus der Tradition heraus seien viele ausgesprochen öffentlichkeitsscheu und hätten sich erst mühsam an den Gedanken gewöhnt, daß ein Professor sich z. B. in einer Tageszeitung auf einen Streit mit einem Politiker, einem Nichtfachmann also, einlassen kann. Für viele von ihnen ist es eine Schreckvorstellung, in eine Diskussion mit einem Dichgans zu geraten.

Wir fragten Professor Gerke mit Bezug auf die Reform nach Verbindungen zu anderen Professoren oder Gruppen innerhalb und außerhalb des Kollegiums. Er deutete an, man kenne natürlich die Einstellung der einzelnen Professoren mit der Zeit (siehe Schlußbemerkung). Aber er wollte die Namen von Professoren, die ähnliche Ideen vertreten, nicht nennen, als könnte er sie dadurch belästigen. (Wir hatten uns das etwa so vorgestellt: wenn sie das und das wissen wollen, gehen sie zu dem!)

Eine Kommission von Professoren oder Assistenten, die sich einmal mit der Braunschweiger Situation beschäftigt hätte, - z. B. mit den Auswirkungen der neuen Studienordnungen, - gab und gibt es nicht. Bezeichnend für die Stellung der Assistenten ist, daß sie in diesem Zusammenhang überhaupt nie erwähnt werden.

Das Gebiet außerhalb ihres Lehrstuhls scheint eine Art Niemandsland für die Professoren zu sein, in dem sie sich gewöhnt haben, nicht aufzutauchen, weil sie dabei die hochzuachtenden Kompetenzen und Empfindlichkeiten anderer stören könnten. Nach den Namen der Braunschweiger Professoren gefragt, die mit über eine Niedersächsische Hochschulordnung beraten, antwortete Prof. Gerke, sie seien ihm im Augenblick nicht geläufig. (Siehe Schlußbemerkung!) Einige Fragen nach einzelnen Paragraphen des hessischen Hochschulgesetzentwurfs wurden

dann doch noch gestellt. - »Wie ist die Stellung zu dem § 16, der die Fakultäten für die generelle Einhaltung der Mindeststudienzeit verantwortlich macht?«

Oder zu § 25, der dem Kultusminister ein Berufsrecht einräumt. Professor Gerke hält die Autonomie der Hochschule für wesentlich und nimmt deshalb auch nicht als selbstverständlich an, daß ein einheitliches Hochschulgesetz für Niedersachsen gültig wird. Das Berufungsverfahren (im Gegensatz zur Ausschreibung oder Ernennung) soll nicht angetastet werden, wenn es auch modernisiert werden müsse, um nicht die kontinuierliche Ergänzung des Kollegiums zu gefährden. Für notwendig hält er allerdings die Einführung eines Kanzlers, nach dem Münchener Muster. - Die Hochschule braucht einen qualifizierten Mann an der Verwaltungsspitze, der dem Rektor, so sagt Prof. Kotter, Rektor der Münchener Universität, die Routinearbeit abnimmt. Wie man aber einen höheren Verwaltungsbeamten mit Routinearbeit befriedigen will, ist nicht klar. Sonst werden die Beispiele bestehender oder geplanter Hochschulen mit ihren Verfassungen nicht erwähnt (München, Bremen, Konstanz, Bochum ...).

Ein weiteres Thema des Gespräches bildete die Studienreform. - Müssen die Studienzeiten derart überdehnt sein? - Prof. Gerke vertritt einen ganz natürlichen Standpunkt. Er ist der Meinung, daß die Studenten das Studium so früh wie möglich beenden sollen. Für ihn ist ein Student noch nicht fertig, wenn er die Hochschule verläßt, sowohl in menschlicher als auch in fachlicher Hinsicht; dazu braucht er die härtere Praxis und wechselnde Umgebungen. So gesehen erscheint die Ansicht eines Professors, von dem Prof. Gerke berichtete, in beinahe bengalischem Licht: unter 14 Semester sei es nicht möglich, auszureifen.

Welche Maßnahmen sind nötig, die Studienzeit herunterzusetzen? (Im hessischen Hochschulgesetz sollen die Fakultäten für die Einhaltung der Mindeststudiendauer verantwortlich gemacht werden.) Professor Gerke weist auf die bereits angewendeten Mittel hin: kurze Prüfungsintervalle, Verschulung der unteren Semester und begrenzte Immatrikulation. Er betont, daß diese Maßnahmen Zeit brauchen, sich auszuwirken. Er könne Studienplanreform nicht einfach verkünden, sie

müsse ständig zwischen Professoren und Studenten beraten werden. Es komme darauf an, daß die Stoffmenge »verdaubar« ist; das übrige sei dann Angelegenheit der Studenten. Das feedback, eine Kontrolle der Maßnahmen vom Ergebnis her, wird offenbar nicht als Aufgabe der Professoren angesehen.

Ein weiteres Thema war die Stellung der Assistenten an der Hochschule. In vielen Reformvorschlägen wird gefordert, den sog. Mittelbau zu stärken und ihm selbständigere Aufgaben im Lehrbetrieb zu geben, um die wenigen Ordinarien zu entlasten. - Prof. Gerke hält die Assistenten in der Regel nicht für qualifiziert genug um z. B. eigene Vorlesungen zu übernehmen. Die Assistentenstellung soll ein Durchgangsstadium bleiben. So gesehen ist der augenblickliche Zustand grotesk, daß die Ausbildung der Studenten vieler Fächer praktisch in den Händen der Assistenten liegt. Die Einsetzung von höher qualifizierten Abteilungsleitern nach dem Department-System hielt er allerdings für möglich und nötig.

Ein Grundgedanke der meisten Reformvorschläge und auch bei Prof. Gerke ist, daß die Hochschulen nicht zu reinen Fachschulen werden, sondern die typische Freiheitlichkeit und die Weite der Möglichkeiten für den einzelnen Studenten behalten. - Die Hochschule soll »Bildung« vermitteln oder jedenfalls die Weitung des Horizontes, - weil hier ja nicht geklärt werden sollte, was Bildung ist.

Da Prof. Gerke selbst sehr viel und lange im Ausland gewesen ist, sieht er als wichtigste Mittel dazu, das Studium im Ausland und das Sprachstudium an, in zweiter Linie alle möglichen Nebenfächer, darunter besonders die musischen. Auf die Frage, wie er aber nach dem völlig im Sande verlaufenen Experiment des Studium Generale diese Möglichkeiten öffnen oder sogar attraktiv machen wolle, sagte er etwas vorwurfsvoll ironisch: »Ja, erwarten Sie denn fertige Rezepte von mir?! Sehen Sie sich doch das Angebot im Vorlesungsverzeichnis an!« - Natürlich werden keine Rezepte erwartet, aber wenn man sieht, wie völlig eingleisig das Studium der meisten Studenten an einer TH verläuft (Prof. Gerke spricht von der »Kegelclubperspektive«) - kann man dann noch eine »Weitung des Horizontes«

fordern und glauben, die Fachschule umgehen zu können, ohne eine sehr genaue Vorstellung davon zu haben, wie so etwas in Gang gesetzt werden kann? - Oder das Ganze bleibt eben ein wenn auch inständiger Appell an die aktivsten 5 Prozent unter den Studenten.

Aber Prof. Gerke wehrte sich dagegen, daß alles institutionalisiert wird, er möchte den Raum für die Initiative der Einzelnen erhalten. Die Gefahr ist nur, wenn man das Studium als eine Art Pionierleistung auf die Aktivsten abstimmt, daß der größere Prozentsatz der sich mehrenden Studenten hilflos danebenstehen wird.

An der Einstellung Prof. Gerkes ist sicher richtig, daß man die Reform nicht ganz so tierisch ernst nehmen muß, wie es manchmal getan wird, und daß ein Hauptteil des Erfolges einer künftigen Reform dann doch von der Initiative der einzelnen Professoren und Studenten abhängt. - Dennoch entstand nach diesem Gespräch der Eindruck, die Hochschule als Organisation sei noch etwas betäubt oder schläfrig. - Da werden neue Hochschulen gegründet, Hochschulgesetze mit einschneidenden Bestimmungen gemacht, Politiker stellen eindrucksvolle Forderungen auf, VDS-Leute machen derart kühne Reformvorschläge, daß einem Angst werden kann, wie Prof. Gerke von einem Gespräch mit einem VDS-Vertreter berichtete, Hochschulverfassungen werden geändert und einzelne Mitglieder des Kollegiums in Braunschweig sind in wichtigen deutschen Hochschulgremien, - aber all das dringt nicht in das »zentrale Bewußtsein der Hochschule«, vielleicht weil es dieses Bewußtsein noch nicht gibt. Die Professoren bleiben Einzelne, in der Hauptsache ihren Fächern verpflichtet.

Es geht ja jetzt nicht einmal mehr um eine freie, unabhängige Reform, dazu ist der Kreis der Forderungen und Bedingungen schon zu eng, - sondern darum, all die Versuche, Einfluß auf die Hochschule zu gewinnen, zu kontrollieren und sie zu beantworten. Und da ist dann einfach keine Zeit, Vorstellungen immer noch einmal reifen zu lassen, wie Prof. Gerke es will, sondern man muß von Zeit zu Zeit damit an die Öffentlichkeit gehen und z. B. bereit sein, sich interviewen zu lassen, auch wenn diese Vorstellungen noch nicht ganz umfassend sind. - Aber die publicity liegt den

Professoren ja nicht, und das ist ein Mangel, auch wenn sie in aller Stille vielleicht viel geeignetere Mittel der Hochschulpolitik entwickelt haben.

Zum Schluß unseres langen Gespräches sagte Prof. Gerke noch etwas, das vielleicht typisch für die Braunschweiger Situation ist: »Daß wir uns hier unterhalten haben über einen großen Kreis von Fragen, finde ich sehr gut, aber ich frage mich, ob es nötig ist, darüber auch noch zu schreiben.«

Schlußbemerkung:

Wie häufig, - hatte auch dieses Gespräch schon ein Nachspiel. - Prof. Gerke sah das Manuskript durch und schrieb Anmerkungen dazu, die einige Mißverständnisse aufdeckten. Als das wichtigste und bezeichnende stellte sich heraus, daß Prof. Gerke von bestimmten Namen, Gesetzen und Querverbindungen doch einige Kenntnis hatte, - sie nur aus irgendwelchen Gründen während des Gesprächs nicht preisgeben wollte. - Ob das nun eine Barriere des Mißtrauens und der Mißachtung ist oder der Vorsicht und Verschwiegenheit, - sie kann Studenten immer wieder in Gegensatz zu den Professoren bringen. Axel Siemonsen

Musterzimmer?

In der Mensa steht ein Probezimmer des geplanten Studentenwohnheimes »An der Schunter«. Es ist begrüßenswert, der Studentenschaft das zukünftige Zuhause mit der Bitte um Kritik vorzustellen. Trotz der begrenzten Geldmittel sind die Raumgröße und die Menge an Stauraum erfreulich. Der Gesamteindruck: »Schön neu«. Von kleinen Details, die teils gut durchdacht sind, teils leicht zu verbessern wären, soll deshalb hier gar nicht die Rede sein.

Die Bauarbeiten haben bereits begonnen, am Grundriß kann nichts mehr geändert werden. Es ist zu spät, diesen Raum zur Kritik vorzustellen, seine Konzeption muß jetzt als gegeben hingenommen werden, obwohl er den Eindruck erweckt, als reines Rechteck geplant worden zu sein, in das nachträglich Möbel aufgestellt wurden, anstatt, daß umgekehrt von einem optimal eingerichteten Einzelzimmer ausgehend, der Gesamtplan entwickelt wurde.

Um den benötigten Stauraum zu schaffen, wurde der Schrank und das Waschbecken zu einer Art Einbau verbunden, der wohl schlicht zurücktreten soll, aber tatsächlich zu einem wuchtigen Element wächst, das den Raum beherrscht. Der Versuch, das Zimmer vom Fenster bis zur Tür in ganzer Tiefe wirken zu lassen, damit es großzügig erscheint, ist gescheitert. Gefühlsmäßig liegt die Grenze bereits vor der Eingangshöhle.

Trotz aller (nachträglichen) Grundrißästhetik ist es nicht zu schaffen, den Raum »persönlich« wirken zu lassen. Leider ist das Ergebnis so, daß der zukünftige Bewohner in Bodenangstmosphäre versetzt sein wird. Michael Röpke

INSTITUT FÜR ANGEWANDTE CHEMIE DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE BRAUNSCHWEIG
PROF. DR. H. H. INHOFFEN
15. März 1966

KONTROVERSE MIT SCHWUNG

Endlich ist mal was geschehen!!!!!!

Lesen Sie nach den Artikel - FORSCHUNG MIT SCHWUNG -
in omnibus Heft 12/1965/66.

Lesen Sie die kleine Schrift, die Herr Professor Dr.H.H.Inhoffen
mit der Schlagzeile - JOURNALISTIK MIT SCHWUNG - herausgebracht hat.
Herr Professor Inhoffen wendet sich mit dieser Schrift direkt an die
Hochschulöffentlichkeit, weil er sich vom omnibus unakademisch
behandelt fühlt.

Leider ist seine Schrift nicht ganz vollständig!

Daher bringen wir zu Ihrer Information den Rest der Kontroverse.

Auf den nächsten Seiten finden Sie:

1. Den Brief mit dem Herr Professor Inhoffen dem omnibus seinen
Artikel zugesandt hat.
2. Den Brief mit dem Herausgeber des omnibus auf den drohungsvollen
Brief von Herrn Professor Inhoffen leicht verschnupft reagiert
haben.
3. Den Brief mit dem Herr Professor Inhoffen uns schließlich
seinerseits die Veröffentlichung seines Artikels
- Journalistik mit Schwung - untersagt hat.

DIE HERAUSGEBER

H.H. Inhoffen

PROF. DR. H. H. INHOFFEN

33 BRAUNSCHWEIG
SCHLEINITZSTRASSE
Tel. Hochschule 4781
Durchwahl Institut 478225
Vorwahl 0531

15. März 1966

An die
Herren
Oetting und Steffens
Redaktion OMNIBUS

33 BRAUNSCHWEIG
Broitzemer Straße

Lieber Herr Steffens, lieber Herr Oetting!

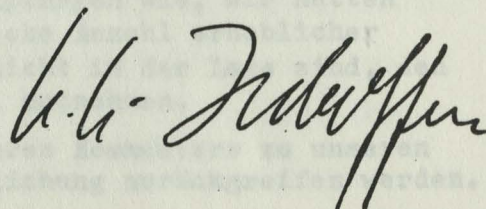
Beiliegend meinen Artikel "Journalistik mit Schwung" als Ergänzung und Antwort auf Ihren Artikel "Forschung mit Schwung"

Ich hoffe sehr, Sie mögen sogleich erkennen, das ich das Ganze mit Humor geschrieben habe. Ich brauche wohl nicht besonders zu betonen, daß Änderungen ohne meine Zustimmung nicht vorgenommen werden.

Daß ich mit Ihnen weiter zusammenarbeiten möchte, geht wohl aus dem Schluß hervor, eingedenk Ihrer Klage, daß die Professoren zu passiv seien.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr



Anlage

Herrn
Prof.Dr.Inhoffen
3300 Braunschweig
Schleinitzstraße

Einschreiben

19 - 5 - 1966

Sehr geehrter Herr Prof.Dr.Inhoffen,

erstaunt haben wir Ihr Schreiben vom 12.Mai d.J. zur Kenntnis genommen, durch das Sie uns mittels dumpfer Drohung zwingen wollen, Ihren Artikel doch noch zu veröffentlichen. Wir möchten Ihnen dazu mitteilen, daß Sie uns höchstens zwingen können, Richtigstellungen zu unserem Kommentar zu veröffentlichen, keinesfalls aber Ihren Kommentar zum gleichen Thema, der den gleichen Umfang wie unser Artikel hat; denn vergessen Sie bitte nicht, daß wir die Zeitschrift herausgeben und nicht Sie.

Was uns auf Grund Ihres Schreibens bewegt, Ihren Artikel nun doch in voller Länge zu veröffentlichen - diesen kleinen Triumph spenden wir Ihnen -, ist die Befürchtung, Sie könnten sich als Märtyrer der Meinungsfreiheit fühlen. Das aber wünschen wir nicht.

Im übrigen haben wir nach Ihrem Brief auch keinerlei Veranlassung mehr zu verhindern, daß Sie sich mit Ihrem Artikel bloßstellen.

Ganz entschieden möchten wir Sie bitten, Behauptungen wie, wir hätten uns in unserer Berichterstattung "eine erhebliche Anzahl erheblicher Schnitzer erlaubt", zu unterlassen, wenn Sie nicht in der Lage sind, den Beweis dafür anzutreten, was wir Ihrem Artikel entnehmen.

Selbstverständlich haben wir eine Fotokopie Ihres Kommentars zu unseren Akten genommen, auf die wir für die Veröffentlichung zurückgreifen werden.

Mit den besten Grüßen

Werner Steffens
(Werner Steffens)

Hermann Oetting
(Hermann Oetting)

23. Mai 1966

An die
Redaktion des
OMNIBUS

EINSCHREIBEN

=====

33 BRAUNSCHWEIG
Broitzemer Straße 230

Sehr geehrte Herren Redakteure!

Über Ihren Brief vom 19. 5. 1966 bin ich sehr betrübt, sowohl hinsichtlich seines Inhaltes aber insbesondere wegen seiner Form.

Mein Schreiben vom 12. 5. 1966 enthielt nur sachliche Feststellungen und war insgesamt versöhnlich. Auch meine Bemerkung, daß ich mich zu wehren wisse sowie die Berechtigung dazu hätte, war nichts weiter als eine sachliche Information, um Ihnen eine Überprüfung Ihres Standpunktes zu ermöglichen.

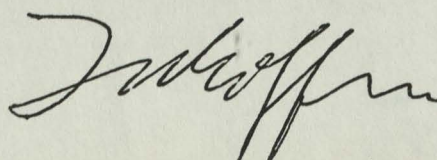
Die Form Ihres Angebotes vom 19. 5. 1966, meinen Artikel doch noch ab-zudrucken, ist jedoch so unmöglich - womit ich mich sehr milde ausdrücke - daß ich hiervon unter keinen Umständen Gebrauch machen will.

Die Herstellung einer Kopie meiner Erwiderung haben Sie ohne mein Wissen und ohne meine Zustimmung vorgenommen. Sie wären nur berechtigt, das von mir übersandte Original zu publizieren, das Sie mir zurückgeschickt haben.

Ich untersage Ihnen hiermit ausdrücklich die Veröffentlichung meines Artikels.

Ich bedauere es sehr, daß eine Korrespondenz Ihrerseits so rasch auf das Niveau Ihres Schreibens vom 19. 5. 1966 absinkt.

Hochachtungsvoll



**Jedes
vierte
Jahr
ist
wahlfrei.
Selten
genug!**

Die Parteien können pausieren,
regieren, opponieren, resumieren.

Sie können ihre Ziele weiter
stecken, neuen Anlauf nehmen:
Programme überdenken,
Personalpolitik durchforsten,
Strategie und Taktik planen.

1966 ist für Niedersachsen wahlfrei.

Wir haben die Parteien
aufgefordert, ihre Situation
im Braunschweiger
Verwaltungsbezirk darzustellen.

Für die Freien Demokraten
baten wir Gustav Ernst,
stellvertretender Vorsitzender
seiner Partei
in Niedersachsen,
für die Christlichen Demokraten
Heinz Wienke,
Landesgeschäftsführer
in Braunschweig,
für die Sozialdemokraten
Hans-Joachim Stief,
Geschäftsführer des
Bezirksverbandes Braunschweig.

Wir weisen darauf hin, daß es sich nicht um parteiamtliche Stellungnahmen handelt.

Zur Situation der FDP

Die große Zeit der Nationalliberalen im alten Lande Braunschweig liegt ein gutes halbes Jahrhundert zurück. Dennoch scheint uns Freien Demokraten die Notwendigkeit des liberalen Beitrags für die Politik heute nicht weniger gering. Was für die Politik schlechthin gilt, das trifft mit der Bundesrepublik auch für das Zonengrenzgebiet zu: ohne die liberale Variante fehlt es an politischer Beweglichkeit. Die von den »Großen« oft als unbequem empfundene »unruhige FDP« vermag im politischen Nivellierungsprozeß der Bundesrepublik - siehe Jaspers »Wohin treibt die Bundesrepublik?« - erhellende und bewegende Akzente zu setzen. S. Z. in Niedersachsen in der Konkordatsfrage und in der gesamtdeutschen Politik - die gerade für das Zonengrenzgebiet von besonderer Bedeutung ist - als »gesamtdeutsche Unruhe« seit Bestehen des westdeutschen Staates!

Der Blick über die Zonengrenze zeigt uns jenseits des Stacheldrahtes die politische Gleichschaltung und damit die politische Verödung. Letztere als Symptom zugleich für manch' anderes Gebiet des gesellschaftspolitischen und kulturpolitischen Bereiches! Trotz der Einengung und Abschnürung, die durch die gewaltsame Zerreißung der alten Gemeinsamkeiten diesseits und jenseits der Zonengrenze von Braunschweig nach Magdeburg, von Helmstedt nach Gardelegen, von Goslar nach Halberstadt ruhend wirksam ist, bleibt die politische und geistige Aufgabe für den Raum diesseits des Stacheldrahtes und der Minenfelder bestehen, alle Kräfte unserer Gesellschaft und Gemeinschaft anzusprechen, zu aktivieren, zu entfalten, um über das wirtschaftspolitische Beispiel hinaus zu wirken oder bereit zu sein. Da unser Staat aber nicht aus politischen Doktrinen erstanden ist, sondern aus dem liberalen Geist, vermag er auch nur zu bestehen, solange eine große Portion dieses liberalen Geistes unbeschwert von gesellschaftspolitischen oder klerikalen Einwirkungen alter, dogmatischer Vorstellungen in einer ihm eigenen politischen Form als Partei zu wirken vermag. Wer Augen hat zu sehen und Ohren hat zu hören, der kann auch in unserer näheren Heimat beobachten, wie in Kommunal- und Kreisparlamenten das Fehlen eines starken liberalen Elementes oft eine Entwicklung zur Nivellierung, zur stillen Übereinkunft der anderen mit allen ihren Folgen eintreten läßt. Den Historikern wird es überlassen bleiben zu prüfen, warum und durch welche Umstände das liberale Element in diesem Raum im letzten halben Jahrhundert auffallend wenig wirksam blieb. Aber wie auch die Gründe sein mögen, die Aufgabe des Liberalen bleibt dennoch.

Das Zonengrenzproblem ist primär ein politisches und damit ein geistiges Problem. Zonenrandhilfe im wirtschaftlichen Sinne ist gut und notwendig. Aber die Konfrontierung mit der Zonengrenze verlangt mehr noch Entwicklung der gei-

stigen Kräfte dieses Raumes. Die FDP des Bezirks Braunschweig sieht darum in dem bevorzugten Ausbau des Mittelpunktschulsystems, der Einrichtungen der Erwachsenenbildung - nicht zu vergessen die Maßnahmen des zweiten Bildungsweges - in der Entwicklung von Kultur- und Bildungszentren z. B. in den Städten Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel und Goslar mehr als nur Traditionspflege im Zusammenhang mit der Erhaltung dieser oder jener bestehenden Einrichtung. Darüber hinaus aus diesem Raum die Begegnung immer wieder mit dem einst natürlichen Ergänzungsräum von Magdeburg, Halberstadt, Gardelegen, Stendal zu suchen - auf dem Sportsektor, im Bereich des Theater- und Musiklebens, und nicht zuletzt in der kommunalen Ebene - das erscheint den Freien Demokraten ein direktes politisches Anliegen für alle politischen Kräfte unseres näheren Raumes zu sein. Hier werden es sich die örtlichen kommunalen Vertretungen der FDP angelegen sein lassen müssen, ihren Teil der Initiative und der Anregungen beizutragen. Die Realität des »Gesamtdeutschen Ministeriums« in Bonn unter der Leitung des FDP-Bundesvorsitzenden ist nicht nur eine Chance, sondern mehr noch ein Auftrag gerade für die Verbände - Bezirke und Kreise - der FDP im Zonengrenzgebiet.

Der westdeutsche Kulturföderalismus hat es nach der Spaltung Deutschlands nicht vermocht, anstelle der gewaltsam abgetrennten Universitäten Königsberg und Breslau, den für Westdeutsche unzugänglich gewordenen Hochschulen Greifswald, Leipzig, Jena usw. *neue Geisteszentren* an der Zonengrenze zu errichten. Hier werden wir uns alle - Parteien, Staatsvertreter, Geisteswissenschaftler usw. - einmal die Frage zu beantworten haben, ob wir s. Z. nach 1950/52 die Aufgabe unserer Zeit überhaupt gesehen haben; von der Bildung, von der Seite des Geistes- und Kulturpolitischen her, die Entwicklung unserer Gesamtexistenz als deutsches Volk wieder vorausschauend in den Griff zu bekommen. Warum sollte Braunschweig, eine Stadt mit ihren drei Hochschulen, nicht auch für Gesamtdeutschland interimistisch die Aufgabe der Universität Leipzig übernehmen? Warum sollte das arme Land Niedersachsen nicht trotzdem an einem Ort wie Helmstedt - wo einst im Juleaneum auch Giordano Bruno Zuflucht fand - ein Zentrum für die Ausbildung der jetzt schon fehlenden und in der Zukunft noch mehr benötigten Lehrkräfte für die Volkshochschulen schaffen? Warum sollte man nicht vereint daran gehen, in der Stadt Lessings, in Wolfenbüttel mit seinen Archiven, eine Bildungsstätte für die vielen noch benötigten Bibliothekare der noch notwendigen Volksbüchereien in den Städten und Kreisen der BRD zu erstellen? Es gilt, dieser Landschaft und seinen Menschen schließlich das Odium zu nehmen, das seit den Bauernkriegen über den Abbruch von Salzdahlum bis in unsere Zeit hinein mit dem Niederreißen von Schlössern als ein Charakterzug galt.

Endlich könnte ein Landschaftsverband Braunschweig - ähnlich dem Oldenburger Verband - alle jene privaten, vereinsmäßigen und kommunalen Kräfte des kulturpflegerischen Bereiches in der Form der Selbstverwaltung in unserem Bezirk zusammenfassen und sich der Heimat- und Landschaftspflege des braunschweigischen Raumes besonders annehmen. Was kulturbewußte Kräfte einst im oldenburgischen Landesteil bei der Eingliederung Oldenburgs in das Land Niedersachsen rechtzeitig erkannten, nämlich: die eigene kulturbewußte Heimatpflege selbstverwalterisch im Rahmen der gesamten Kulturpolitik des Landes Niedersachsen zu

erhalten - eine Aufgabe, die leider im Braunschweigischen s. Z. unter der letzten braunschweigischen »Landesregierung« völlig übersehen wurde - das gilt es im Interesse der Entwicklung der Eigenkräfte dieses »ostfälischen Raumes« endlich nachzuholen, um damit einen nach dem Kriege gemachten Fehler zu korrigieren. Kulturpolitik von »oben« kann nur ein Teil der Gesamtkulturpolitik sein. Der wesentlichere Teil einer aktiven Kulturpolitik ist die Entfaltung, Erweckung, das schöpferische Bewußtwerden des Eigenen von »unten« her in der Gesellschaft, in der Gemeinschaft. Hier kann für den Braunschweiger Raum einiges nachgeholt werden.

Demokratie ist schließlich nur solange lebendig, wie auf der kommunalen Ebene ein ausgeprägter Gemeinsinn des Bürgers aktiv und verantwortungsbewußt wirksam ist. Wir Freien Demokraten bedauern sehr, daß im näheren und weiteren Bereich des Bezirks kommunalpolitisch die FDP nicht in dem erforderlichen Umfange in den Rats- und Kreisvertretungen der Gemeinden, Städte und Landkreise eingedrückt ist. Hier liegt eine wichtige Aufgabe vor uns. Kommunale Selbstverwaltung ist, historisch gesehen, das Ergebnis staatspolitischen Mühens der liberalen Kräfte des Bürgertums des vorigen Jahrhunderts. Es ist nicht einzusehen, daß davon andere vornehmlich den Nutzen haben sollten. Die Freien Demokraten im Bezirk Braunschweig werden es als ihre besondere Aufgabe ansehen, den kommunalpolitischen Auftrag dadurch zu erfüllen, daß sie in den Rats- und Kreisparlamenten die Voraussetzungen zu entsprechender Mitwirkung schaffen werden.

Die Kommunalpolitik im Sinne der Selbstverwaltung aus den Kräften des Bürgertums, aus den Kräften der Gemeinschaft, ist die Grundlage der parlamentarischen Demokratie. Wenn sich in das von den liberalen Kräften des letzten Jahrhunderts »gemachte Bett« in diesem Jahrhundert die »Anderen« gelegt haben, so muß das nach Meinung der FDP keineswegs heißen, daß das immer so bleiben muß. Zweifelsohne können ursprünglich antiliberalen Kräfte - oder auch aliberalen Kräfte - sich liberalen Entwicklungen anpassen und diese für sich ausnutzen. Aber nach den herrschenden Gesetzen der Physik bewegt sich jeder Körper nur in dem Umfange der Kraft, die ihn ursächlich in Bewegung setzt. Das aber bedeutet die Unersetzlichkeit der Ursprungskräfte der kommunalen Selbstverwaltung wie der Parlamentarischen Demokratie: der liberalen Kräfte eines Bürgertums, einer Gemeinschaft, die Freiheit mit Verantwortung, Persönlichkeit mit Gemeinsinn schöpferisch zu verbinden wußten.

Die Freien Demokraten des Braunschweiger Bezirks sehen daher bei aller Wichtigkeit der Landes- und bundespolitischen Probleme nicht zuletzt in der richtigen Berücksichtigung des kommunalen Bereiches - verkörpert in den lebensfähigen, arbeitsfähigen und starken Gemeinden, wobei die Samt- oder Großgemeinde ab 5000 Einwohner die optimale Größe in der Regel darstellt, sowie in den der modernen Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung angepaßten neuen Verwaltungsform der Städte und Landkreise - die unabdingbare Voraussetzung für ein gesundes, gesamtstaatliches Leben. Von hier aus hält die Braunschweiger FDP es mit den Worten des Altbundespräsidenten und früheren Ehrenvorsitzenden der FDP, Professor Theodor Heuß: »Wichtiger als der Staat sind die Gemeinden, das wichtigste aber in den Gemeinden sind die Menschen.« Und weil schließlich der Staat so ist wie seine Bürger, wollen wir den Bürger in seinem Gemeinsinn ansprechen: für seine Gemeinde, für sein Land, für seinen Staat! Gustav Ernst

Zur Situation der CDU

Bei den Bundestagswahlen 1965 konnte die Christlich-Demokratische Union im Verwaltungsbezirk Braunschweig, Landesverband Braunschweig der CDU, einen beachtlichen Erfolg erzielen.

Die Wahlkreise Helmstedt - Wolfsburg - Braunschweig-Land und Goslar - Wolfenbüttel konnten mit beträchtlichem Stimmentvorsprung in direkter Wahl von den Kandidaten der CDU gewonnen werden, wobei der Wahlkreis Goslar - Wolfenbüttel, den die CDU vor vier Jahren verloren hatte, zurückgewonnen werden konnte. Auch in der Großstadt Braunschweig hatte die CDU eine große Zunahme an Wählerstimmen zu verzeichnen, die jedoch zum direkten Wahlsieg nicht ausreichte. Der Wahlkreiskandidat rückte hier über die niedersächsische Landesliste in den Deutschen Bundestag ein. Während im vierten Deutschen Bundestag der Landesverband Braunschweig nur mit einem Abgeordneten vertreten war, sind nunmehr drei Abgeordnete dieses Reiches in Bonn.

Damit hat sich die politische Schlagkraft für das Gebiet des alten Braunschweiger Landes erheblich verstärkt und damit der CDU die Möglichkeit gegeben, zwischen den Wahlen auch ihre politische Aktivität erheblich zu verbessern und zu stärken.

Gestützt auf diese politische Repräsentanz im Deutschen Bundestag, verstärkt durch die politische Repräsentanz der im niedersächsischen Landtag wirkenden acht Abgeordneten aus der CDU des Landesverbandes, ergibt sich zwischen den Wahlen die Möglichkeit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, die ihre Unterstützung durch eine Straffung der Organisation aus der Arbeit der Landesgeschäftsstelle heraus erfährt.

Der Ehrenvorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Bundeskanzler a. D. Dr. Konrad Adenauer vertritt gern und häufig die Auffassung, daß politische Wahlen Prüfsteine für die Demokratie sind und einen Maßstab bilden für das, was im politischen Bereich einer Partei getan oder verabsäumt wurde. So gesehen müssen politische Wahlen immerhin große Bewährungsproben für eine Partei und ihre Organisation sein. Diese Tatsache bedingt im demokratischen Staat eine permanente politische Aktivität, die neben dem Einsatz der Organisation einen besonders harten Einsatz der politischen Mandatsträger vom Bundestagsabgeordneten über die Landtags- und Kreistagsabgeordneten bis hin zum letzten Stadt- oder Gemeinderatsmitglied erfordert.

Längst sind die Zeiten vorbei, die die Annahme rechtfertigen würden, daß es genügt, sich vor den Wahlen an die Öffentlichkeit zu wenden. Der Wähler ist im Rahmen der demokratischen Entwicklung unseres Staates kritischer geworden. Insbesondere die jüngere Generation hat vielfach keine un-

mittelbare Bindung mehr zu den Schwierigkeiten des Staatsaufbaues nach dem völligen Zusammenbruch 1945 und kaum Beziehungen zu den beachtlichen Fakten, die die Demokratie von Weimar in Schwierigkeiten gebracht haben und dann dazu führten, daß der Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht kommen konnte. Hier setzt aus der geschichtlichen Erfahrung die besondere Verantwortung der Demokratie und der demokratischen Parteien von heute ein.

Ständig am Mann bleiben und politische Bildungsarbeit leisten und laufend Rechenschaft über die Tätigkeit in den Parlamenten ablegen ist zwischen den Wahlen eine der wichtigsten Aufgaben für eine Partei, ihre Organisation und ihre Mandatsträger.

Eine der größten Bedingungen, die die Partei ihren Mandatsträgern stellt, ist die, daß man sich laufend in Sprechstunden dem Wähler zum persönlichen Gespräch und zur Information zur Verfügung stellt. Landes- und Kreisgeschäftsstellen der CDU müssen Häuser der offenen Tür sein, die auch die Möglichkeiten bieten, bei den Schwierigkeiten der Gesetzgebung im Alltagsleben hilfsbedürftigen Menschen erforderliche Hilfestellung zu geben.

Der Information dienen darüber hinaus die öffentlichen Veranstaltungen der Partei und ihre Mitgliederversammlungen. Die kommunalpolitischen Vereinigungen des Landesverbandes Braunschweig und seiner Kreisverbände sind hier ein weiteres wertvolles Instrument, die kommunalen Fragen anzusprechen und für die Partei die kommunalpolitische Schulungsarbeit zu leisten. In weiteren Vereinigungen, wie den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft und der Frauenvereinigung, werden vordringlich sozialpolitische Probleme behandelt. Daneben wirken Arbeitskreise für besonders wichtige Fragen, wie die der Wirtschaftspolitik, der Agrarpolitik, der Vertiebenenpolitik, der Verteidigungspolitik, der Gesundheitspolitik, der Kulturpolitik, usw., denen ganz konkrete Aufgaben gestellt sind.

Das sind die Voraussetzungen, die für die Erfüllung der speziellen Aufgaben, die sich im öffentlichen Bereich stellen, unerlässlich sind.

Nach der stürmischen Aufwärtsentwicklung der letzten zwanzig Jahre werden sich die politischen Parteien und auch die Menschen im Bereich des Verwaltungsbezirks Braunschweig auf eine längere Strecke einer etwa gleichbleibenden Entwicklung einstellen müssen. Als wichtigste Aufgabe sieht die CDU für die nächsten Jahre auch im hiesigen Bereich die Stabilisierung unserer Währung an. Auch die öffentlichen Haushalte werden sich im weiteren Fortgang mit nicht wesentlich steigenden Steuereinnahmen, die über die mögliche Wachstumsrate des Sozialproduktes nicht hinausgehen können, einrichten müssen. Hier setzt nun die Verantwortung ein, die uns dazu zwingt, nach Prioritäten zu denken und zu handeln. Bei allen öffentlichen Aufgaben wird man das Vordringliche vor dem Dringlichen und das Dringliche vor dem Wünschenswerten planen und ausführen müssen. Man wird auch nicht darumkommen, bei allem was man tut, an die Folgekosten zu denken.

Eine vernünftige Raumordnung für das Gebiet des Verwaltungsbezirks Braunschweig mit einer möglichst weitgehenden Verwaltungsreform wird dringende Notwendigkeit sein. Die Verknappung der Arbeitskraft auch in unserem Raum läßt es nur noch in Ausnahmefällen zu, kleinere und mittlere Unternehmen neu anzusiedeln. Eine wesentliche Stärkung der Finanzkraft der öffentlichen Hand ist durch solche Maß-

nahmen nicht zu erreichen. Deshalb sieht die CDU ihre besondere Aufgabe darin, zur Stärkung der Wirtschaftskraft der bestehenden Betriebe im Zonenrandgebiet beizutragen. Diesem Zweck sollten in erheblichem Umfange die Verbesserung der Kapitalstruktur der Unternehmen, öffentliche Aufträge und verstärkter Facharbeiterwohnungsbau dienen. Noch hängen schwere Schatten über den Schwerindustriebetrieben unseres Gebietes, die sich durch die bedauerliche Zonengrenze und die Abgelegenheit zu den großen Industriezentren der Bundesrepublik ergeben. Der Ausbau frachtgünstiger neuer Verkehrsmöglichkeiten, insbesondere auch der Anschluß an die Wasserstraßen ist deshalb eines der anzustrebenden Ziele. Eine beachtliche Rolle spielt auch die Agrarwirtschaft des hiesigen Raumes, die durch ihren Weizenanbau und den Anbau von Zuckerrüben ein bedeutender Faktor im Wirtschaftsleben unseres Staates ist. Als selbstverständlich sollte man die Verbesserung im kulturellen Bereich sehen. Die Modernisierung unseres Schul- und Hochschulwesens und auch der Volkshochschularbeit muß soweit wie irgend möglich vorangetrieben werden.

Der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu dienen sind besonders die Bewohner eines so ausgesprochenen Zonenrandgebietes, wie es das Braunschweiger Land ist, aufgerufen. Dieses Ziel wird nur erreichbar sein, wenn sich jeder Staatsbürger seiner demokratischen, staatsbürgerlichen Pflichten noch mehr als in der Vergangenheit bewußt wird. Mehr Mut zum politischen Engagement, mehr Bereitschaft zum Mittun und dadurch zur Mitbestimmung ist zwingende Notwendigkeit für den Menschen und die politischen Parteien in unseren Tagen.

Heinz Wienke

Zur Situation der SPD

Mit der Gründung der Braunschweiger Gemeinde des »Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins« durch Wilhelm Bracke am 9. September 1865 trat die sozialdemokratische Bewegung in die Geschichte unseres Bezirks ein. Seitdem hat diese politische Bewegung ihren Einfluß ständig verstärken können. Geist und politisches Handeln der Sozialdemokratie, der größten demokratischen Volksbewegung unserer Geschichte, haben die Verfassung und Gesellschaftsstruktur nachhaltig beeinflusst. Das gilt nicht zuletzt für die Stadt und das Land Braunschweig. Vor 1933 und auch nach 1945 war und ist dieses Gebiet eine der traditionellen Hochburgen der Sozialdemokratie.

Das wird nicht zuletzt an den Mitgliederzahlen sehr deutlich: 1906 hatte die Braunschweiger SPD 2679 Mitglieder, 1930 waren es 13449.

Im heutigen Verwaltungsbezirk Braunschweig, der nur einen

Teil des ehemaligen Landes Braunschweig umfaßt, wirken Anfang 1966 15661 Mitglieder in Ortsvereinen der Partei mit. Viele Parteien, darunter größere und mächtigere als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sind gekommen und wieder vergangen - historisch vom Winde verweht.

Es muß wohl mit ihrer politischen Zielsetzung, mit dem demokratischen, lebendigen Charakter dieser Partei zu tun haben, daß sie über alle Stürme der Zeit hinweg sich behaupten konnte und heute mit ihrem »Godesberger Grundsatzprogramm« erneut zu einem Selbstverständnis gefunden hat, das es ihr ermöglicht, Antworten auf die Probleme der modernen Industriegesellschaft unserer Tage zu geben.

Das drückt sich aus in dem Vertrauen, das die Bürger bei den Wahlen zu den verschiedenen parlamentarischen Körperschaften den sozialdemokratischen Kandidaten entgegenbringen.

Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahl im Bezirk Braunschweig reihten sich würdig ein in die Erfolge, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im ganzen Lande Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen am 27. September 1964 erringen konnte.

Diese Wahl fand ein besonderes Interesse, weil sich dabei zeigen mußte, ob das Vertrauen zur Sozialdemokratie auch weiterhin wächst und wohin sich die gerade bei uns große Zahl an Wählern orientieren würde, die bisher nicht eine der drei im Bundestag vertretenen Parteien gewählt haben. Bei der vorangegangenen Kommunalwahl hatten die DP, der BHE und mit Abstand die DRP noch einige Bedeutung. Nach der Wahl konnten wir feststellen, daß die Sozialdemokraten ihre Position als stärkste Partei in allen neun Stadt- und Landkreisen des Verwaltungsbezirks nicht nur halten, sondern durchweg erheblich ausbauen konnten.

In der Stadt Braunschweig (54,3 Prozent), Salzgitter (54,7 Prozent) und in den Landkreisen Wolfenbüttel (52,1 Prozent), Goslar (53,7 Prozent), Gandersheim (58,6 Prozent) und Blankenburg (61,1 Prozent) erreichten wir die absolute Mehrheit. In der Stadt Goslar, dem Wohnsitz des Landesvorsitzenden der CDU, Dr. Fricke, stieg der Anteil der SPD von 37,1 Prozent auf 46,1 Prozent, während die CDU 1,8 Prozent an Stimmen verlor. In Goslar-Land ging der Anteil der CDU-Wähler ebenfalls um 1,8 Prozent zurück.

Der Rückgang dieser Partei in den beiden vorgenannten Kreisen, in denen die DP schon vier Jahre vorher keine Rolle spielte, war eine Bestätigung dafür, daß der Anstieg der CDU in anderen Teilen des Verwaltungsbezirks in erster Linie auf den Zusammenbruch der DP und des BHE zurückzuführen war.

In Braunschweig-Land kletterte die CDU von 18,4 auf 34 Prozent und in Helmstedt von 33,2 auf 37 Prozent.

Die DP erreichte bei der Kommunalwahl 1961 in Braunschweig-Land 13,7 Prozent, der BHE 17,3 Prozent und in Helmstedt die DP 2,4 Prozent und der BHE 8,7 Prozent.

Der Zuwachs an CDU-Stimmen läßt sich daraus also fast statistisch nachweisen.

Das ist aber auch ein Beweis dafür, daß das Anwachsen der CDU in erster Linie auf Wähler zurückzuführen war, die ihre politische Position bisher rechts von der CDU sahen. Wenn auch das Auftreten der UWG insgesamt nicht sehr erfolgreich war, so hat diese Partei doch in einzelnen Kreisen bis zu 10 Prozent Stimmen erhalten. Dabei ist als sicher anzunehmen, daß infolge starker Anlehnung der UWG an rechtsradikale Gruppen ehemalige DRP-Wähler gewon-

nen werden konnten und daß manche Wähler der DP und des BHE die UWG als einen Ausweg betrachtet haben.

Es ist aber nicht zu übersehen, daß auch Wähler der Parole von der Ablehnung der Parteipolitik als etwas »Unmoralischem« gefolgt waren. Wir wissen, daß diese Auffassung absurd ist und daß sie für einige das Mäntelchen war, um ihre politische Suppe zu kochen.

Nach den Kommunalwahlen waren die politischen Konturen auch bei uns klarer geworden. Es zeigte sich zum ersten Male, daß der Zusammenbruch der DP und anderer Parteien rechts von der CDU dieser Partei neue Wähler zuführte.

52,3 Prozent aller Stimmen für die SPD im Bezirk Braunschweig war ein überzeugender Beweis dafür, daß die SPD dabei gut bestehen konnte.

Das Ergebnis der Wahl zum 5. Deutschen Bundestag am 19. September 1965 ist für die Sozialdemokratie hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Es muß aber festgestellt werden, daß der Gewinn von 1,4 Millionen Stimmen und 12 Mandaten gegenüber der Bundestagswahl 1961 ein Erfolg war, auch wenn das eigentliche Wahlziel damit nicht erreicht wurde.

Mit 12813136 Stimmen und 202 Bundestagsabgeordneten ist die SPD die stärkste Einzelfraktion des Deutschen Bundestages geworden.

Mit 45,2 Prozent aller Stimmen für die SPD im Bezirk Braunschweig liegt unser Ergebnis um 5,4 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Unsere Zuwachszahl belief sich auf 1,4 Prozent bei den Zweitstimmen.

Der im Lande Niedersachsen deutlich gewordene Konzentrationsprozeß der konservativen Kräfte hat sich auch im Verwaltungsbezirk Braunschweig ausgewirkt.

Ist auch der Zuwachs der CDU-Stimmen relativ gering, er beträgt 3,2 Prozent an Zweitstimmen, so hat sich nach dem Ausfall des BHE, der DP und der DRP immerhin gezeigt, daß diese Wähler sich zur CDU geschlagen haben. Dessen ungeachtet ist aber das Gesamtergebnis von 45,2 Prozent als Erfolg zu werten, denn im Vergleich zum Jahre 1957 hat die SPD fast 10 Prozent Stimmenanteil gewinnen können. Sie liegt damit auch bei Bundestagswahlen weiter auf einer ansteigenden Linie, während die CDU das Ergebnis von 1957 nicht wiederholen konnte.

Aller Voraussicht nach dürfte die CDU, die von dem vorgenannten Konzentrationsprozeß nicht unerheblich profitierte, ihr Stimmenpotential zunächst ausgeschöpft haben. Weitere Reserven zeichnen sich für sie im Moment kaum noch ab, wenn man davon absieht, daß die FDP-Wähler potentielle CDU-Anhänger für den Fall sind, daß diese Partei eines Tages zwischen den beiden großen zerrieben wird.

Die SPD wird in der Zukunft mehr als bisher Wähler der CDU für sich gewinnen müssen. Dabei wird das entscheidende Problem der weitere Abbau von Vorurteilen bleiben, das unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

Weitere Wählerreserven können die Jung- und Neuwähler sein, deren Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich war. Ganz sicher ist es richtig, daß bei einem Stimmenanteil von 45,2 Prozent an Zweitstimmen jedes Prozent schwer zu erkämpfen sein wird. Dennoch wäre nichts falscher, als anzunehmen, die SPD hätte jetzt im Verwaltungsbezirk Braunschweig eine Barriere erreicht, die nicht übersprungen werden kann. Auffallend in unserem Bezirk ist die Tatsache, daß die Mittel- und Kleinstädte im Verwaltungsbezirk Braunschweig gegenüber den dörflichen Bereichen und Großstädten unterdurchschnittliche Zuwachsraten für unsere Partei ge-

bracht haben. In diesen Bereichen ist es der CDU in stärkerem Maße gelungen, neue Wähler an sich zu binden.

Die SPD wird also ihr besonderes Augenmerk auch diesem regionalen Sachverhalt zuwenden müssen.

Der Versuch der SPD, den natürlichen Startvorsprung der Regierungsparteien dadurch auszugleichen, daß man die Erfolge in der Kommunal- und Landespolitik als Kapital für die bundespolitischen Entscheidungen einbringt, hat sich für uns positiv ausgewirkt.

Unsere Partei hat zum ersten Male im Verwaltungsbezirk Braunschweig vier sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete, zwei von ihnen wurden direkt gewählt, zwei gelangten über die Landesliste in das Parlament. Die absoluten Stimmzahlen der Kommunalwahl 1964 konnten übertroffen werden.

Die Landtagswahlen 1967 stehen vor der Tür.

Die SPD hat, wie die Betrachtungen der letzten Kommunalwahlen und der Bundestagswahl zeigen, eine gute Ausgangsposition gewonnen, die es ermöglicht, die bei der letzten Landtagswahl knapp verfehlte absolute Mehrheit zu erringen.

Seit dem Bestehen des Landes Niedersachsen haben wir mit einer kurzen Unterbrechung die Geschicke dieses Landes entscheidend beeinflußt. Die im Bezirk Braunschweig zu vergebenden Landtagsmandate sind über viele Legislaturperioden hinweg fast ausnahmslos in Händen von Sozialdemokraten. Es wird unser Ziel sein, das letzte der CDU noch verbliebene Direktmandat im Nordteil des Landkreises Helmstedt zu gewinnen, um vom Bezirk Braunschweig aus die Landespolitik der Sozialdemokraten noch besser stützen zu können.

Im Flächenland Niedersachsen, das im Ostrand des EWG-Wirtschaftsraumes mit seiner langen Zonengrenze besonders benachteiligt ist, kommt es darauf an, die langfristig angelegte Politik ungebrochen fortzusetzen. Durch die verfehlte Steuerpolitik des Bundes ist dem Land ein Verlust von 400 Millionen DM entstanden.

Es ist deshalb besonders vordringlich, die allgemeine Finanz- und Wirtschaftskraft des Landes zu stärken. Der regionalen Wirtschaftsförderung und der Verbesserung der Infrastruktur kommen dabei besondere Bedeutung zu.

Neben den Anstrengungen für die finanzielle Bewältigung der Aufgaben halten wir die seit langem anstehende Verwaltungs- und Gebietsreform für besonders notwendig. Das gleiche gilt für die Förderung von Erziehung, Wissenschaft und Kunst.

Vor den Bundestagswahlen haben prominente Politiker der Bonner Regierungskoalition das Zonengrenzgebiet besucht. Den Worten sind bisher keine Taten gefolgt.

Wir sind der Meinung, daß die Förderung dieses Gebietes nicht nur eine finanzielle, sondern in erster Linie eine politische Aufgabe ist. Es geht nicht um ein notleidendes Grenzgebiet sondern darum, Deutschlands Mitte gesund und leistungsfähig zu erhalten.

Hans-Joachim Stief

credo ukw

die zelle gitter
marmorschritt
flüsterndes schweigen
keuscher nonnenchor einsam
kühle und sonne regen
weihrauch in den steinen
flüchtig
fröhlichkeit des märtyrers

tod den epigonen

mein freund der dichter
fängt ein huhn schlachtet es
nimmt die knochen zwischen die lippen
ich sauge poesie sagt er
brilliant gedichte bestätigt ihm die kritik
ich habe ein huhn gefangen
habe es geschlachtet
die knochen zwischen die lippen genommen
ein arzt hat mich ins krankenhaus gewiesen
wo man versucht
meine gelbsucht zu kurieren

vision des poetischen buchhalters

mit rollkragenpullover und lincolntabak
ins jazzhouse summen bel esprit bla bla
nach hause schlendern ins kämmerlein
ein verslein konzipieren einen pusckin schlürfen
die dralle petra kühl vernaschen
sich strecken träumen von der unsterblichkeit

ein huhn vor meinem fenster im schnee
ein soldat mit einem roten loch in der stirn
ein baum und ein schnuller und eine sonne
kikeriki

Der Glatzkopfkongreß war gut besucht
und verlief zufriedenstellend
Nur beim Festessen
war eine peinliche Note
nicht zu vermeiden:
Ein Haar schwamm in der Suppe
Entsetzt
starrten die Glatzen

Walter Gerlach

Das Volks- kirchen- steuer

Auf eine telefonische Anfrage hin brauchte das landeskirchliche Archiv in Wolfenbüttel einige Tage Bedenkzeit und teilte dann mit, daß nach der Volkszählung vom 6. 6. 1961 der braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche 643 906 Personen angehören, daß nach derselben Volkszählung im Bereich der braunschweigischen Landeskirche 138 904 Katholiken, 21 848 andere Christen und 50 600 Nichtchristen wohnen. Macht zusammen eine Bevölkerung von 855 258 Menschen, von denen also gut 75 Prozent evangelisch-lutherischen Bekenntnisses sind.

Auf eine telefonische Anfrage hin begann das Stadtkirchenbauamt am Telefon vernehmlich und anhaltend zu rechnen und teilte dann mit, daß die vorhandenen und im Bau befindlichen Kirchen des evangelisch-lutherischen Stadtkirchenverbandes Braunschweig rund 9740 Sitzplätze aufweisen.

Berücksichtigt man die Möglichkeit, daß die Großstadtbevölkerung gottloser ist als die Gesamtbevölkerung im Bereich der Landeskirche, so kann man immer noch annehmen, daß 70 Prozent der rund 160 000 Braunschweiger, die älter als 14 Jahre sind, der Landeskirche den Zins schulden. Es stünden demnach für knapp 9 Prozent derer, denen kraft regelmäßiger Entrichtung ihrer Kirchensteuern ein Sitzplatz in einer Braunschweiger Kirche zusteht, Kirchenplätze zur Verfügung.

Eine ähnliche Rechnung wurde im bereits erwähnten Telefongespräch auch von Seiten des Stadtkirchenbauamtes angestellt und mit gelindem Erstaunen der hohe Prozentsatz registriert, denn, so wurde mitgeteilt, früher (?) habe man für 10 Prozent der evangelischen Bevölkerung Sitzplätze vorgesehen, heute rechne man eigentlich 5 Prozent. Das erscheint angemessen, und es ist

wahrscheinlich ziemlich optimistisch geschätzt, wenn man annimmt, daß 4 Prozent regelmäßige Kirchenbesucher sind.

4 Prozent von 70 Prozent sind 2,8 Prozent. Das bedeutet, daß rund 70 Prozent der Braunschweiger Bevölkerung evangelisch-lutherischen Bekenntnisses sind, was nicht mehr heißen soll, als daß ihre Kirchensteuern in den Säckel der evangelischen Kirche fließen, daß aber nur knapp 3 Prozent das Angebot an öffentlichen Veranstaltungen der Kirche, das sie sich damit erkaufen haben, nutzen.

Nach Auskunft des Stadtkirchenamtes und des landeskirchlichen Archivs gibt es darüber keine empirische Untersuchung. Das erstaunt und legt die Vermutung nahe, daß es zumindest der Kirchenverwaltung völlig gleichgültig ist, wieviel Leute am kirchlichen Leben teilnehmen, Hauptsache das Geld kommt ein. Nach Auskunft der gleichen Stellen gibt es auch keine Untersuchung über die Motive, die 67 Prozent der Bevölkerung veranlassen, treu und brav die nicht unbeträchtlichen Kirchensteuern zu bezahlen, obgleich sie an den wesentlichen Veranstaltungen der Kirche, den Gottesdiensten, offenbar uninteressiert sind. Das erstaunt nicht, denn eine solche Untersuchung könnte ein Ergebnis hervorbringen, in dem überhaupt nicht die Rede ist von Auferstehungsglaube, von Sündenvergebung, schon recht nicht von dem Sakramentscharakter der Kindertaufe, sondern von höchst säkularen mutmaßlichen Meinungen, z. B. daß man es sich und seinem Kinde schuldig sei, das Ereignis der Geburt mit einer würdigen kirchlichen Feier zu begehen, daß soziales Prestige verloren ginge, wenn man keine prunkvolle Konfirmation zustande brächte, daß eine kirchliche Trauung dem Beginn einer Ehe erst den Rang der Würde gäbe und daß Begräbnis ohne Pfarrer schon völlig undenkbar sei, da ein solches Begräbnis den Beigeschmack lieblosen Verscharrens habe und daß alle diese Dinge eben nur bei regelmäßiger Entrichtung der Kirchensteuer zu haben seien. Ein solches Ergebnis ginge ganz massiv der Volkskirche an den Kragen, denn kein Kirchenmann könnte ein Volk, das dergestalt argumentiert, noch als Kirchenvolk bezeichnen. Daß Kirchensteuerverwalter aber kein Interesse daran haben, daß der Status der Volkskirche heruntermanipuliert wird, soll im folgenden gezeigt werden.

Volkskirche bedeutet Kirche des Volkes und es sei unbestritten, daß dieser Titel zu recht besteht, wenn 70 Prozent Mitglieder der Kirche sind. 96

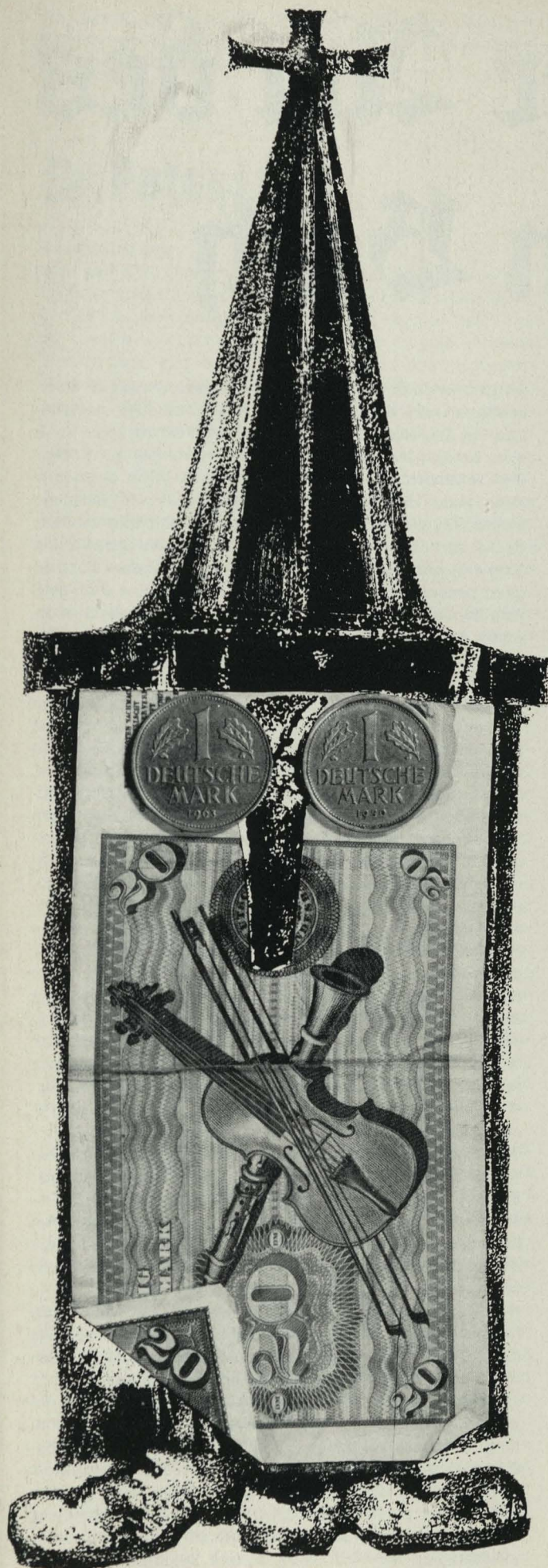
Prozent der Mitglieder interessieren sich nicht für ihre Kirche. Daß der Volkskirchencharakter trotzdem nicht verschwindet, ist auf den Trick mit Kindertaufe und Konfirmation zurückzuführen.

Der geht so: Für Mutter und Vater, Großmutter, ja auch Tanten und Onkel ist die Geburt eines Kindes ein großes Ereignis. Die Kirche stellt mit der Kindertaufe eine harmlos erscheinende, dem großen Ereignis angemessene und dazu kostenlose Weihezeremonie bereit, die anzuwenden zudem Brauch und gute Sitte verlangen. Erfolg: Das Kind ist Mitglied der Kirche. Mit 14 oder 15 Jahren wird das Kind aus der Schulpflicht entlassen und der größere Prozentsatz der Kinder tritt ins Berufsleben ein. Wiederum ein großes Ereignis und wiederum hält die Kirche eine adäquate Weihehandlung parat. Erfolg: Das Kind wird kirchensteuerpflichtig. So einfach geht das.

Wir wollen nicht die uns bekannte landläufige theologische Begründung für die Kindertaufe verhehlen: Die Liebe Gottes, die sich in Leben, Sterben und Auferstehen Jesu Christi offenbart hat, kommt in ihrer allumfassenden Gnade am schönsten und stärksten in der Kindertaufe zum Ausdruck, da in ihr ohne Ansehen der Person einem noch nicht gelebten Leben für alle zukünftigen Sünden Generalabsolution erteilt wird unter der einzigen Bedingung, daß diese Gnade als Gnade dankbar angenommen wird.

Wir wollen auch nicht verhehlen, daß wir der Überzeugung sind, daß ein sehr hoher Prozentsatz der die Kindertaufe praktizierenden Pastoren allein diese Begründung zur Richtschnur ihres Handelns machen und daß es Ihnen bei der Kindertaufe nicht darum geht, die Volkskirche zu bewahren.

Bei der Konfirmation sieht das allerdings anders aus. Es ist gut und richtig, daß dem Getauften die Gelegenheit gegeben wird, als bewußter Mensch zu seiner Taufe selbst Stellung zu nehmen und die darin verheißene Gnade anzunehmen oder abzulehnen. Daß das aber von 15jährigen verlangt wird, ist eine Tragikomödie. Dabei tut überhaupt nichts zur Sache, daß den Kindern bei der Konfirmation schon weitgehend keine heiligen Versprechungen mehr abgenommen werden, denn was bliebe der Konfirmation überhaupt noch für eine Bedeutung, wenn sie nicht die Annahme der Taufe wäre und das bleibt sie, mit oder ohne Gelübde. Nur so wird man sie absichern können, wenn man sie als Zement der Volkskirche verwenden will. Daß sie zu nichts anderem verwendet wird, ist jedem Pfarrer be-



kannt, denn die einzige Begründung für die Konfirmation der 15jährigen ist der praktische Gesichtspunkt, daß sie sich später nicht mehr in gleich schöner Vollständigkeit erfassen lassen, wie zur Zeit ihrer Schulpflicht.

Warum aber legt man Wert auf möglichst vollständige Erfassung, wenn man ohnehin weiß, daß nur ein winziger Prozentsatz am Leben der Kirche teilnehmen wird, wie sich z. B. deutlich im Prozentsatz der projektierten Kirchenplätze ablesen läßt? Natürlich um das Kirchensteueraufkommen auch für die Zukunft sicherzustellen. Wenn diese Sorge nicht wäre, gäbe es keinen Grund, die Kinderkonfirmation nicht schleunigst abzuschaffen und sie den 20–30jährigen anzubieten.

Wenn 96 Prozent der Mitglieder einer Kirche am kirchlichen Angebot desinteressiert sind, so erhebt sich natürlich auch die Frage, woher das denn kommt. Es muß entweder an den Leuten oder an der Botschaft liegen, die dort verkündet wird oder aber an denen, die verkündigen.

Den Leuten wird man kaum einen Vorwurf machen können, denn wenn ein Christ seinen Missionsbefehl ernst nimmt, dann hat er den Menschen, so wie sie sind, gegenüberzutreten und nicht so, wie er sie gerne haben möchte.

Hundert Pastoren seien es gewesen, so las man in der ZEIT, die uns die confessio brunswigiana um die Ohren geschlagen haben. Liest man ihre 18 Thesen, so wird man mit Recht annehmen können, daß diese die Schuld gewiß auch nicht bei der von den Vätern überkommenen Botschaft suchen werden.

An wem, fragen wir die Kirchenleitung der braunschweigischen evangelisch-lutherischen Landeskirche, bleibt es dann hängen, daß 96 Prozent der Glieder dieser Landeskirche kirchenfremd sind? Globale Schuldbekenntnisse sind für Christen zwar dekorativ, nutzen hier aber wenig. Auch ein Hinweis, daß die Verhältnisse eben sehr kompliziert wären, interessiert uns nicht. Konkrete Feststellung dessen, was an den 18 Thesen falsch ist, wäre schon besser, wenn dazu geklärt wird, was möglicherweise von der Kirchenleitung selbst alles falsch gemacht worden ist und wird, wenn darüber hinaus untersucht wird, wieso eigentlich die Predigten in Braunschweiger Kirchen ständig unverblümt am Kirchenvolk vorbeireden, was gegen das Volkskirchengestrüpp unternommen werden soll und wenn gesagt wird, wann endlich die Kirche anfangen will, ihre eigenen Probleme zu bearbeiten, z. B. mit Hilfe empirischer Untersuchungen.

Hermann Oetting

Zwei Graphikausstellungen in Braunschweig

Seit einigen Jahren sammelt die Stadt Braunschweig Graphik. Der größte Teil des Bestandes war bis Mitte Juni zum erstenmal im Haus Salve Hospes zu sehen. Eine Reihe sehr guter Blätter unter den 123 ausgestellten Druckgraphiken, Picassos zwei Radierungen, eine schöne frühe Arbeit von Beckmann, die kleine Villon-Radierung, George Grosz' Litho, unter den 21 Büchern mit Originalgraphik das ausgezeichnete Kestner-Buch von 1919, daneben manches Entbehrliche aus der Ecole de Paris z. B. oder Dix' wenig charakteristisches Portrait des Karl Burckart. Aber hier ist nicht so entscheidend, ob ein oder zwei Dutzend Blätter von mäßiger Qualität sind. Wichtig ist, daß überhaupt gesammelt wurde und nun der Grundstein für eine Graphiksammlung vorliegt. Das ist, wie man hört, vorwiegend das Verdienst des Doktor Bernhard Mewes, der, unterstützt von Prof. Wollermann und Dr. Hagen, die Graphik zu sammeln angefangen hat. Es ist manches zusammengetragen worden, wenngleich man noch nicht recht von Sammlung sprechen mag, aber daß sich eine Sammlung auf der Grundlage der vorhandenen Werke entwickeln kann, steht außer Zweifel. Noch eine andere Institution sammelt in Braunschweig Graphik: Das Herzog-Anton-Ulrich-Museum. Ein Teil der Sammlung war dort bis zum 13. 6. ausgestellt. Hier gibt es manches gute Blatt vom Impressionismus bis zu Grieshaber. Wer beide Ausstellungen kennt, muß sagen: Stadt und Museum haben bis jetzt ein ähnliches Sammelprogramm. Hier wie dort das Bestreben, von allem etwas (nach Möglichkeit Gutes) zu kaufen. Einige Blätter gibt es doppelt. Konstruktivismus, serielle Tendenzen, Pop- und Op-Art fehlen. Man mag anerkennen, daß in beiden Ausstellungen gute Graphik hängt. Unbehaglich stimmt, daß man da wie dort Ähnliches sieht, im Museum einige Impressionisten mehr. Die Trennschärfe fehlt noch, es fehlen Schwerpunkte. Alles ist ein bißchen doppelt gemoppelt.

Für die Zukunft wird es darauf ankommen, jeder Sammlung ein eigenes Profil zu geben. Vielleicht ist es für das Museum richtig, Entwicklung im kunsthistorischen Sinn sichtbar zu machen, wobei es sich dann im Bereich des vorläufig Gesicherten bewegt, während die Stadt mehr auf die aktuelle Kunstsituation, auf die Gegenwartstendenz, auf das Experiment, achten sollte. Das Museum sollte systematisch, die Stadt exemplarisch sammeln. Auch das ist eine Frage des Etats, vor allem aber eine des sicheren Blicks für Qualität, die allgemein noch nicht als solche erkannt und daher billig ist. Man möchte wünschen, daß einige in Kunstdingen ebenso kompetente wie kompetitlose Leute, mit einigen tausend Mark im Jahr versehen, sich des Ausbaus der Sammlung annehmen und trotz der ehrwürdigen Braunschweiger Tradition eine erstklassige Dokumentation zeitgenössischer Kunst schaffen.

Siegfried Neunhausen

Und arbeitet nach der Art des Johann Sebastian Bach

Die am 1.4.1966 durch den Brief Prof. Cimiottis ausgelöste Kontroverse um die Arbeiten von Prof. Fritz Kühn hat ein starkes Echo gefunden. Einige weitere, vorliegende Stellungnahmen und Gedanken zu der Auseinandersetzung veranlassen uns, die Diskussion noch einmal aufzugreifen.

Im Gegensatz zu einer vor Jahren geführten Auseinandersetzung um eine Metallplastik beteiligten sich diesmal fast ausschließlich die »Professionellen«.

So gab es Gelegenheit zu erleben, wie am wichtigen Beispiel eines vielbeschäftigten Kunstschmiedes die alte, schwierige Frage: Was ist Kunst am Bau? von den Fachleuten, den Bildhauern, Malern und Architekten beurteilt wird. Leider beteiligten sich nur Architekten der städtischen Bauverwaltung an dem Disput, während man doch annehmen konnte, daß gerade auch die anderen, vielbeschäftigten und namhaften Architekten Braunschweigs, Klärendes zum Thema beizutragen gehabt hätten. Daß sie z. T. mit dem umstrittenen Kunstschmied Prof. Kühn gerade in letzter Zeit zusammenarbeiten und trotzdem die Gelegenheit nicht nutzen, ihren Standpunkt zu vertreten, ist verdrießlich. Es entsteht der Eindruck, als interessiere sie das Problem gar nicht. Darüber hinaus ist die Nichtbeteiligung eines wesentlichen Teils der Fachleute an der seit langem in Braunschweig notwendigen öffentlichen Diskussion über Kunst am Bau auch insofern nicht zu verstehen, als im selben Augenblick durch die geplante Aufstellung des Reiterstandbildes des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand auf dem Forum der TH das Problem Kunst am Bau aufs neue berührte.

Es scheint uns nicht in Ordnung zu sein, wenn ein Professor (kein Architekt) auf die Frage, wer in Braunschweig Kunst am Bau beurteilen könne, antwortet, dafür wäre er zuständig und daß er sich dann in der Kühn-Diskussion nicht äußert.

So gesehen war Emil Cimiottis Brief eine notwendige und vorbildliche Tat.

Prof. Kühn nennt in seiner Erwiderung Namen. Einige hätten ihn in Braunschweig verteidigen können. Sie haben geschwiegen. Stimmt es damit Prof. Cimiotti zu? WS

Prof. Fritz Kühn

Stellungnahme zur Kritik von Emil Cimiotti über meine Ausstellung im Städtischen Museum Braunschweig, erschienen am 1. April 1966

Jeder mit sich ringende, der Umwelt und seinen Mitmenschen gegenüber sich verpflichtet fühlende Schaffende wird eine ernst zu nehmende Kritik, die von Verantwortungsbewußtsein getragen ist, anerkennen, wenn sie auch Negatives aussagt. Sie wird zum Nachdenken anregen und weiterhelfen. Man nimmt zu derartigen Kritiken selten

Stellung, ist im Gegenteil dankbar dafür, sie neben vielen bejahenden, vor allem oft belanglosen Beurteilungen zu erhalten.

Die in der BZ am 1. April 1966 erfolgte Veröffentlichung des Berichtes von Herrn Cimiotti, der meine im Städtischen Museum Braunschweig gezeigten Arbeiten zum Thema hat, veranlaßt mich allerdings, Stellung zu nehmen, da sie unsachliche Einwände enthält, die nicht nur mich, sondern einen großen Kreis von Menschen betreffen.

Da heißt es: »Moderne Kunst« - »wie der kleine Max sie sich vorstellt, und solche Arbeiten sind es auch, die in grober Ahnungslosigkeit inzwischen an vielen öffentlichen Gebäuden anstelle von Kunstwerken ihren Platz gefunden haben.« Hinzu kommen noch anrühige Worte vom Verfasser dieses Artikels wie: »Blut und Boden« (weil ich offen meine Entwicklung von 1927 bis heute zeigte?) oder »Reichskanzleidekorationen« (für die Reichskanzlei habe ich nicht gearbeitet).

Auch nehme ich Stellung aus einem Gefühl der Verpflichtung heraus den Menschen gegenüber, die, von diesem Bericht mit betroffen, sich in ständigem Ringen um eine gute Sache ihren großen Namen erhalten haben und denen von Herrn Cimiotti »grobe Ahnungslosigkeit« bescheinigt wird: Prof. Felsenstein, Prof. Helene Weigel, der Philosoph und Kunstkritiker Franz Roh (Buch »Deutsche Plastik von 1900 bis heute«), Dr. Buesche (Kunstkritiker beim »Tagesspiegel«), Direktoren von Kunstmuseen in Paris und Amerika, weltbekannte Künstler aus Frankreich, Belgien, England, Polen, Schweden usw., anerkannte Regierungs- und Stadtbauräte der Bundesrepublik wie: Prof. Hillebrecht, Hannover; Prof. Tamms, Düsseldorf; Architekten wie: Prof. Eiermann, Prof. Oesterlen, Prof. Kraemer, Senatsbaudirektor Prof. Düttmann sowie die vielen international bekannten Redakteure der Architekturzeitschriften im In- und Ausland.

Im Zusammenhang mit dieser oft auch kritisch, aber im großen gesehen, positiv zu meinen Arbeiten eingestellten Menschen, ist es vielleicht nicht uninteressant, auch die Jugend zu hören. Hier als Beispiel zwei von vielen Eintragungen in Gästebüchern anlässlich der gleichen Ausstellung, wie sie in Hannover gezeigt wurde:

»Arbeit: gut - Phantasie: gut - Material: gut - in 20 Jahren Kunst! Eine interessante Ausstellung unkonventionell - Henri Dumant, Kreis Hannover, Evgl. Jugend.«

»Eine Synthese aus Technik, Naturwissenschaft und Ästhetik. Klasse Hs2b und Hs2a, Anna-Siemsen-Schule, Hannover.« Der mexikanische Maler Felrico Silva schrieb nach seinem Besuch in meiner Werkstatt: »Fritz Kühn ist ein Stahlpoet. Seine Arbeit kommt aus der Natur, mit rhythmischen Elementen, und er arbeitet nach der Art des Johann Sebastian Bach. Fritz Kühn bestätigt die Abstraktion und gibt die Poesie und das Gefühl zum Gebrauch in seinem Schaffen.« Woher nimmt Herr Cimiotti die Kraft und den Mut, gegen all diese Menschen zu urteilen? Mißgönnt er einem Hand-

werker, schöpferisch zu sein und mit seiner Arbeit zu dokumentieren, daß das Handwerk in unserer so stark industrialisierten Zeit Daseinsberechtigung hat? Oder ist seine Kritik etwa beeinflusst und diktiert von Neid in bezug auf Erfolg? Der Verfasser schließt mit den Worten: »Wäre doch Herr Kühn beim Handwerk geblieben.« Hierzu zwei Beispiele meiner Arbeitsweise. Ich nehme eine Stahlplatte in einer Größe von ca. 1 qm und 10 mm Stärke (man bedenke die Schwere) und schmiede - natürlich in glühendem Zustand (man bedenke die Hitze) - Schrift hinein. (Meine gezeigten Schriften hat Herr Cimiotti in seiner Stellungnahme unerwähnt gelassen; ebenso den 4. Ausstellungsraum, der eine Vielzahl Fotos enthielt, welche die Nutzbarkeit meiner Arbeiten deutlich machten.) Oder ich behandle Stahlplatten in einer Größe von ca. 5 qm nach einer thematisch genauen Vorstellung strukturell mit Säure, baue diese Stahlplatten zusammen zu einem funktionierenden Portal, beispielsweise für eine Kirche. Diese Kurzbeschreibungen verdeutlichen wohl, daß solche Gegenstände nicht auf maschinellm Wege entstehen können. Durch in der Kritik enthaltene Anspielungen sehe ich mich genötigt, etwas zu erwähnen, was sich eigentlich erübrigt, nämlich, daß ich Arbeiten solchen Ausmaßes nicht allein herzustellen vermag, sondern Mitarbeiter, Schüler bzw. Lehrlinge daran beteiligt sind.

Ich glaube, sagen zu können, im Geiste großer Männer, die mir Vorbild sind, zu wirken und zu lehren. Bruno Taut, einer der Vorkämpfer der modernen Architektur, sagte: »Der Künstler muß Mitmensch sein.« Und der weltberühmte Architekt Gropius prägte die Worte anlässlich der Gründung des Bauhauses: »Das Endziel aller bildnerischen Tätigkeit ist der Bau! Ihn zu schmücken war einst die vornehmste Aufgabe der bildenden Künste, sie waren unablässige Bestandteile der großen Baukunst. Heute stehen sie in selbstgenügsamer Eigenheit, aus der sie erst wieder erlöst werden können durch bewußtes Mit- und Ineinanderwirken aller Werkleute untereinander. Architekten, Maler und Bildhauer müssen die vieldiege Gestalt des Baues in seiner Gesamtheit und in seinen Teilen wieder kennen und begreifen lernen, dann werden sie von selbst ihre Werke wieder mit architektonischem Geiste füllen, den sie in der Salonkunst verloren.«

Herr Cimiotti führt in seinem Bericht Namen von international bekannten Künstlern unserer Zeit an und bringt sie mit meinen Arbeiten in Verbindung. Ist es nun für mich eine Ehre oder soll ich es als eine Herabsetzung empfinden? Jedenfalls schließe ich daraus, daß Herr Cimiotti meine inzwischen erschienenen 11 Bücher über Natur und Gestaltung - international bekannt geworden - nicht gesehen, geschweige denn sich in sie vertieft hat. Vielleicht schaffen die erwähnten Künstler aus ähnlichen geistigen Erkenntnissen heraus, und es entstehen dadurch Parallelen im Ausdruck unserer Arbeiten, was in unserer, man kann wohl sagen, stilllosen Zeit sehr erfreulich ist und bejaht werden muß.

Ich glaube, daß über alle Grenzen hinweg das Wort von Goethe weiterhin seine Gültigkeit behält: »Vom Nützlichen, durch's Wahre, zum Schönen!«

Dr. Peter Lufft

Bescheiden sein

Man darf nicht zimperlich sein, wenn man erfahren will, was Künstler über Künstler sagen. Schlegel über Schillers »Lied von der Glocke« zum Beispiel: »Wir sind fast von den Stühlen gefallen vor Lachen«. Grillparzer über Goethe: »Welche Hoffart! Jetzt läßt er seine Jugendzeichnungen im Kupferstich erscheinen. Der verkauft noch seine Windeln spannenweise!« Grillparzer über Webers »Euryanthe«: »Solche Musik ist polizeiwidrig. Die kann nur Blödsinnigen, Straßenräubern oder Meuchelmördern gefallen«. Manet über Cézanne: »Wie kann man nur schmutzige Malerei lieben!« Fritz Boehle über Goethe: »Ich mag deen net mit seim Lohnkutscherkopp«. Man darf die Meinung eines Künstlers über einen anderen nicht immer allzu ernst nehmen. Es sind mündliche Äußerungen, in der Laune gesprochen, im Fluge erhascht.

Anders doch, wenn einer sich hinsetzt und einen Brief für die Öffentlichkeit formuliert. Professor Cimiotti tat dies in der Braunschweiger Zeitung, just am 1. April und sinnigerweise neben der Wiedergabe eines idyllischen Spitzweg. Nun ist Herr Cimiotti kein Grillparzer oder Goethe oder Manet, geschweige denn ein Cézanne. Aber er schreibt seine Meinung über einen Aussteller von gestaltetem Metallwerk, über den Ost-Berliner Professor Fritz Kühn. Warum? Wen will er eigentlich damit treffen? Das an und für sich schon zurückhaltende Referat in der Braunschweiger Zeitung? Den Veranstalter, das Städtische Museum? Die Hintermänner dieser Veranstaltung, die sich um ihr Zustandekommen bemüht haben? Oder den Gestalter selbst, den Kollegen des Herrn Cimiotti, der er wäre, wenn er sich für das ausgäbe, für was sich jener hält; was er aber offensichtlich und wohlweislich nicht tut. Und auch der Rezensent Frese macht ihn nicht dazu. Er distanziert jene Ausstellung von einer Skulpturenschau. Kühn sei kein Bildhauer, geschweige denn ein Künstler im Sinne dieses Metiers. Er sei ein Mitgestalter am Bauwerk. Soweit das Referat. Wir stimmen dem zu. Was aber will Herr Cimiotti? Herr Kühn will kein Künstler sein. Herr Cimiotti aber macht ihn zu einem solchen, um ihn angreifen zu können. Tant pis pour Cimiotti.

Denn unterstellen wir einmal, Herr Kühn hätte anstelle jener Metallmusterschau im Städtischen Museum wirklich Kunst gezeigt oder zeigen wollen, - woher dann nimmt Herr Cimiotti sich das Recht, gegen diesen Kollegen auf die Barrikaden der Kritik zu klettern? Wo kämen wir hin, wenn heute der Maler Gottschalk den Maler Voigt, morgen der Maler Voigt den Kollegen Nicolai, der Maler Straßner den Maler Mordmüller und der Bildhauer Edzard den Skulpteur Cimiotti aufs kritische Korn nehmen würden, um ihn publizistisch zu erledigen? Das wirkt in der Tat sehr provinziell und hat nichts mit ernsthafter Auseinandersetzung um ein Prinzip zu tun. Das kann auch nicht der Grund für den akademischen Lehrer gewesen sein.

Was also soll's? Wollte man die - sagen wir: - lokalpolitische Novität der Veranstalter torpedieren, zum erstenmal einen Meister von jenseits der Mauer bei uns zu Gast zu haben? Es kann einem nicht wohl dabei sein, wenn ausgerechnet aus Braunschweig - und noch dazu aus dieser Schule - Stimmen gegen den Besuch oder dessen Leistung erhoben

werden. So gesehen: jedenfalls äußerst fatal für Braunschweig und Braunschweigs Künstler.

Da haben sich nun manche auf die Seite des Kritikers Cimiotti gestellt, der einmal mehr erreicht hat, daß er und seine Schule, wie Kunaths Wurst, in aller Munde ist. Mit Verlaub, das war aber wirklich nicht nötig. Das war wohl ein Verständigungsfehler? Die Werkschau von Fritz Kühn »problematisch« zu sehen, sollte keinem Kollegen schwerfallen. Diese Schützenhilfe hätte jener mutige Emilio wirklich nicht nötig gehabt. Mit den herkömmlichen Argumenten der geläufigsten Kunstkategorien wären die »Kunstwerke« Fritz Kühns schnell zu erledigen. Warum also dieser Aufwand? Wir müssen uns das immer wieder aufs neue fragen. Also noch einmal: was Professor Kühn produziert, hat mit Kunst nichts zu tun. Das ist schon richtig. Das brauchte aber wirklich nicht noch einmal festgestellt zu werden. Und ausgerechnet von einer Akademie. Und noch dazu von dieser, von der man weiß, daß sie nach einem inzwischen geflügelten Wort ihres Leiters - »Was Kunst in Braunschweig zu sein hat, bestimme ich!« - den Anspruch, allein Kunst zu schaffen und Kunst zu beurteilen, nicht aufzugeben willens ist. Und solange sie das tut, mit dieser Voreingenommenheit für sich selbst, mit jener hier sattem bekannten und durch Cimiotti soeben wieder gehandhabten, beschränkten und anmaßenden Exklusivität, welche die künstlerische Priorität in dieser Stadt nur für sich selbst beansprucht, wird die kulturelle Malaise in Braunschweig andauern, jener gemischte Chor aus Dummheit und Bosheit noch anschwellen, der hier so unheilvoll von einigen wenigen ehemaligen Nazis dirigiert worden ist.

Herr Cimiotti beruft sich auf sein Fachmanntum als Akademielehrer, und die Schützenhelfer seiner Schule tun das gleiche. Aber daß Akademismus nicht immer viel mit Kunst zu tun hat, lehrt die Geschichte der Kunst des 19. und des 20. Jahrhunderts mit aller Entschiedenheit. Gerade die große Kunst der neueren Zeit ist aus der Antithese von freier Kunst und Akademie entstanden. Was wäre aus Manet, Matisse, Picasso, Bonnard und all den anderen Meistern der Kunst geworden, wenn sie Akademiker geblieben wären? - Also, das Heil in der Kunst wird nicht durch Akademien gesichert. Am allerwenigsten in Braunschweig.

So wäre also dieser Ausfall des SHFBK-Professors als eine erste Kampfansage gegen die Stadt und ihre Verwaltung aufzufassen, nachdem das braune Band, das sich zwischen der Schule und dem Kulturdezernenten so innig geknüpft hatte, nun durch den politischen Wechsel in eben diesem Dezernat zur Zeit am Boden schleift? Noch bevor wir die Konsequenz dieses Gedankens zu Ende gedacht haben, läßt Herr Cimiotti mit seinem Schlußwort zur Debatte in der Braunschweiger Zeitung die Katze aus dem Sack: nicht die Veranstalter waren gemeint, sein Angriff galt auch nicht dem Aussteller Kühn, er sollte vielmehr die Bauämter treffen, die Stadtbauräte, Baudirektoren, Stadtarchitekten (und hoffentlich wohl auch die Bauausschüsse?); hier gehe es um »Kunst am Bau«, und damit sei nicht zu spaßen.

In dieser Richtung allerdings stimmen wir mit Herrn Cimiotti durchaus überein. Das trübe Kapitel des Wiederaufbaus unserer Städte (und der Stadt Braunschweig!), der Kunst am Bau, der Niederlegung oder Aufstellung von Bau- und Kunstdenkmälern ist schon eine Klage und eine Warnung wert. Aber auch da möchte man es sich verbitten, gerade von dieser Seite, von der Schule des Herrn Cimiotti her belehrt zu werden, von der uns so manche Sünde wider die Kunst am Bau zugefügt wurde. Denn - um nur ein einziges Beispiel herauszugreifen - das Verdienst, den herrlichen Braunschweiger Dom durch »Kunst am Bau« auf ewig verschandelt zu haben (durch jene weibliche Figur an der Außenwand der Sakristei, die sich am Ellbogen kratzt), kommt einem Kollegen des Herrn Cimiotti und seiner Schule

zu. Welche Bau-, Kultur- oder Kirchenämter dabei Pate gestanden haben, wird sich wohl noch feststellen lassen. - Wir wollen gerecht sein: auch einiges Gute wäre aus dieser Provenienz zu nennen: die gläserne Dornenkrone in St. Magni von Gottlieb Mordmüller, die Ausstattung der neuen Krematoriumshalle durch Bodo Kampmann - aber das sind gewißlich Ausnahmen neben so viel Schund und Verbrechen am Bau. Man weiß das doch ganz allgemein. Und niemand erzähle uns da etwas Neues.

Was aber könnte deutlicher für die künstlerische Unaufgeschlossenheit Braunschweigs und seiner Kulturbehörde zeugen als die Verödung der öffentlichen Anlagen von Kunstwerken. Wo ist die öffentliche Skulptur in Braunschweig anzutreffen? Wo steht die Großplastik, wie sie die Nachbarstadt Hannover für sich so vorbildlich angeschafft hat? Wer das künstlerische Gesicht einer Stadt kennenlernen will, erlebt sie damit von einer ihrer wesentlichsten Seiten her. In Braunschweig ist das gar nicht möglich. Die weiten, schönen Parkanlagen im Süden und im Osten der Stadt, der Prinzenpark, der Bürgerpark und das Nymphäum der verewigten Migge Fuchs, wo einstmal ein mächtiges Schloß stand, sie schreien geradezu nach dem öffentlichen Kunstwerk, nach der Plastik im Freien. Mit einigen Miniaturwasserspielen ist es weiß Gott nicht getan. Und mit dem Erwerb von 150 graphischen Blättern, die einem kleinen Privatsammler alle Ehre machen würden, auch nicht.

Setzen Sie da Ihren Ehrgeiz ein, lieber Herr Cimiotti! Verschaffen Sie dieser kunstverödeten Stadt, die außer ein paar Rembrandts (die ihren malerischen Ruhm ausmachen) und außer ein paar Tagebuchblättern eines französischen Besatzungsintendanten (die ihren ganzen literarischen Ruhm ausmachen) nichts besitzt, das sie über das Niveau eines Zonengrenzortes mit zugigem Bahnhof erheben könnte. - Doch selbst dieser Rembrandt war kein Braunschweiger und dieser Stendhal noch viel weniger. Autochthon ist nur Eulenspiegel und sein Geist, der sich hier und da, in Raabe oder Wilke niederließ, um sich am Ort für manches zu rächen. Verschaffen Sie dieser Stadt das Cachex eines kunstsinnigen Bürgertums - es brauchen nicht unbedingt Ihre eigenen Werke zu sein. Es gibt heute noch große Kunst von Armitage bis Zadkine. Lassen Sie es nicht bei dem Arpschen Dekor an der TH bewenden! Aber lassen Sie den Metallhandwerker Fritz Kühn aus Ost-Berlin in Ruhe. Er hat mit unserer Misere, die auch die Ihre ist, nichts zu tun. Bescheiden Sie sich, wenn es auch schwerfällt. Denn wie sagte Jules Renard? »Bescheidenheit steht berühmten Männern wohl an. Aber nichts zu sein und trotzdem bescheiden, das ist schwer.«

Prof. Emil Cimiotti

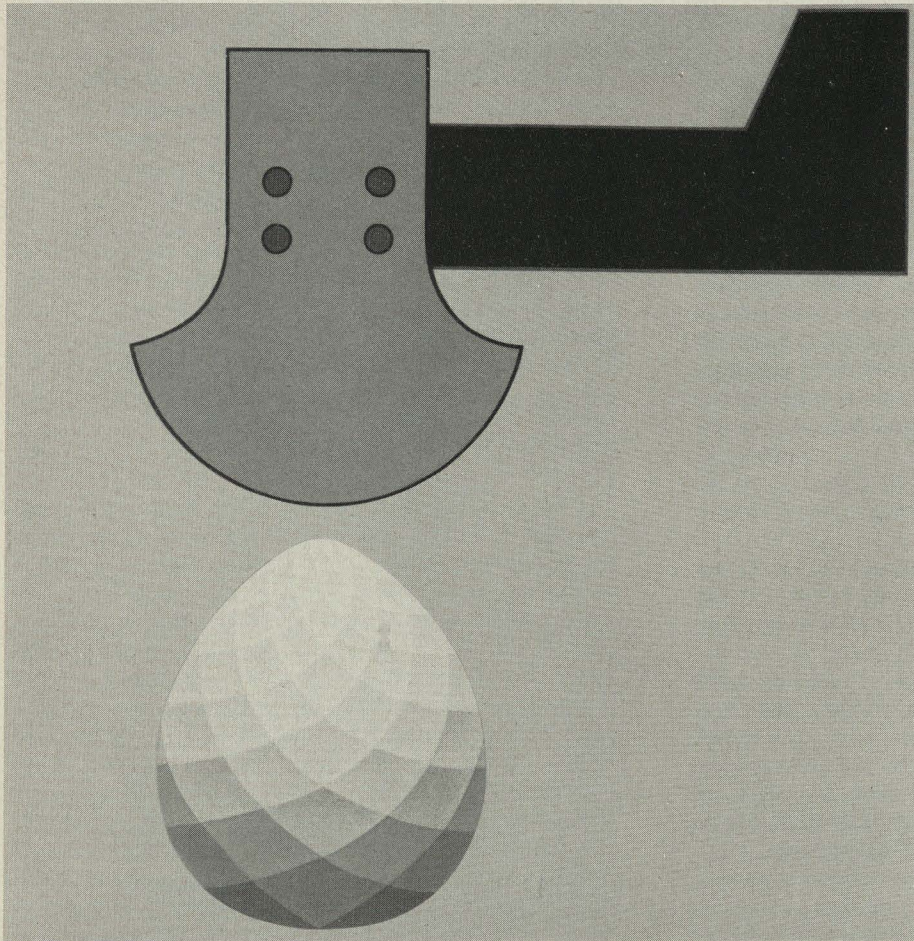
Bei der Sache bleiben

Antwort an Dr. Lufft auf seinen hier abgedruckten Beitrag

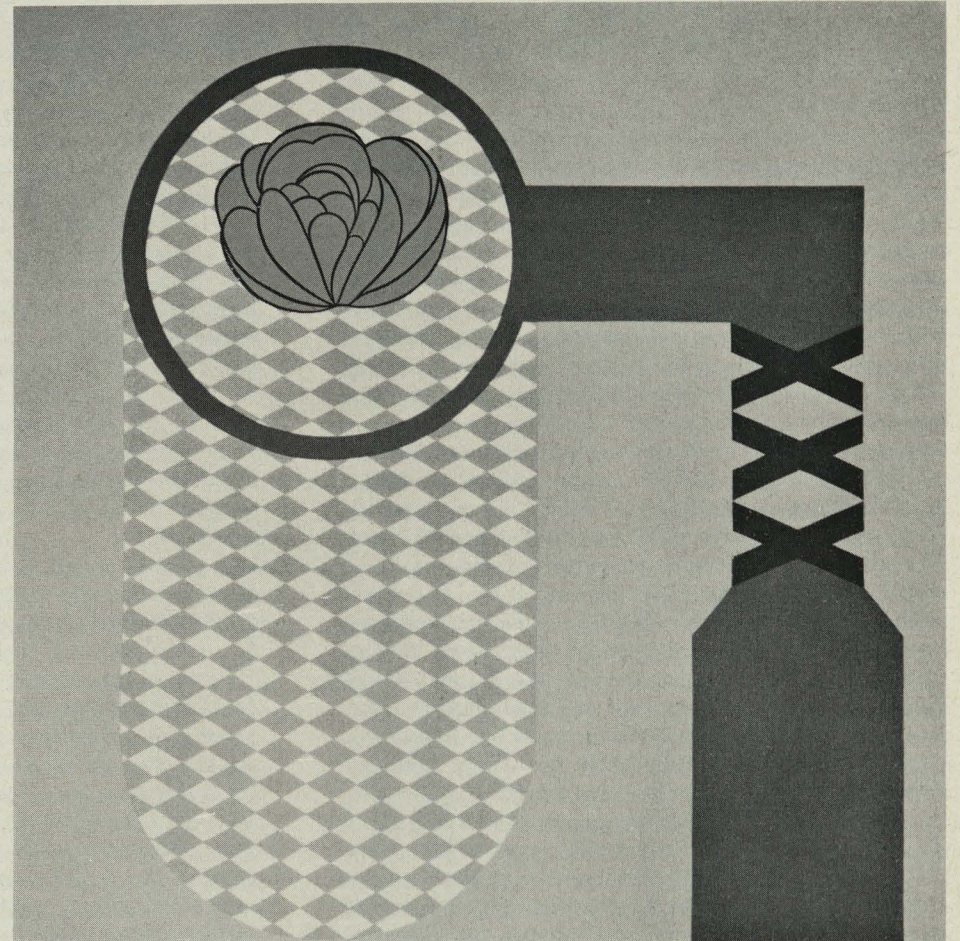
Man darf nicht zimperlich sein, wenn man selbst in einem Streit den ersten Schlag geführt hat.

Wie aber, wenn die Gegenangriffe durchweg an der Sache vorbeizielen? Außer Ihnen, lieber Herr Dr. Lufft, hatten in der Diskussion noch einige Herren zurückgeschossen. Zusammengekommen ist das Ergebnis allerdings recht kurios: Die Herren von der Stadtbauverwaltung sind empört, weil ich behaupte, daß es keine Kunst ist, was Herr Kühn mit seiner vielköpfigen Belegschaft anfertigt - Sie aber, Herr Lufft, empören sich, weil ich die Arbeiten Kühn's angeblich als Kunst behandelt habe.

Fortsetzung Seite 39

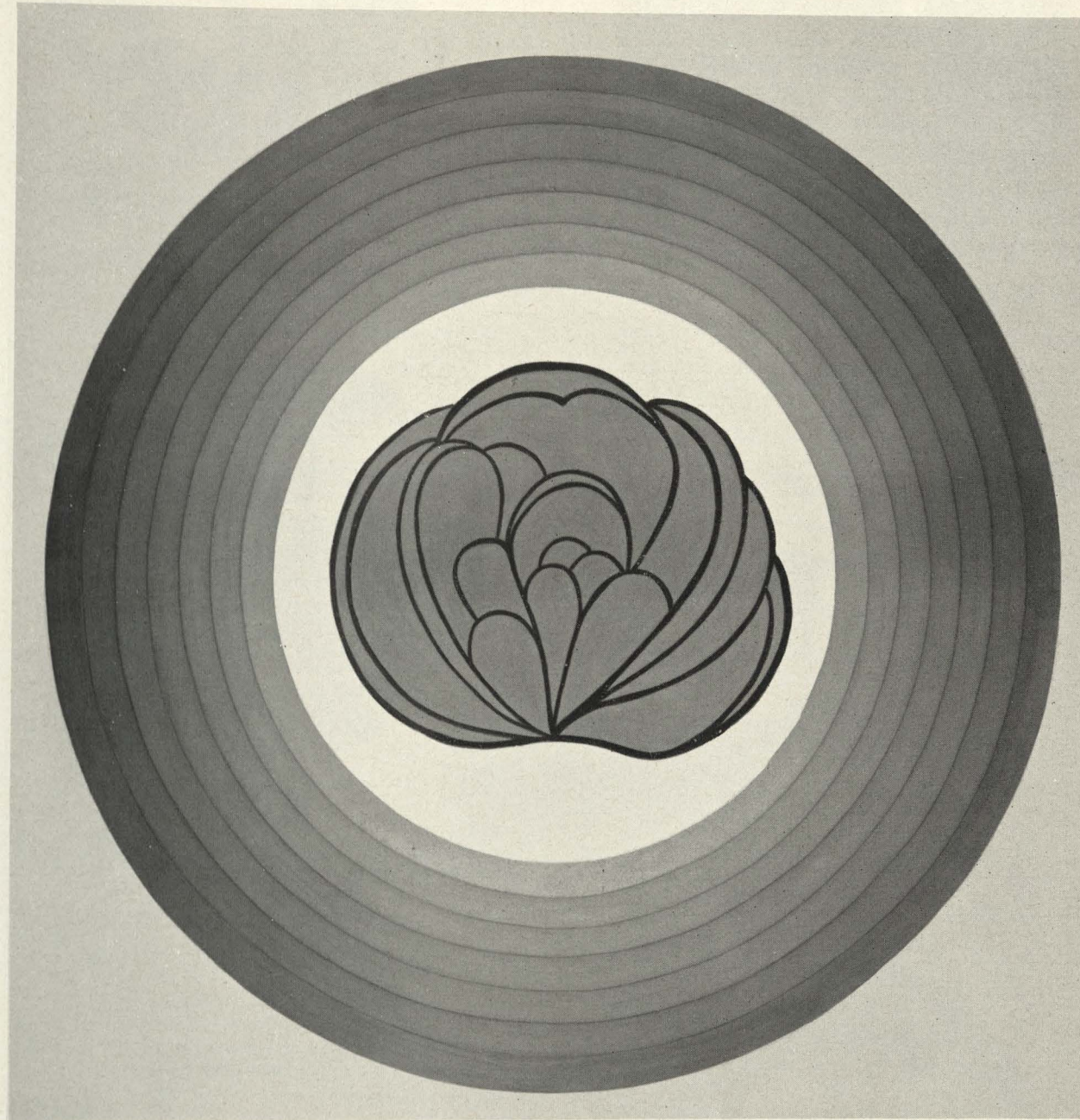


»Einesteils des Eies wegen«



»Mitgehangen, Mitgefangen«

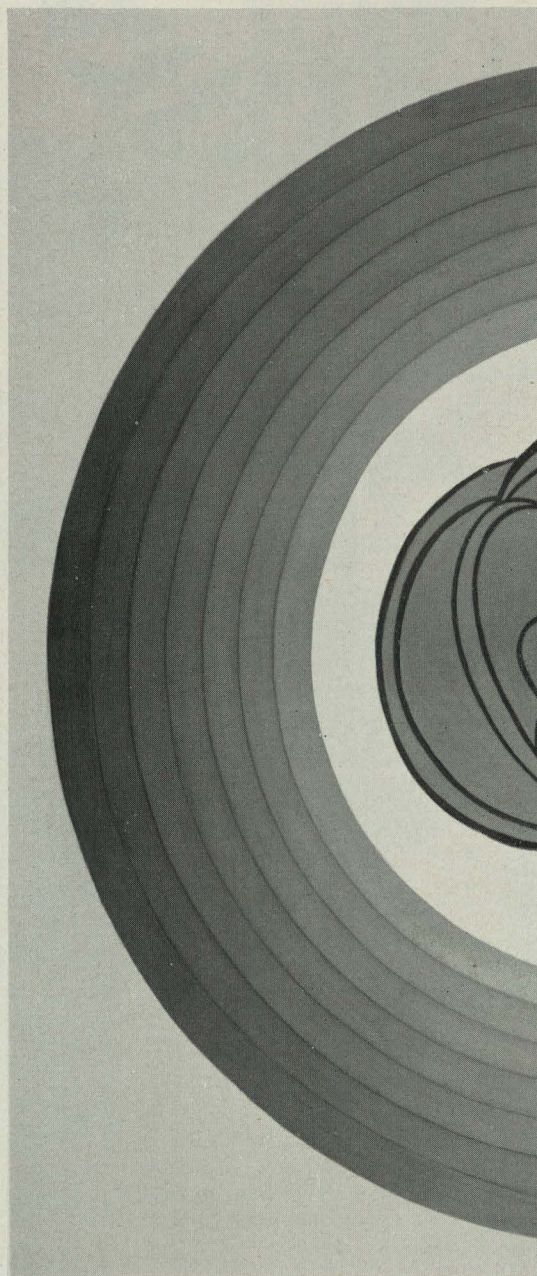
Sine Hansen



»Ich will Dinge malen wie **ich** sie kenne und nicht wie **man** sie kennt, also mich selbst verwirklichen. Ein Bild ist nicht ein Ergebnis sondern ein Ereignis.« So schrieb Sine Hansen Ende 1964, zu der Zeit als sie mit dreiundzwanzig von der Hochschule in Braunschweig abging. Als Studentin war einiges bei ihr ungewöhnlich. Zunächst ihre Intensität und Konzentration. Ob es sich um Bilder in einer Ausstellung handelte oder Worte in einem Gespräch, das sie interessierte, man hatte das Gefühl, sie saugt alles in sich hinein. Dabei war sie hemmungslos kritisch. Mit keinem Lehrer konnte sie sich ganz abfinden. Ihre Professoren taten einem manchmal etwas leid. Aber ihre Kritik traf auch sich selbst. Man bekam nie Bilder von ihr zu sehen. Sie sagte immer: »Sie sind noch zu schlecht.« Ihre kritische Intelligenz ist aber offensichtlich durch erhebliche Leidenschaftlichkeit kompensiert. Man merkt es in ihrer Art zu reden: Heiterkeit, Aggression, Umwerbung, Klatsch, Kritik in einem Strom. Auch in ihrer Art zu tanzen, vor allem allein - und daran, mit welchem Eifer ihre Freunde versuchen, sie zu beruhigen.

Im April 1964, als sie für sich auf dem alten Schloß in Wolfsburg arbeitete, war Sine Hansen endlich bereit, ihre Bilder zu zeigen. Es waren kaum direkte Einflüsse zu spüren, was bei Studentenarbeiten ungewöhnlich ist. Man konnte nur mit Sicherheit sagen: Diese Bilder gehören zu der neuen Generation. Sie sind stark farbig, flach und ohne Nuancen gemalt. Sie zeigen eine gewisse Neigung zum Geradlinigen, ohne geometrisch zu sein. Die Wörter »abstrakt« und »gegenständlich« passen hier nicht mehr. Die Figurationen sind dinglich, ein Bildraum ist vorhanden, doch gibt es keine Illusion. »Farbe - Form - Klarheit«, schrieb die junge Malerin ein halbes Jahr später. »Farben, die einander ins Gesicht schlagen. Formen, die bis zum Zerreißpunkt vordringen und die absolute Leichtigkeit erreichen. Struktur nie zur Frisur werden zu lassen, sondern Linien zur Spannung führen, reduzieren und vordozieren erreicht Klarheit!« In Wolfsburg waren die Arbeiten noch nicht so weit. Doch war alles unterwegs.

»Mai 66«



Dezember 1965 stellte Sine Hansen zum ersten Mal allein in der kleinen Galerie Küppers in Köln aus. Bei den neuen Bildern war die Figuration zu klaren - eindringlich klaren - Gegenständen geworden. Werkzeuge spielten die Hauptrolle, aber Werkzeuge in sonderbaren Zusammenstellungen. Eine Zange bedroht eine Glühbirne, eine große Schere ein Herz. Eine elegant-liegende Schere heißt ›Milady‹, eine monumentale Waage ›Justitia‹, schwebende Ovalformen ›Drei Eier im Bett‹. Manche dieser Bilder sind geteilt: auf der einen Seite ein Werkzeug, auf der anderen ornamentale Formen wie auf einer Spielkarte. Aber dadurch, daß beides flach und plakartig gemalt ist, erlebt man keinen Bruch, auch dann nicht, wenn die Farbe scharf abbricht. Mit Pop-Art haben diese Bilder gemeinsam, daß sie Objekte ohne Vorbild und ohne Vorurteil betrachten. Auch, daß sie durch Vergrößerung Monumentalität erreichen. Doch befassen sich die Pop-Künstler mit Reproduktionen, selten mit dem Gegenstand direkt. Dadurch, daß sie die Farbabsichten von einem Jahr früher jetzt erreichen, kommen die Arbeiten auch in den Bereich der Optischen Kunst. Durch Disakkorde, Kontraste, Farbumrandungen fangen die vorwiegend kalten Farben an zu vibrieren. Das Auge fühlt sich physisch angegriffen. Jedoch ungleich den meisten optischen Malereien ist hier keine **trompe l'oeil** als Selbstzweck. Die Farbe ist lediglich ein Mittel, um die Intensität des Bildnisses zu erhöhen.

Im Mai 1966 stellte Sine Hansen ein zweites Mal aus, im Gartenpavillon der Stadt Soest. Bei den neuen Bildern sind die Charakteristiken der bisherigen gesteigert, ihre Härte und Heiterkeit, ihre Klarheit und vor allem die Intensität der Farben. Helles cadmium schrillt gegen violett in dem ›Großen Steinbeißer‹ (Zange), orange auf lichtgrün in ›Mylord‹ (Schere), krapplack erschreckt vor orange in ›Die Klarheit liegt in der Mitte‹ (Waage). Fast jedes Objekt ist hier eine Persönlichkeit, mit viel Witz charakterisiert. ›Mylord‹ grinst höhnisch mit den Diagonalen seiner Schneiden und stiert dünnkelhaft mit dem grün umrandeten gelben Punkt-Auge.

Solch bildnerischer Animismus ruft den Vergleich mit Konrad Klapheck auf. Aber von seiner surrealen Romantik ist hier genauso wenig zu spüren wie von seiner plastischen Form. Hier ist eine Mischung von Frechheit und Heiterkeit, die aus den strengen Formen selbst entsteht.

John Anthony Thwaites

Braunkohlen-Briketts für jeden Ofen in jedem Haus

Manfred Bremeier

jetzt Kohlen billiger Kohlen Sommerpreise Kohlen kaufen

Kötz Ruf 22033 Helenenstraße 16 Bertramstraße 9

Klaus Grözing

CDU

CDU

Freiheit - wozu? Unsere Antwort: Damit wir und die, die nach uns kommen, weder unter Menschen, noch Dinge, noch Notwendigkeiten geknechtet werden, sondern menschlich leben können. Das aber heißt: Der Bestimmung folgen zu können, der wir glauben.

Manfred Bremeier

Vor 60 Jahren konstruierten führende Ingenieure diesen Post-Omnibus.

Heute braucht die Deutsche Bundespost ebenso zur Erfüllung ihrer Aufgaben Diplomingenieure.

Diplomingenieure des Maschinenbaus und der Fernmeldetechnik bietet die Bundespost eine interessante und verantwortungsvolle Beschäftigung. Als Führungskräfte einer der größten Verkehrs- und Nachrichtenverwaltungen der Welt mit mehr als 400.000 Beschäftigten haben Sie günstige Aufsteigsmöglichkeiten. Während der zweijährigen Ausbildung als Postreferendar erhält ein verheirateter Diplomingenieur einen monatlichen Unterhaltszuschuss von etwa 540 DM bis 860 DM. Nach Bestehen der Großen Staatsprüfung beträgt das Anfangsgehalt etwa 1050 DM bis 1300 DM. Beförderungsmöglichkeiten vom Postrat in höhere Dienststellungen stellen sich. Die Deutsche Bundespost bietet neben einer gesicherten Lebensstellung umfangreiche soziale Leistungen. Auch Hilfe zur Wohnraumbeschaffung wird gewährt. **Anfragen und Bewerbungen richten Sie bitte an die Oberpostdirektion Braunschweig.**

Udo Zisowsky

Holz – ein zeitloser Werkstoff

jetzt auch nach Natur, Möbel aus Holz, weithin, praktisch und stark individuell in den Oberflächen. In der Möbel-Küche ein interessantes wandelbares Mobilmöbel. Mit seinem Liniel durchgängige Mobilmöbelung in eigenen Möbelbau geschult, wissen wir verantwortungsvoll und sorgfältig aus vorfinden Möbelsysteme Möbel für Sie. Wie diese Möbel aussehen? Wir führen eine Reihe Ausstatt. wir beraten Sie gern.

F. Köhler 100 Braunschweig, Lindenstraße 28-30, Ruf 22124
für und das Einrichtungsraum mit eigenen Werkstätten für Neu- und Umbauarbeiten.

Möbel Koch

Klaus Grözing

Ein Beruf mit Zukunft

Diplomingenieure der Elektrotechnik, des Maschinenbaus und der Architektur bietet die Deutsche Bundespost eine interessante und verantwortungsvolle Beschäftigung. Als Führungskräfte einer der größten Verkehrs- und Nachrichtenverwaltungen der Welt mit mehr als 400.000 Beschäftigten haben Sie günstige Aufsteigsmöglichkeiten. Während der zweijährigen Ausbildung als Postreferendar erhält ein verheirateter Diplomingenieur einen monatlichen Unterhaltszuschuss von etwa 540 DM bis 860 DM. Nach Bestehen der Großen Staatsprüfung beträgt das Anfangsgehalt etwa 1050 DM bis 1300 DM. Beförderungsmöglichkeiten vom Postrat in höhere Dienststellungen stellen sich. Die Deutsche Bundespost bietet neben einer gesicherten Lebensstellung umfangreiche soziale Leistungen. Auch Hilfe zur Wohnraumbeschaffung wird gewährt. **Anfragen und Bewerbungen richten Sie bitte an die Oberpostdirektion Braunschweig.**

Udo Zisowsky

FDP

Wir brauchen in Braunschweig ein neues Kulturzentrum. Rund um das Neustadt-Rathaus bietet sich dafür eine Gelegenheit! Denn alle Gebäudeflächen, die für das Bühnenkulturellen Lebens erforderlich sind, waren vorhanden: Ausstellungs- und Konzerträume, die nahe Öffentliche Bücherei, der richtige Platz für die Volkshochschule. Die Freie Demokratische Partei drängt darauf.

Manfred Bremeier/Udo Zisowsky

Tradition und Fortschritt nicht als Widerspruch, sondern als Glieder einer Kette zu sehen, das ist das Geheimnis von Kräften der menschlichen Gesellschaft, die alt werden und dennoch jung bleiben. Das ist zugleich das Geheimnis der Lebenskraft einer Bewegung, die jetzt im zweiten Jahrhundert Triebkraft deutscher Geschichte ist, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

1863 1963

Udo Zisowsky

Jetzt erst recht: Kohlen! Wohlige Wärme an kalten Tagen mit Kohle von Kötz

Kötz

Kohlen-Kötz, Bertramstraße 9, Helenenstraße 16, Fernruf 22033

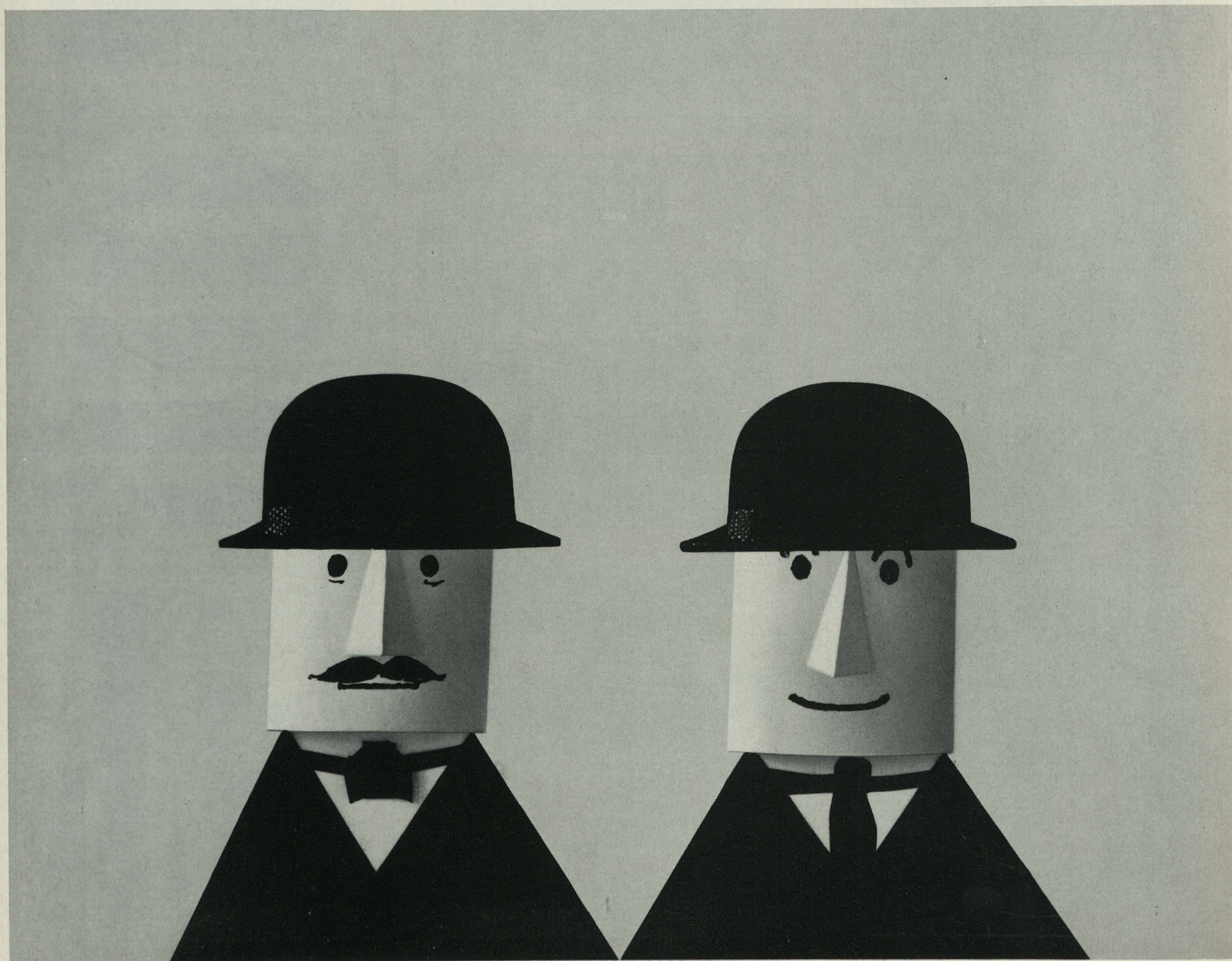
Klaus Grözing

Wer sind die Herren?

Herr Köhler und Herr Lippmann,
1899 die Gründer ihrer Firma. Eine Zeit,
die der Vergangenheit angehört.
Aber die Tradition, gute Klischees zu machen,
setzten die heutigen Inhaber fort.
Referenzen? Mehr als genug!

Köhler & Lippmann
Braunschweig Madamenweg 184
Telefon 2 10 29

K&L



Information oder Überredung?

»Die heimlichen Verführer« nennt ein amerikanischer Werbefachmann die heutigen Werbeappelle in Anzeigen und Prospekten, die sich bemühen, Menschen zu überreden, etwas zu kaufen, was sie im Grunde gar nicht brauchen. Wenn man jedoch die Anzeigen der modernen Massenzeitschriften durchblättert, bemerkt man mit Verwunderung, wie primitiv diese »Verführer« arbeiten, wie sie sich gleichen ähnlich den verführerischen Stars aus Film und Fernsehen. Sie sind Konfektionsware - oben Foto, unten Text - ganz gleich ob sie superweiße Wäsche oder Zigaretten nikotinarm im Rauch anpreisen. Nach diesem Schema, dessen Erfolg man durch wissenschaftlich untermauerte Analysen und psychologische Tests nachzuweisen versucht, und für das die werbende Wirtschaft Millionen ausgibt, sind die Anzeigen größtenteils gebaut. Denn die Wirtschaft verlangt nach überschaubaren Rezepten, von denen sie Erfolg erwartet. Man wirbt wie man lebt: riskolos und will keine Experimente. Aber wie lange geht es noch vorwärts auf ausgetretenen Pfaden angesichts eines Wettbewerbes, der immer rücksichtsloser wird?

Der Kunde wird allmählich unterscheiden zwischen dem unverbindlichen Blabla der Werbetexte und der echten Information, zwischen dem schönen Foto, das keine Beziehung zur Ware hat und nach dem Umblättern vergessen ist wie das Objekt, für das es werben sollte, und zwischen der gezeichneten Aussage, die wie ein Signal den Blick anzieht.

Was hier von der Verkaufswerbung gesagt wird, gilt noch in stärkerem Maße für die repräsentative Werbung und für die Appelle für immaterielle Güter, Dienstleistungen und soziale Belange. Das illustrativ Bildhafte unterliegt hier wie dort einer starken visuellen Abnutzung; das Vordergründige des Lichtbildes wird, wenn es gedruckt ohne Bewegung und Ablauf geboten wird, schnell langweilig und ermüdend.

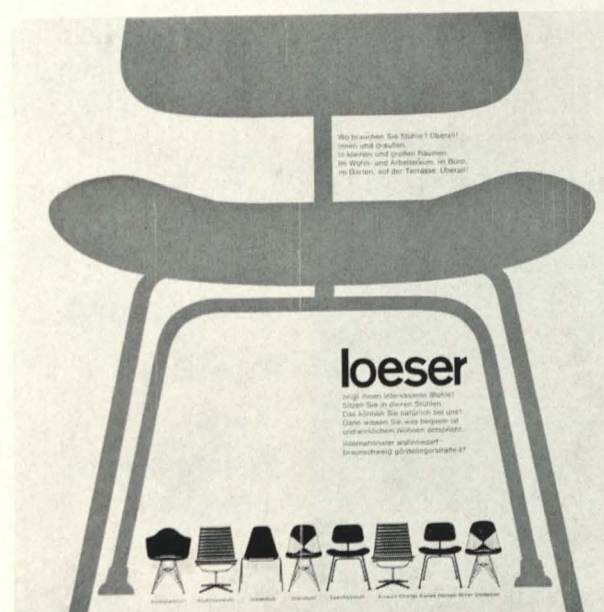
Die Anzeigen in der Zeitschrift »omnibus«, entworfen von Grafikern der SHFBK Braunschweig, erhalten durch ihre signalhafte Kürze, durch ihre Sparsamkeit in der Anwendung illustrativer Mittel und durch den informativen Kurztext einen hohen Aufmerksamkeitsgrad. Sie sind in der Auffassung frisch und unverbraucht und entgehen durch ihren Einfallsreichtum wohl auch in Zukunft der Gefahr, sich zu wiederholen und zur billigen Konfektion zu werden. Es ist Maßarbeit, wie sie der Werbungtreibende braucht. F. Hermann Wills



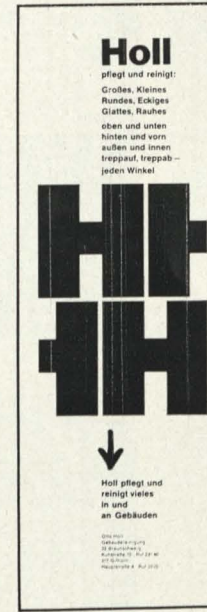
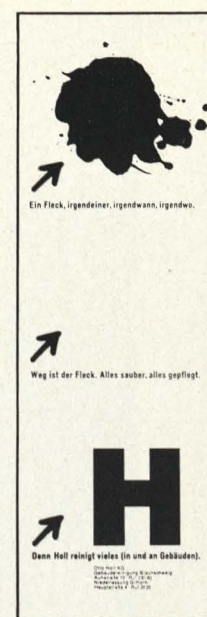
Manfred Bremeier



Manfred Bremeier



Udo Zisowsky



Klaus Grözinger



Bremeier/Zisowsky



Kötz

hat einen guten Ruf. 22 033
Ein guter Ruf für alle,
die Brennstoffe brauchen.
Kötz liefert:
- ob Sommer oder Winter -
- stets zuverlässig und
- zum vereinbarten Termin.
Kötz-Kunden wissen das.
Sachkundige, fleißige
Mitarbeiter bearbeiten
jede Bestellung
gewissenhaft und schnell.
Unser Wahlspruch:
- Stets Feuer mit Kötz!
- hat sich bewährt
und gewährt allen Kunden
warme Stuben an kalten Tagen,
und immer wieder
Stets Feuer mit Kötz!
Wer
Kötz-Kunde werden möchte
wähle den Händler
mit dem guten Ruf. 22 033

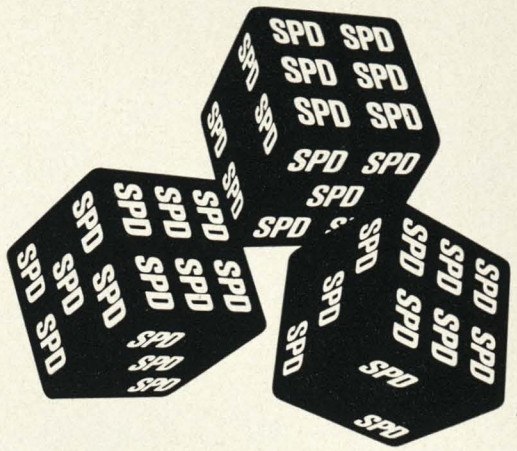
Kohlen, Heizöle, Baustoffe
Braunschweig
Bertramstraße 9
Helmestraße 15
Fernruf 22 033

Klaus Grözinger



Es geht um die Freiheit,
um die Freiheit.
CDU
unseres Volkes und um
die Freiheit der Welt.

Manfred Bremeier/Udo Zisowsky



SPD

Manfred Bremeier



Braunschweig

Eine Stadt mit vielen Türen
und Türen für alle.
Sie sind herzlich willkommen.

Kornelia Kurbjuhn




DURISOL Leichtbaustoffe

DURISOL ist ein zementgebundener
Holzspanbeton, werkmäßig zu
Bauelementen geformt.
Schnelle Bauweise, Heizkostensparnis,
Vergrößerung der Nutzfläche
durch dünnere Wände, kostensparend,
schallschluckend und wärmedämmend.

Wir liefern Schalungssteine,
für Mantelbetonwände,
Wandplatten, Dachplatten,
Isolierplatten und Fassadenelemente.

DURISOL
Verkaufs- und Ingenieurbüro
3300 Braunschweig
Wabestraße 37 Ruf 33234

Peter Riefenstahl



Holz ist ein natürlicher Werkstoff,
welchem, geschacht, individuell
in der Oberflächengestaltung durch
hochwertige Lacke und Öle.

Die Köche hat eine langjährige,
besonders günstige Auswahl
speziellerer Möbelstücke aus Teak,
Pappel und anderen Hölzern.

Wir wählen vornehmlich
und mit bestem Preis
das wir für Sie, den besten Weg zum
Möbel für Sie.

Möbel Koch
Das Einrichtungsbüro mit eigenem
Werkstofflager für Holz und Metall
3300 Braunschweig
Görtingerstraße 28-30 Ruf 23214

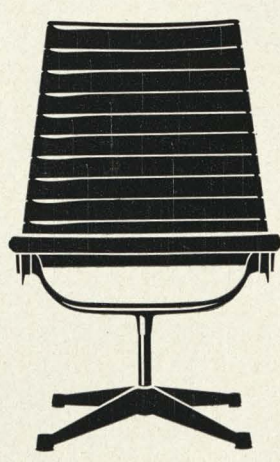
Klaus Grözinger



ACO DRUCK
Braunschweig
Kalenwall 1
Telefon 224 063 036

Werkstätten
für hochwertige
Druckerei
Unsere
Arbeitsgebiete:
Kunst, Industrie,
Wissenschaft

Udo Zisowsky



herman miller collection
bolinger produktion
kollektion vitsoe und zapf

loeser

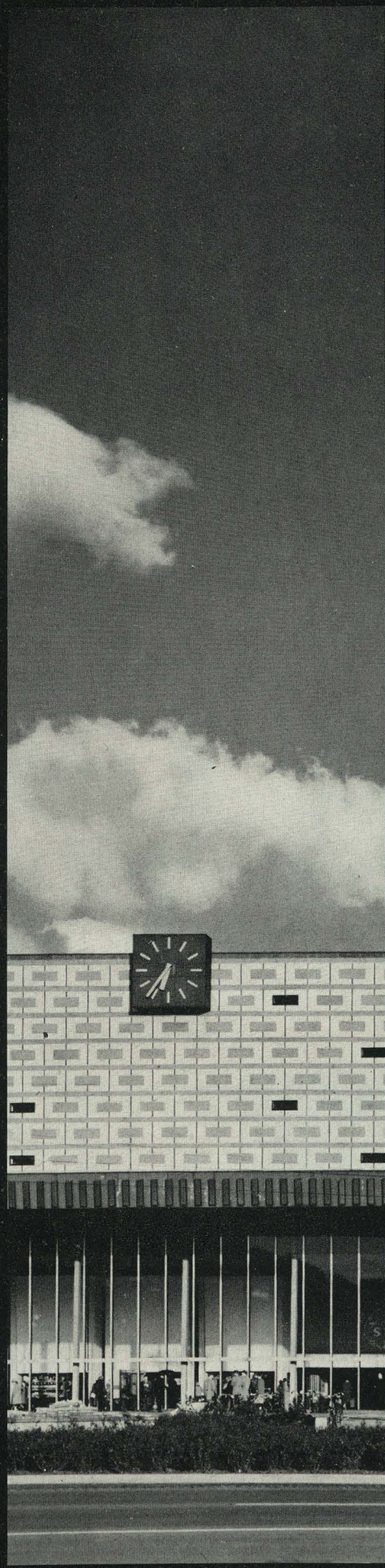
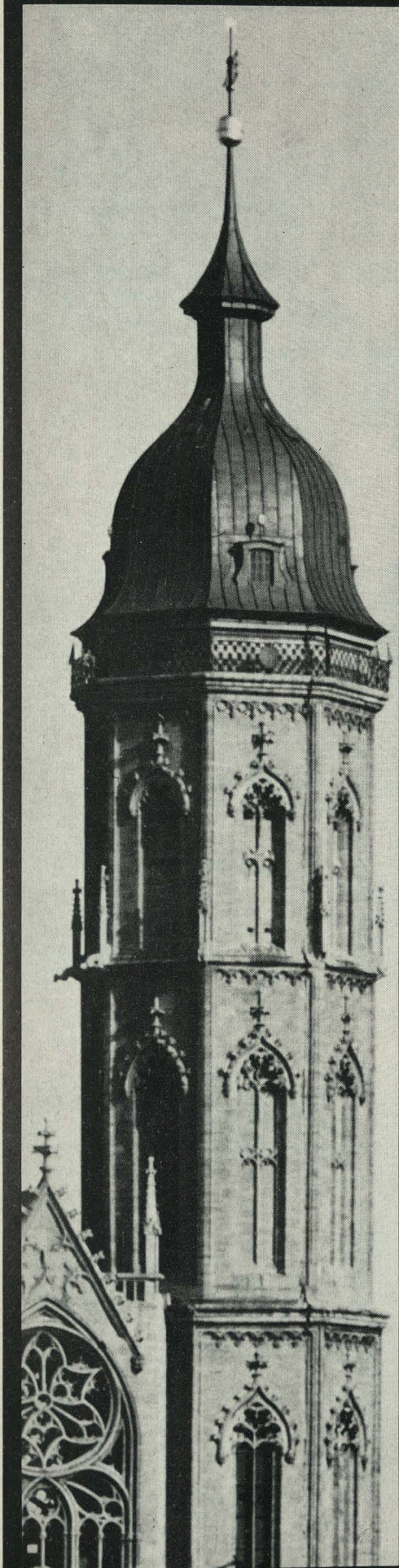
internationaler wohnbedarf
braunschweig
gödelingerstraße 47 ruf 40043

Udo Zisowsky



ACO DRUCK
Braunschweig, Kalenwall 1
Telefon 224 063 036
Qualitätsdruckmaschinen
erfordern gutes Handwerkzeug

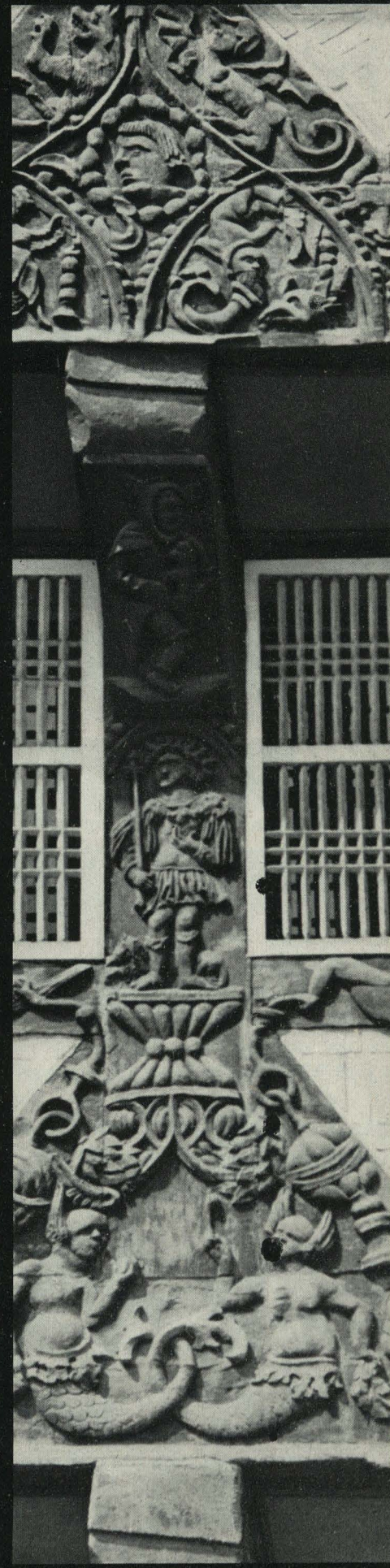
Ralf Dierig

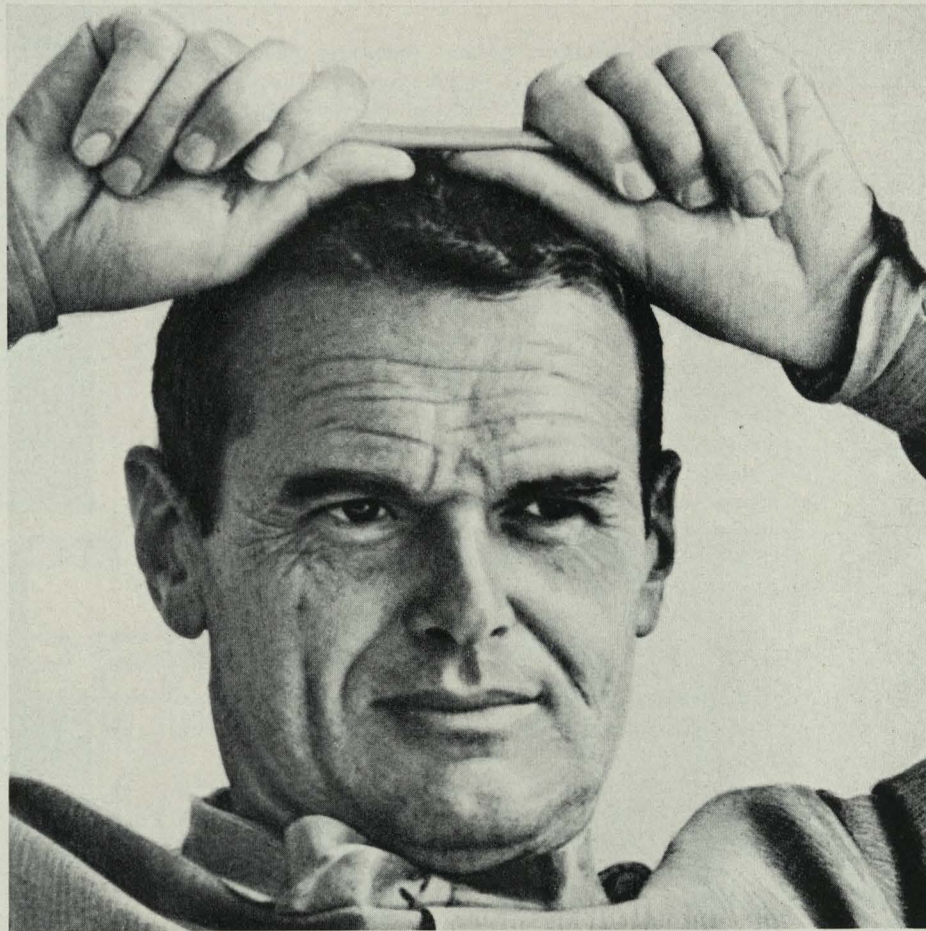


Braunschweig
zwischen Harz und Heide



Tradition
Kunst
Wissenschaft
Industrie





Charles Eames

Möbelentwürfe werden als die wichtigste Gruppe bezeichnet,
die je entwickelt wurde.

Seine Entwürfe sind eigenwillig,
neu in ihrer Technik und äußeren Form.

Charles Eames entwarf nicht einfach Möbel, sondern Typen.

loeser

zeigt diese Möbel der Herman Miller Collection
in den Ausstellungsräumen
Braunschweig, Gördelingerstraße 47

Theaterbau in Wolfsburg

Unbeirrt von der materiellen Not des Theaters und seiner Daseinsprobleme in der Konsumgesellschaft, aber auch unbeirrt von den Ideen moderner Dramaturgie durch Einsatz des mobilen Theaters, nach deren Verwirklichung der Kreis um den Gelsenkirchener Ruhnau sucht, plant Wolfsburg ein Theater.

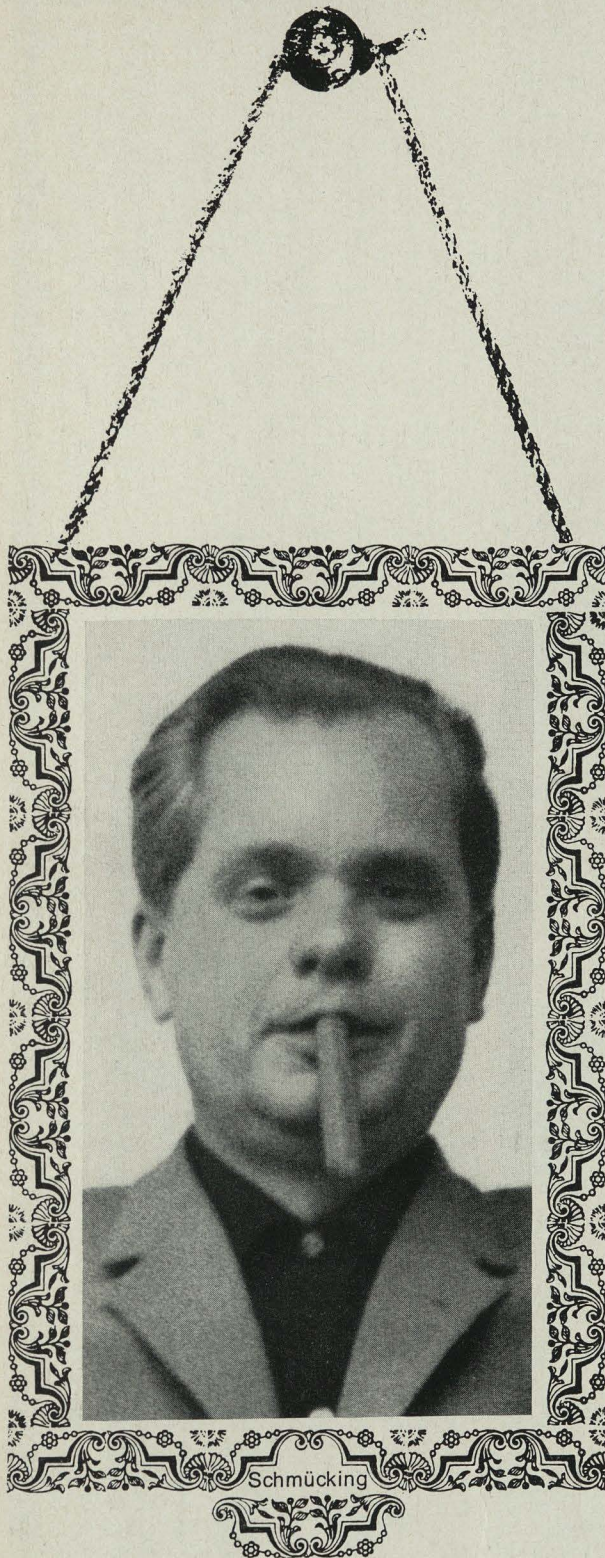
Eine Absatzorganisation, genannt Kulturring, geleitet von dem noch immer rührigen Braunschweiger Theatermann Kühn, hat seit Jahren ihren Thespiskarren in einem dazu ausgebauten Kino untergestellt. Jedoch, wo anderen Tags Südeuropäer zum Anblick flimmernder Begehrlichkeiten ihre Erdnüsse verzehren, kann schwerlich Theater blühen, mit dem, was an Sozialprestige und Garderobenshow sowie Leimgeruch und Kulissengetuschel wirksam werden muß, um auch morgen noch Bildschirmbequemlichkeit auszusteichen. Dennoch macht reger Besuch bei zum Teil erstklassigen Aufführungen reisender Ensembles den Stadtvätern Mut, ein solches Objekt kommunaler Selbstgeltung zu planen, das sicher jahrzehntelang kein eigenes Ensemble beherbergen wird. Man denke jedoch nicht, daß die »moderne« Stadt Wolfsburg mit ihrer teilweise verwirklichten klassenlosen Gesellschaft dem Gegenwartstheater große Chancen gäbe! Schwarzwaldmädel strahlt auch hier wieder deutschen Liebreiz aus, während Bert Brecht lange Jahre warten mußte, um auf Wolfsburger Brettern festen Fuß zu fassen.

Das soll nun anders werden. Altmeister Hans Scharoun ist am Werke, einen Vorentwurf zu erstellen, durch den exakte Kosten ermittelt und Mängel des Wettbewerbentwurfes behoben werden können.

Nach Kassel und Zürich, eine erste, allzu späte Theaterchance für einen derer im Lande, dessen Uhr vierzig Jahre zu früh ging, Los und Schicksal alles Unkonventionellen.

Im Wettbewerb hatten zwei keine Chance, die sich Wolfsburg als moderne Stadt und damit als Nährboden des Avantgardismus vorgestellt hatten: Werner Ruhnau und Jörn Udson. Ruhnaus Idee vom mobilen Theater in Abkehr von der gewohnten Guckkastenbühne, mit einer hydraulisch gesteuerten als »Spielinstrument«, verlangt zu viel von der statischen Kalkstarre der Arrivierten in Wort, Darstellung und Technik. Ein prominentes Jurymitglied soll seine Teilnahme am Wolfsburger Wettbewerb abgelehnt haben, wenn der Phantast Ruhnau dabei bliebe. Udson, der in Sidney gerade lernt, daß statisches und fiskalisches Kalkül verschiedene Dinge sind, ließ seine Betongirlanden zu kühn in den Himmel ranken, um in Wolfsburg Freunde zu finden. Dabei hatte die Ausschreibung zum beschränkten Wettbewerb großzügige planerische Gestik ebenso verlangt, wie Detailkenntnisse im Theaterbau. Galt es doch, das noch als Umland brachliegende Vorfeld zu einer großstädtischen Eingangspforte planerisch zu gestalten. Der grüne Hang an Wolfsburgs mit Hochwald bestandener höchster Erhebung, einst Lieblingsplatz jenes Herrn Hoffmann aus dem benachbarten Fallersleben, der dort problemlose Kinderliedchen schuf, verlangt hohes architektonisches Können zur Lösung des Problems, wie eine gute Schauseite mit der notwendigen Tiefe für die Theater Technik in Einklang zu bringen sei. Udson ging deswegen mit mutiger Rücksichtslosigkeit an den Hang und setzte das Orchester 14 m tief in die Erde, ohne Mühen und Kosten zu scheuen. Aalto und Bornemann lieferten respektable Theaterprojekte unter genialer Umgehung der weitergehenden planerischen Anforderungen. Aaltos zweiter Preis kann nur als Respekt vor seinem Essener Erfolg angesehen werden. Wolfsburgs Kenner hätten diesen Preis dem Wolfsburger Team

Fortsetzung Seite 33



Galerie Schmücking,
eine ungewöhnliche Galerie
in einem
außergewöhnlichen
Rahmen.
Braunschweig
Lessingplatz 12
Telefon 22460

Holl in Braunschweig

Holl in Gifhorn

Holl in Wolfenbüttel

Holl pflegt und reinigt
viele in und an Gebäuden

Holl ←

Otto Holl KG
Gebäudereinigung
33 Braunschweig
Kuhstraße 10
Ruf 2 81 80

317 Gifhorn
Hauptstraße 4
Ruf 20 20

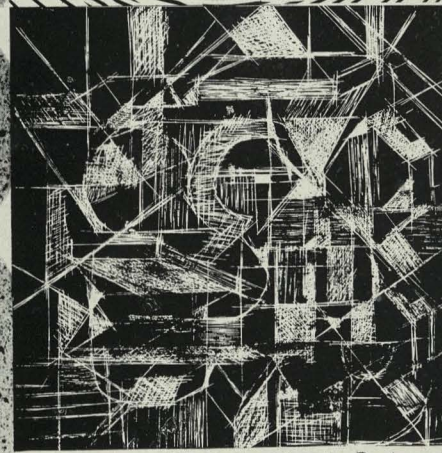


**Richard
Borek
KG**

Braunschweig
Schützenstraße 37
Telefon 258 51

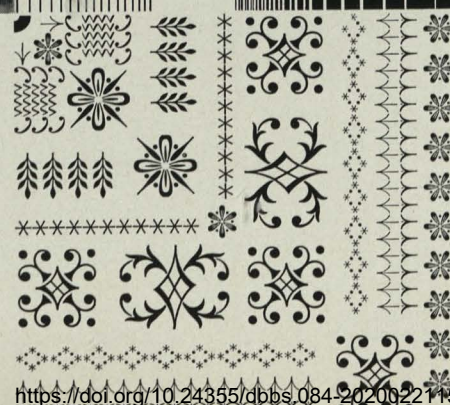
B BOREK
BOREK
ORE
BOREK
K BOREK

R



B

**Buch
und
Offset-
druck**



Der Tag

ist ohne Last und Sorgen,
wenn ACO Druck Ihr Partner ist



ACO Druck nimmt Ihnen einen Teil des täglichen Ärgers ab und erfüllt weitreichende Wünsche. Von der Planung bis zum Versand liegt alles in einer Hand. Das nennt man »industrie service«.

Eingehende Beratung durch erfahrene Fachleute, große Sorgfalt und Zuverlässigkeit in der Herstellung – das sind besondere Eigenschaften der **ACO Druck GmbH**.

ACO Druck, ein graphischer Betrieb mit bemerkenswert hoher Kapazität. Die moderne Setzerei mit dem großen Reichtum an guten Schriften, ein wertvoller Maschinensaal und die passende Buchbinderei gestatten hochwertige Drucke auch bei knappen Terminen. Wir sind Partner, mit denen Sie rechnen können!

ACO Druck 3300 Braunschweig Kalenwall 1 Ruf 22495/96



Zur Sommer-Sonnen-Zeit zu Sommer-Kohlen-Preisen
die Winterkohlen kaufen; bei Kohlen-Kötz T 2 20 33

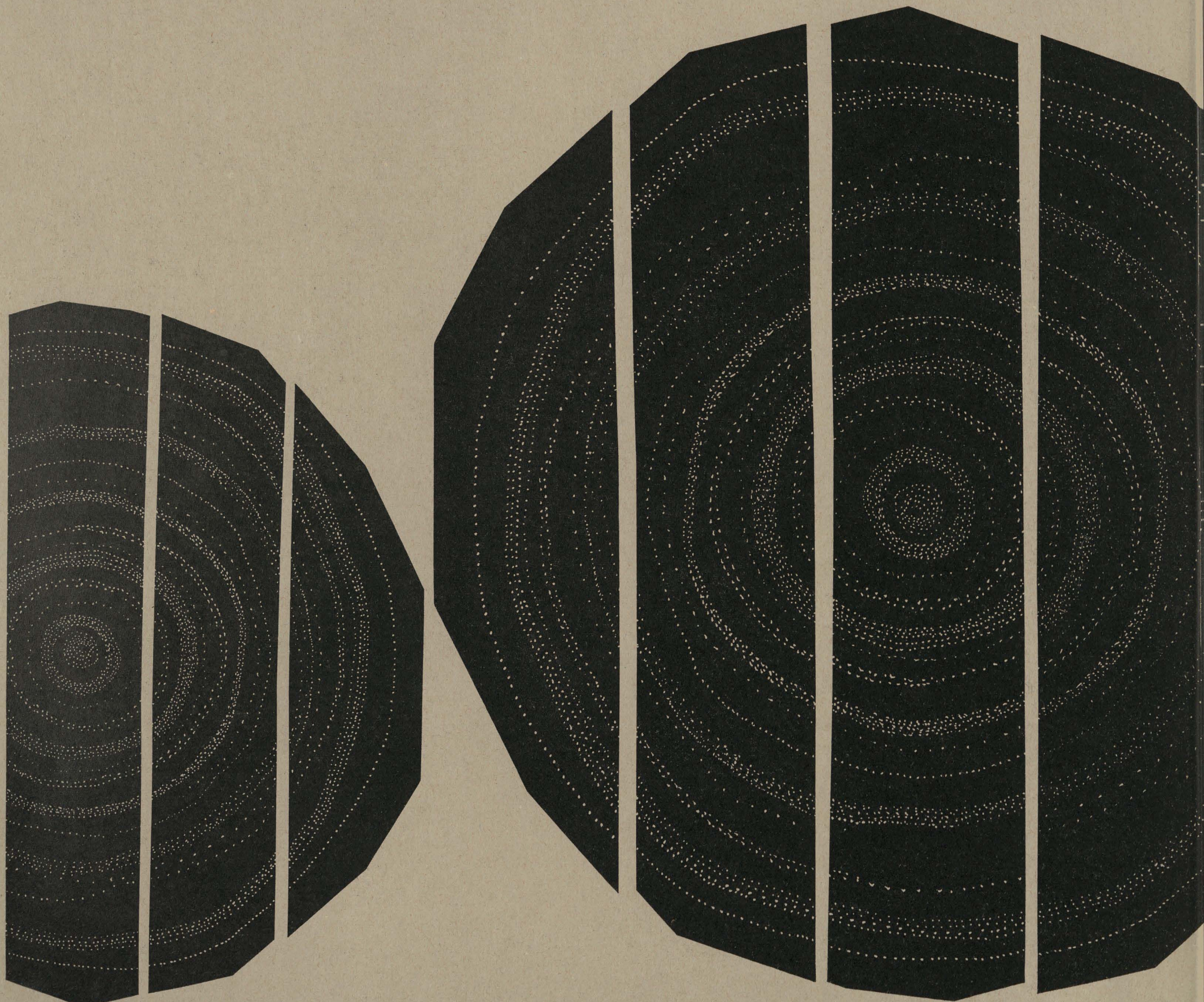
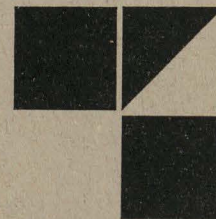
Kötz



Werkstoff

Jahrhundertealtes Naturprodukt mit Zukunft: **Holz** – der zeitlose Möbelwerkstoff. Möbel aus Holz – wie wir sie wählen – anspruchsvoll in ihrer Form, praktisch in ihrer Funktion und handwerklich verarbeitet. Sie sind erdacht und gemacht für Menschen, die Individuelles lieben. Holz behält das Individuelle, Besondere und Vertraute. Holz – kostbarer denn je – der echte Naturwerkstoff für Möbel.

Wir führen »Skandinavien Design«:
Möbel in Teak und Palisander und
anderen Edelhölzern. Wir bauen auch
»Möbel nach Maß« in eigenen
Werkstätten für feinen Innenausbau.
Möbel Koch
Braunschweig Gördelingerstraße 38/40



Es spricht sich rum

Die SPD hat 710 448 Mitglieder.*

Sie leisten im Jahr rund
16 Millionen Mark Beiträge.

Wofür der Aufwand?

Unverbrauchte Kräfte in der Staatsführung
werden die Energien und Fähigkeiten
unseres Volkes auf notwendige Ziele richten.

* In Bund, Ländern und Gemeinden
arbeiten viele kräftig mit.

SPD

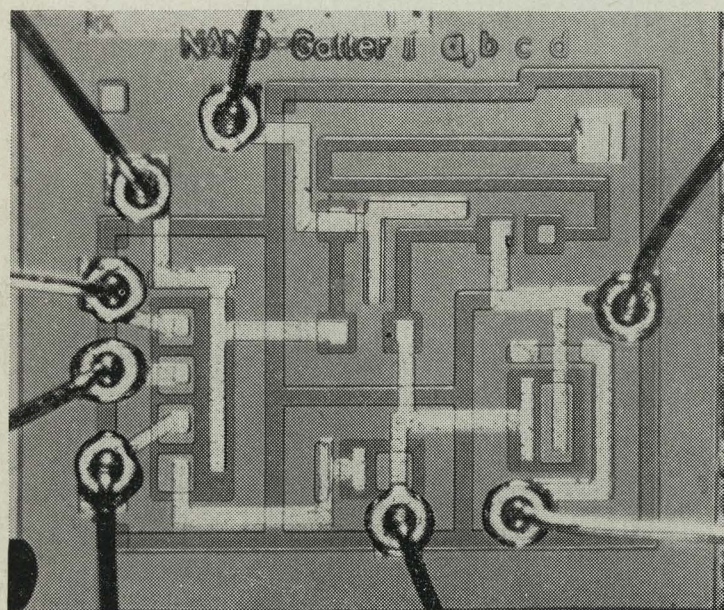
Was will der junge Ingenieur?

Und was findet er im Hause Siemens?

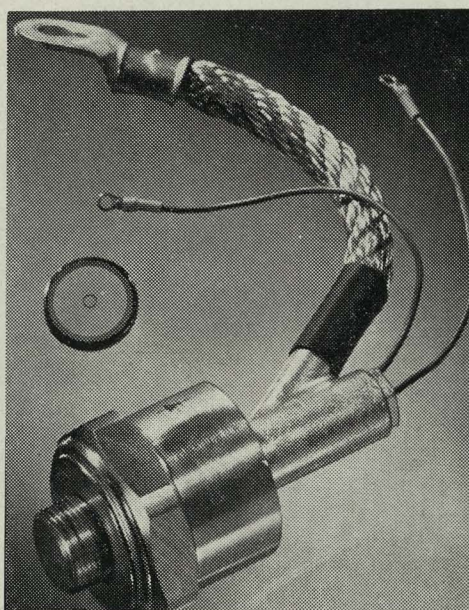
Er will nach dem Studium seine Kenntnisse in der Praxis anwenden, er will seine Fähigkeiten beweisen und seine Leistungen anerkannt wissen.

Er findet Aufgaben aus der gesamten Elektrotechnik für die verschiedenen naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildungsrichtungen. Wir geben Gelegenheit, nach neuesten Methoden und mit modernsten Mitteln bei der Lösung vieler interessanter Probleme mitzuwirken. Die Möglichkeiten, entsprechend Ihren besonderen Fähigkeiten und Neigungen selbständig mitzuarbeiten, sind besonders groß – und damit auch Ihre Aufstiegschancen.

Aus unserer Arbeit: Halbleitertechnik



Integrierte Halbleiterschaltung



Silizium-Thyristor

Die MIKROMINIATURISIERUNG elektronischer Schaltungen wird durch die Entwicklung integrierter Halbleiterschaltkreise ermöglicht. Sie sind zur Lösung digitaler und analoger Aufgaben geeignet. Hohe Zuverlässigkeit und niedrige Herstellungskosten sind neben geringem Gewicht und Volumen die den Einsatz bestimmenden Merkmale dieser Technologie.

In der LEISTUNGSELEKTRONIK kommt dem Thyristor (Siliziumstromtor) besondere Bedeutung zu. Seine günstigen Eigenschaften, besonders seine Steuerbarkeit, machen ihn zu einem wichtigen Bauelement in teil- und voll-automatisierten Anlagen. Die Verwendung von Thyristoren eröffnet neue Wege in den verschiedensten Anwendungsbereichen der Starkstromtechnik.

Über alle wichtigen Ingenieuraufgaben, über Weiterbildung und Entwicklungsmöglichkeiten bei uns informiert Sie die Broschüre INGENIEUR IM HAUSE SIEMENS

Bitte schreiben Sie an die Abteilung Technisches Bildungswesen WS,

für Nachrichtentechnik:

Siemens & Halske AG, 8000 München 25, Hofmannstraße 51

für Starkstromtechnik:

Siemens-Schuckertwerke AG, 8520 Erlangen, Werner-von-Siemens-Straße 50

SIEMENS & HALSKE AG · SIEMENS-SCHUCKERTWERKE AG

Dr. Taeschner und Dr. Gerdes gegeben, die mit einem schönen und konzentrierten Gesamtentwurf ebenso imponierten wie mit ideenreicher Vorfeldplanung. Spengelin aus Hannover wurde mit ihnen auf den 3. Rang gesetzt. Ausgebrütet wurden diese Entscheidungen unter Vorsitz von Werner Düttmann, dem Berlin seine lebenswürdige Akademie der Künste verdankt. Wie Scharoun jedoch diese schwerfällige technische Anstalt eines Theaters aufgliederte in ihre funktionellen Bestandteile und dadurch eine lockere mit Wasser und Grün belebte Massenverteilung auf jenen Hang zauberte, war meisterhaft und sollte allein zur Vollendung des Stadtbildes, das noch mancher Signale im grauen Meer des sozialen Wohnungsbaues bedarf, verwirklicht werden.

Ungelöst wird dann das Problem bleiben, in diese neu geplante moralische Anstalt auch neue Ideen einzupflanzen, die geeignet sind, verholzten Vorstellungen einer Volksbühne im industriellen Zeitalter grüne Triebe aufzusetzen.

Dr. Uwe-Jens Nissen

omnibus 13, 1966, DM 1,50

3300 Braunschweig, Broitzemer Straße 230

Herausgeber

Hermann Oetting, Werner Steffens, Udo Zisowsky

Für den Inhalt verantwortlich Werner Steffens

Voll gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder

Für unverlangte Beiträge und Bücher wird keine Gewähr übernommen

Postscheckkonto Hannover 12270

Graphische Gestaltung

Manfred Breimeier und Udo Zisowsky

SHFBK Braunschweig

Wir danken folgenden Firmen für die Mithilfe beim Zustandekommen der Zeitschrift omnibus

Satz und Buchdruck

ACO DRUCK GMBH, Braunschweig

Umschlagoffsetdruck

Richard Borek KG, Braunschweig

Für den Umschlag wurde ein Foto aus der Zeitschrift »Playboy«, Heft 2, 1966, verwendet

Klischees

Köhler und Lippmann, Braunschweig

Schriften

D. Stempel AG, Frankfurt am Main

Papier

Wilhelm Seiler GmbH, Hannover

Anzeigen

Im Auftrage der Inserenten für omnibus gestaltet mit Ausnahme der Anzeigen

AEG Frankfurt am Main,

Demag Aktiengesellschaft Duisburg,

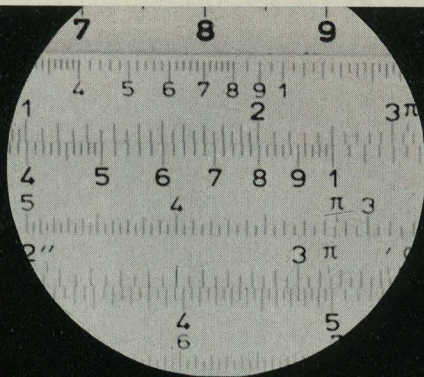
Siemens und Halske Aktiengesellschaft

Entwurf der Anzeigen in diesem Heft

Manfred Breimeier, Klaus Grözing, Robert Hirschberger,

Georg Oehring, Udo Zisowsky

Wir danken unseren Interessenten für Ihr Interesse



Altes bewahren - an der Gegenwart arbeiten - Neues aufbauen - eine nahezu 150jährige Tradition verpflichtet uns. In über 100 Ländern ist der Name DEMAG ein Begriff für Zuverlässigkeit und Präzision.

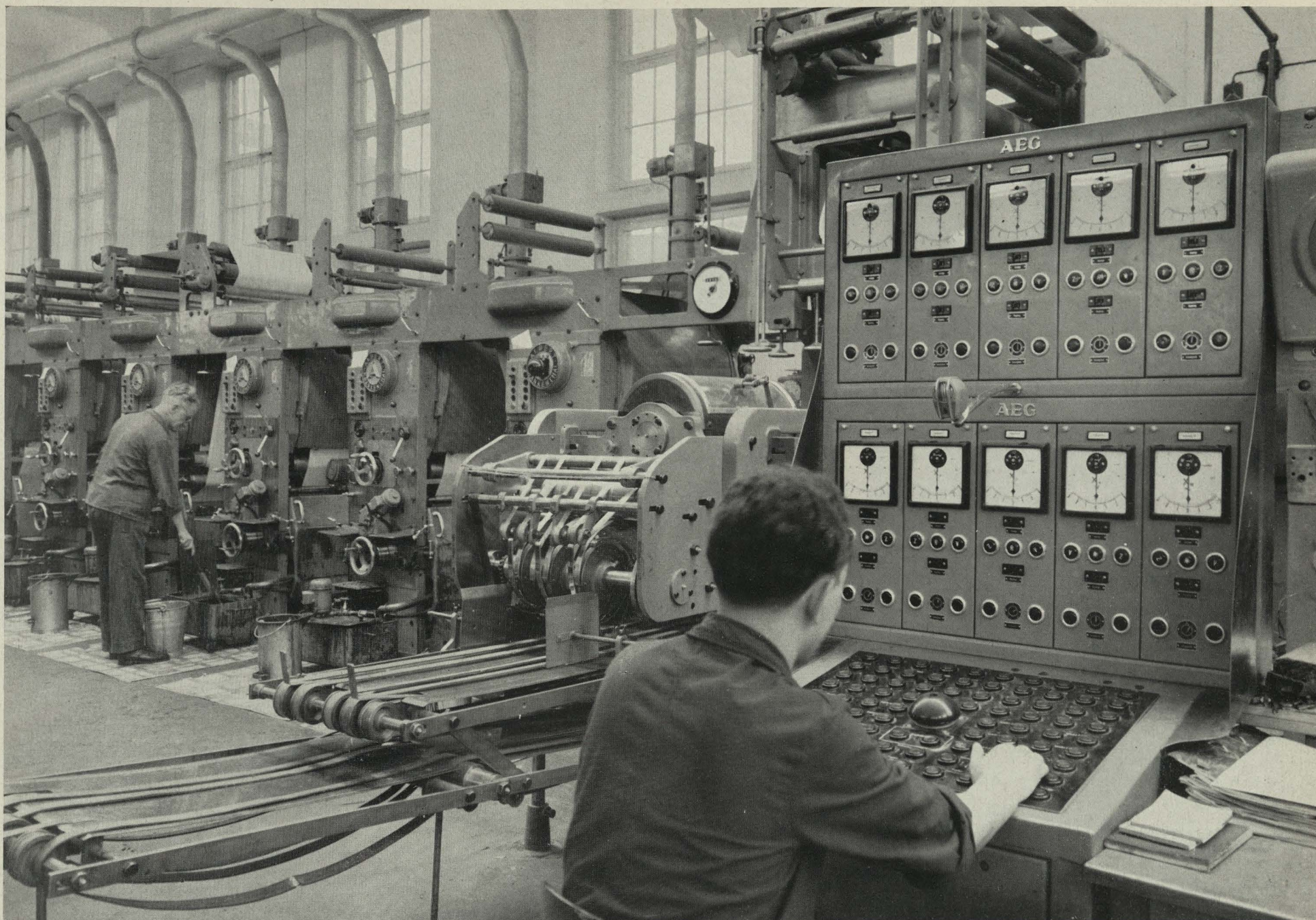
Sie haben den festen Willen, nach dem Studium Ihr erworbenes Wissen und Können unter Beweis zu stellen und ständig zu erweitern. Sie wollen etwas leisten - etwas werden, eine Chance für Ihre Zukunft vor Augen haben. Sie wollen wissen, ob sich Ihr Fleiß, Ihre Mühe, Ihre Einsatzbereitschaft auszahlen.

Wir wollen Ihnen bei der Entscheidung helfen. Sie finden bei uns interessante Aufgaben in Forschung, Entwicklung,

Konstruktion, Fertigung, Verwaltung und betriebswirtschaftlicher Disposition.

Unsere Werke liegen in Duisburg, Wetter/Ruhr, Düsseldorf, Zweibrücken, Saarbrücken, Frankfurt/Main, Köln, Jünkerath/Eifel, Hamburg, Trier und Darmstadt.

DEMAG
DEMAG Aktiengesellschaft Duisburg



Vom Elektroingenieur hängt die Automation ab

AEG

ZWA 2861

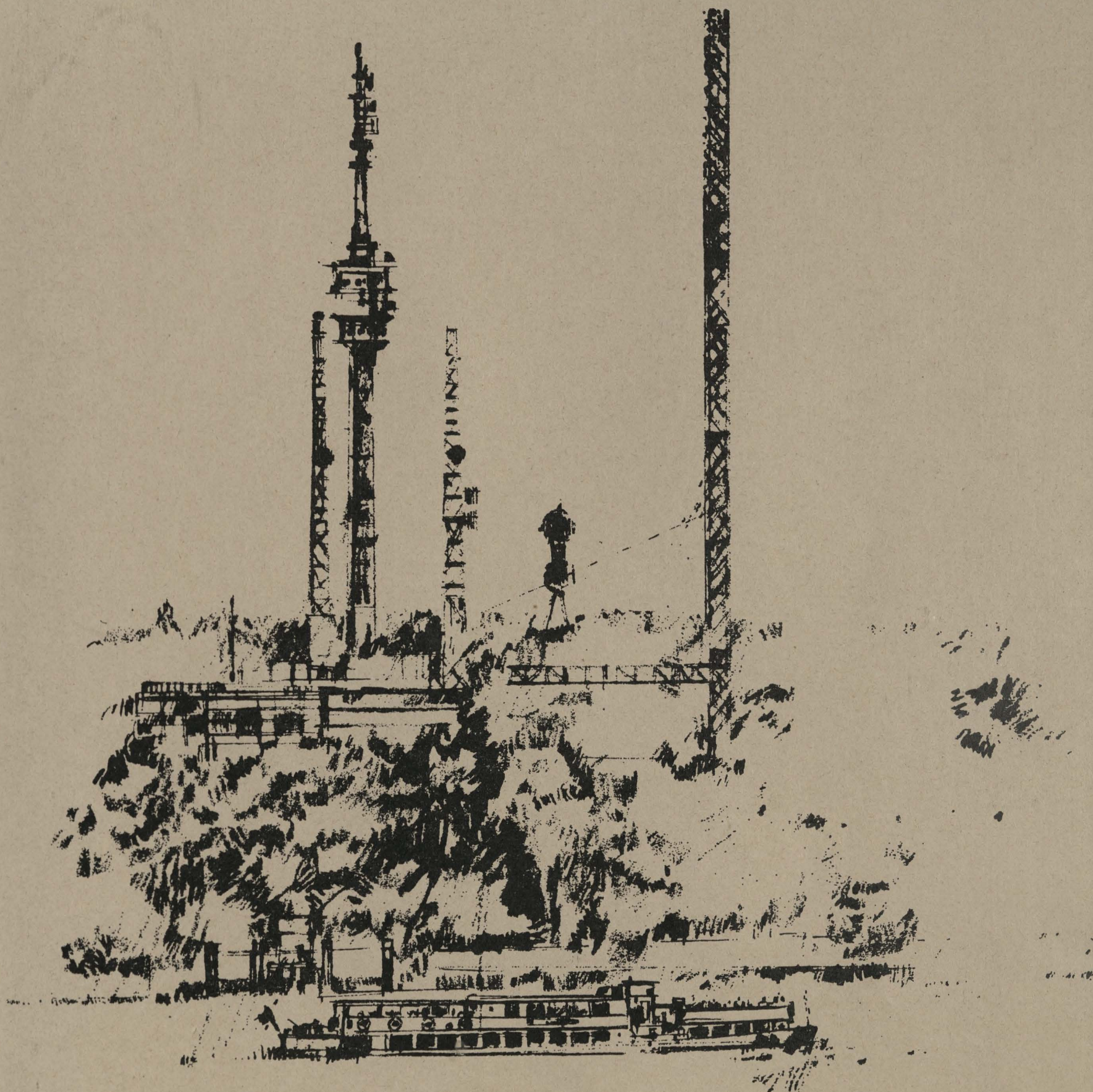
ALLGEMEINE ELEKTRICITÄTS-GESELLSCHAFT

Gut, daß Sie Elektrotechnik studieren. Noch besser, wenn Sie Ihr zukünftiges Spezialgebiet bereits gewählt haben. Denn einen Fachmann für den gesamten Bereich der Elektrotechnik besitzen selbst wir nicht. Aber dafür vorzügliche Spezialisten. Und die fanden schon immer zu uns; ihnen und ihrer Arbeit verdankt die AEG seit mehr als 80 Jahren Ansehen und wirtschaftlichen Erfolg. Die AEG-Spezialisten bildeten früher eine Mannschaft, heute Teams. Der Name hat sich gewandelt, der Geist des Respektierens jeder guten individuellen Leistung ist jedoch geblieben. Und auch die Anerkennung bleibt heute genau so wenig aus, wie in den vergangenen Jahrzehnten.

Auch das gehört zur Automation. Wir bieten Ihnen verantwortungsvolle Tätigkeitsbereiche in der Entwicklung, Berechnung, Konstruktion, Projektierung, im Betrieb, Prüffeld und Vertrieb.


Bitte schreiben Sie uns; wir beraten Sie gern. Schauen Sie sich bei uns um und prüfen Sie selbst. Die AEG kann Ihnen mehr bieten als nur einen »Job«, sie bietet Ihnen die Ausübung des Ingenieur-Berufes mit interessanten Aufgaben und innerer Befriedigung.

AEG, Nachwuchs und Ausbildung
6 Frankfurt 70, AEG-Hochhaus



Diplomingenieuren der Elektrotechnik, des Maschinenbaues und der Architektur bietet die Deutsche Bundespost eine interessante und verantwortungsvolle Beschäftigung. Als Führungskräfte einer der größten Verkehrs- und Nachrichtenverwaltung mit mehr als 400000 Beschäftigten haben Sie günstige Aufstiegsmöglichkeiten. Die Deutsche Bundespost gewährt Studenten der Fakultäten

Elektrotechnik und des Maschinenbaues von Studienbeginn an, Studenten der Architektur nach bestandem Vorexamen Studienbeihilfen, 260 DM monatlich bis zum Diplom - Vorexamen, anschließend 330 DM monatlich. Während der zweijährigen Ausbildung als Postreferendar erhält ein verheirateter Diplomingenieur einen monatlichen Unterhaltszuschuß von etwa 660 DM bis 880 DM.

Nach dem Bestehen der Großen Staatsprüfung beträgt das Anfangsgehalt etwa 1100 DM bis 1200 DM. Beförderungsmöglichkeiten vom Postrat in höhere Dienststellungen stehen offen. Die Deutsche Bundespost bietet neben einer gesicherten Lebensstellung auch umfangreiche soziale Leistungen. Wir erteilen Ihnen auf Anfragen gern weitere Auskünfte. 
Oberpostdirektion Braunschweig, Friedrich-Wilh.-Str.

was Männer mögen

In Zeitungskiosken, beim Kauf alltäglicher Zeitschriften, erlebt man zuweilen Kunden, die ihre Wünsche dem Händler leise, fast hinter vorgehaltener Hand wie eine Vertraulichkeit sagen. Mit verständnisvoll zustimmendem Blick, den Käufer einfacher Illustrierten nie erhalten, bekommen diese Kunden für teures Geld Hefte, mit so verheißungsvollen Titeln wie party, snob, intim oder diskret. Die Untertitel verraten, worum es geht: Das Herrenjournal, für männer, eine zeitschrift für

schen, und jeden Monat kommen neue hinzu. Von einigen dieser Hefte soll hier die Rede sein.

Als erstes fällt auf, daß es nur eine einzige Herrenzeitung in Deutschland gibt, die älter als zwei Jahre ist: »ER, die Zeitschrift des Herrn«, die im Titel auch englisch und französisch firmiert, um den Hauch der großen weiten Welt ausstrahlen. ER meint von sich, daß er »mit viel männlichem Geschmack und Delikatesse zusammengestellt« sei, geschaffen »damit be-

Herrn, nicht aufregend, nicht aktuell, nicht schlecht, mehr nicht.

Aber viele Männer mögen Sex in ihren Zeitschriften, so unverhüllt, groß und bunt wie möglich. PLAYBOY hat die richtige Mischung und Zubereitung, die kleinen Nachahmer haben ihr großes Vorbild, und so wie vieles von der Aufmachung des PLAYBOYS zum festen Bestandteil dieses Zeitungstyps gehört, so natürlich das von jedem Mann als erstes mit Ungeduld und leichtem



den herrn, aha!

Viele Leute munkeln über solche Zeitschriften, obgleich sie kaum je ein Heft von innen sahen. Während jedermann überall erzählen kann, daß er CONSTANCE oder Brigitte lese, gilt es in weiten Kreisen als unziemlich, ein Herrenjournal zu beziehen. Kurz, die öffentliche Meinung hat kräftige Vorurteile gegen Herrenzeitungen. Wohl deswegen gab es lange gar keine solche deutschen Hefte, ausländische Produkte beherrschten den Markt, vor allem jenes, das in der ganzen Welt als Vorbild dieses Presstyps angesehen wird: PLAYBOY. Erst in letzter Zeit schießen deutsche Hefte wie Pilze aus dem Boden. Mindestens zehn verschiedene gibt es inzwi-

hagliche Stunden noch angenehmer werden«. Wer dazu Sex erwartet, wird enttäuscht sein. Die Redaktion kommt Wünschen dieser Art nur etwas verschämt nach. Historische Waffen, schicke Sportwagen und andere, aber leblose Gegenstände männlicher Sammlerleidenschaft nehmen breiteren Raum ein. Der Inhalt unterscheidet sich kaum von Zeitschriften wie z. B. EPOCA: Interviews mit Prominenten, goldene Lebensregeln, Schallplatten und Bücher, Erzählungen und ein Krimi, natürlich Mode und alles mit einem Hauch von Luxus und weiter Welt, aufgelockert durch eine Fülle von Anzeigen für allerlei Teures, alles nach dem Motto »Die elegante Welt«. twen ist besser und preiswerter. ER ist für den gesetzten

Prickeln aufgeklappte »Bild des Monats«. Der gleiche Kult, den die amerikanischen Erfinder mit diesem monatlichen »Spielkameraden« treiben, wird auch hier versucht: Ein nacktes fremdes Mädchen ist nichts, eine nackte Bekannte ist mehr! Nach diesem Motto wird die Dame auch in einigen hiesigen Blättern zuerst vorgestellt: Ihr Alter, Name und Herkunft, natürlich ihre Hobbys und sogar - mehr als manch einer von seiner leibhaftigen Freundin weiß - der Beruf. »Snobby 5: Irene malt und makelt«! Nur Telefonnummern werden nicht veröffentlicht. Das Prinzip ist Verlocken, mehr nicht. Trotz äußerer Ähnlichkeit, der Unterschied ist groß. Erwarten Sie nicht zu viel. Die Bilder sind höchstens halb so schick,

wahrscheinlich sind unsere Verleger arm, jedenfalls sind Modelle wie Fotografen von bescheidenen Gaben. Bei uns ist schon fast immer das Titelbild bei weitem das beste - wenn auch innen manchmal noch »mehr« geboten wird. Offensichtlich haben die Verleger Mühe, billig geeignete Fotos zu beschaffen. diskret gibt seinen Bilder-mangel offen zu: »diskret sucht neue modelle, sie als modell und er als fotograf«. Bitteschön: Jedermann knipse seine Frau als Stripteasegirl; diskret wird indiskret. Was für Aussichten! Tatsächlich sehen manche Hefte schon aus, als ob die Bilder auf ähnliche Weise entstanden sind. Mehr oder weniger entkleidete Freundinnen in enger Mansarde, ein Lob der Unterwäsche. Gequälte Model-

ist nie nachgewiesen. Leuten, die sich solche Bilder zu Gemüte führen, gebricht es gewöhnlich ohnehin an Mut und Tatkraft zu schlimmerem Tun. Hunde, die bellen, beißen nicht.

Snob bringt als einziges deutsche Journal und daher zum berechtigten Stolz der Redaktion, getreu der Hefnerschen »playboy-philosophie« einen Diskussionsteil mit der »snob-philosophie«, die sich, den spärlichen Leserbriefen nach zu urteilen, einer gewissen Beliebtheit erfreut. Da ist von »neuer Moral« die Rede und dergleichen Rat-schläge, das Leben leicht zu nehmen (»Sorbasten Sie mal!«) und allgemeine, vernünftige Lebens-regeln mehr. In allen diesen Heften wird viel Aufhebens gemacht, aber wenig Inhalt geboten,

festgestellt, daß nirgendwo mehr von Moral ge-sprochen würde, als in unseren Illustrierten; die Herrenzeitungen helfen dabei in ihren Textbei-trägen fleißig mit.

Neben den sozusagen aktuellen Beiträgen erwar-tet der Leser auch Unterhaltung; so gibt es kaum ein Journal ohne Kurzkrimi. In Amerika kommen in Herrenzeitschriften auch führende Schriftstel-ler zu Wort. Das gibt es hierzulande nicht. Unsere modernen Schriftsteller sind wohl weder morali-scher noch schlechter als z. B. Nabokov oder Baldwin, aber man kann sich schwer vorstellen, ihnen in einer unserer Herrenzeitungen zu be-gegnen. Wahrscheinlich liegt das daran, daß das bei uns niemand einem Böll, Graß oder Johnson



le, deren Attraktivität höchstens ihre dankbaren Liebhaber in Atem hält, primitiv fotografiert, Sex im Sozialen Wohnungsbau. So stelle ich mir bür-gerliche Sexorgien vor, von denen die Tages-presse beim Leser ungleich pikantere Vorstellun-gen erweckt. Gewiß, nicht alle können Filmstars ins Bett nehmen, wir Durchschnittsbürger tuns auch darunter, such is life, aber jedenfalls Bilder sollten ein wenig Illusion geben, sonst sind sie zu primitiv. Wenn Sexfotos, dann ansprechend und süß, nicht illusionslos, schmierig und brutal. Sex im Bild kann sein, ja soll sein, warum nicht. Män-ner lieben das. Manche Leute brauchen es offen-bar, andere sehen es nur gern. Die Schädlichkeit solcher Abbildungen, solcher visueller Präerotik

im Stil der Illustrierten. Alles fügt sich bestens in das hergebrachte abendländische Moralgebäude, wenn man auch mit noch so umstürzlerischem Anspruch daherkommt. Überschriften verheißen erotische Reize: »2000 Jahre Entblößung«, »Zwi-schen Bett und Universität - Studentensex«, aber die Texte, ob nun Reportagen von Sylt (»Sie lebte wie Eva«), ein Interview aus Schweden (»Eheglück zu dritt«), oder Fragmente eines Sit-temgemäldes aus einer deutschen Kleinstadt als Fortsetzung (». . . Liebesroulette in Timmendorf«) enthalten gleichmäßig wenig. Man rührt an Anstößigem, nur um davon zu sprechen, und um sich davon distanzieren zu können; wie ver-worfen sind doch die Leute! Jemand hat einmal

verzeihen würde, was viel über die Moral in Deutschland sagt . . .

Prominente Autoren gibt's trotzdem: Vergil, Bo-caccio, Walther v. d. Vogelweide, alles, was alt und angesehen ist, muß herhalten, wenn es nur ein wenig erotisch ist. Bei manchen Heften wer-den die Geschichten aus Spezialliteratur, die ein-schlägige Verlage in Luxausgaben feilbieten, zusammengesucht. Uralte Geschichten aus dem Mittelalter, dem Nahen oder Fernen Osten kom-men da in falsche Hände und in denkbar schlech-te Nachbarschaft.

Sieht man verschiedene dieser Zeitschriften zu-sammen, fällt auf, daß manche sich stark ähnlich sehen, schaut man näher hin, bemerkt man, daß

z. B. bei diskret und intim die Redaktionen identisch sind. Beide erscheinen auch im gleichen Verlag Alfons Semrau, und beide sind gleich wenig empfehlenswert und viel zu teuer (4 DM). Der Lehning Verlag bietet ebenfalls zwei Hefte an, bolero und party. Ersteres ist nicht besser als intim. party wirkt schon äußerlich viel vornehmer, hier überwiegen die neutralen Interviews mit Prominenten und Berichte über Kulturelles: »Rettung für Venedig?«, »Tarzan schaukelt immer noch«. Die Umrandung mit neckischen Filmstarfotos ist ganz appetitlich und alles gibts für drei Mark. Am schicksten und teuersten (7,50 DM) ist privat. Da gibt es jedenfalls teilweise erstklassige Fotos, vermischt mit primitiven Witzen und üblichem Text zwar, aber doch auch mal gute, ja hervorragende Zeichnungen von Searle, Yrrah, Bosc u. a. Aber privat ist noch sehr neu, das zweite Heft war gut, das dritte schon weniger. Wer weiß, was kommt. Am meisten Mühe gibt sich die Redaktion von snob. Die Texte beschäftigen sich mit sehr vielfältigen Gebieten, selbst um Politik geht es da. Aber es gibt auch viel Überflüssiges (z. B. »von Plätzen und Personen« und den Vorabdruck eines Buches: »Frauen für Anfänger«) und auch einige recht primitive Bilder. Die Redaktion will »beweisen, daß Sex Niveau nicht ausschließt«; snob will »eine Männerzeitschrift sein - kein Sexmagazin - ein Gegengewicht gegen die unzähligen Frauenblätter«. Beide Ziele sind löblich, aber leider noch nicht erreicht.

Merkwürdigerweise werden die Herrenzeitschriften von der Wirtschaft fast vollkommen geschnitten. Es gibt kaum Anzeigen in diesen Heften, nur ER ähnelt in dieser Beziehung anderen Presseerzeugnissen. Im snob findet man noch zwei Anzeigen (für Dujardin und eine Brille) und in privat eine von BMW, im übrigen so viel wie nichts. Hat auch die sonst so werbefreudige Wirtschaft Angst vor den Vorurteilen, mit denen man diesen Zeitschriften begegnet? Ausländische Magazine haben doch eine Fülle von Anzeigen, die sich teilweise sehr geschickt an den besonderen Leserkreis wenden, und deutsche Firmen wie 4711, Volkswagen und DKW haben dort keinerlei Bedenken.

Viel schwerer aber noch, als durch die mangelnde finanzielle Unterstützung durch Annoncen, wird es diesen Zeitschriften durch das Gesetz gemacht. Einige Körperstellen gelten als obszön, sie dürfen nicht abgebildet werden, und wenn, so werden sie häufig überdrückt, wodurch die Bilder dann wirklich unanständig werden. Ein Mädchen

im Grase - über der Brust, oder besser statt dieser, sieht man dann dick und fett das Wort »intim«. Es gibt ein Gesetz, das obszöne Darstellungen verbietet, und so gibt es Richter und Staatsanwälte, die diese Magazine überprüfen. Wohlbezahlte Herren entscheiden, wieviel Fleisch erlaubt, was verboten ist, dabei gilt das gesunde Volksempfinden als Richtschnur. Ein Mann mit Gefühlen wie ich, nur beamtet, entscheidet, ob ich normal bin oder ein Schwein, falls mir ein anderes Bild gefällt als ihm.

Niemand wird ernstlich die Berechtigung von Herrenzeitschriften anzweifeln können. So kommt alles darauf an, wie sie gemacht sind. Pfui zu sagen, ist leicht, gegen allgemeine Vorurteile eine gute Zeitung zu machen, ist schwer. Ich bin sicher, daß diese Journale besser wären, wenn sie nicht jederzeit ein Objekt für den Staatsanwalt wären. Gerade, weil wir geneigt sind, sie als unanständig und unmoralisch zu betrachten, haben die Verleger Mühe, Mitarbeiter von Rang zu gewinnen. Nicht der Typ ist schlecht, nur einige Hefte. Wir sollten ein freies natürliches Verhältnis zu ihnen haben, keine Vorurteile. Egbert Martins

Als Anschauungsmaterial dienten hauptsächlich: bolero, diskret, ER, intim, party, PLAYBOY und snob, jeweils die Nummern 1/66 sowie einige frühere Hefte. Den Verlagen, die uns ihre Zeitschriften bereitwillig zur Verfügung stellten, freundlichen Dank!

Coventry

Die Abteilung Gebrauchsgraphik an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (SHFBK) stellte vor zwei Jahren in London aus. Die Ausstellung hatte eine positive Resonanz, die bis heute wirksam ist.

Die Dokumentation dieser Lehrmethode und ihrer Ergebnisse hat das City of Coventry College of Art (CCA) veranlaßt, die SHFBK Braunschweig als einzige deutsche Schule zu einem Studienaustausch einzuladen.

Der Studienaustausch zwischen dem Department of Design an der CCA in Coventry und der Abteilung Gebrauchsgraphik an der SHFBK Braunschweig ist in folgender Form geplant:

Eine begrenzte Anzahl Studierender der oberen Semester wird mit einem Studienleiter an dem Austausch teilnehmen. Prof. Klaus Grözinger, Leiter der Abteilung Gebrauchsgraphik an der SHFBK wird die erste Studiengruppe nach Coventry begleiten und die englische Gruppe in Braunschweig betreuen.

In diesem Jahr soll der Austausch wie folgt stattfinden:

Studiengruppe Braunschweig vom 26. September bis 24. Oktober 1966 in Coventry.

Studiengruppe Coventry vom 1. November bis zum 1. Dezember 1966 in Braunschweig.

Die Studenten werden an allen Übungen und Vorlesungen der jeweiligen Gasthochschule teilnehmen.

Und arbeitet nach der Art des Johann Sebastian Bach

Fortsetzung von Seite 18

Da sage noch jemand, eine klärende Kritik sei in diesem Falle nicht bitter nötig!

Herr Kühn verteidigt sich und wird immer wieder verteidigt mit dem Hinweis auf die berühmten Architekten, die mit ihm zusammenarbeiten. Lassen wir einen dieser Architekten, einen bekannten, namhaften Braunschweiger Hochschul-lehrer sich dazu äußern. Er sagte mir im Gespräch ungefähr: »Ich setze Herrn Kühn ein als einen guten Handwerker für bestimmte eng umrissene Zweckaufgaben, wie Gitter und dergleichen. Es ist aber schrecklich, was dieser Mann verfertigt, wenn man ihn gewähren läßt und er nicht an einen Zweck gebunden ist.« (Der Architekt drückte sich allerdings wesentlich härter aus.)

Und damit, Herr Lufft, habe ich Ihnen auch verraten, wen meine Kritik angegriffen hat: nämlich zunächst Herrn Kühn mit den Arbeiten, bei welchen er den sicheren Boden des Handwerks verläßt, und genau so jene Architekten und verantwortlichen Baugremien, die Herrn Prof. Kühn an künstlerische Aufgaben setzen, wovon er nichts versteht. Und so entstehen dann diese Pseudo-Reliefs, Pseudo-Wandgestaltungen usw. mit dem Anspruch von Kunst, anstelle von Kunst, finanziert aus den schmalen Mitteln, die für Kunst vorgesehen sind, - den Laien suggerierend, sie hätten es mit Kunst zu tun. Für diese begrenzten Mittel aber sollten nach meiner Meinung Dinge ins Land geholt werden, die beispielhaft für den Stand der heutigen Kunst sind, - genau wie Sie schreiben, Herr Dr. Lufft, von Armitage bis zu (meinem verehrten ehemaligen Lehrer) Zadkine!

So, bisher haben wir uns über die Sache unterhalten.

Was die Form Ihres Artikels anlangt und die darin enthaltenen Anspielungen, halben Behauptungen und genüßlichen Formulierungen, so muß ich Ihnen dazu sagen: Herr Dr. Lufft, hier waschen Sie in Erinnerung an Ihr Ausscheiden aus öffentlichen Ämtern Ihre ganz private, schmutzige Wäsche, und Sie können von mir nicht erwarten, daß ich mich dafür interessiere.

Einige Details seien jedoch richtiggestellt:

In Ihrem Aufsatz benennen Sie mich fortwährend im Zusammenhang mit der Werkkunstschule (der ich nie angehört habe) Sie machen mich mitverantwortlich für Arbeiten (die ich nicht gemacht habe).

Sie vermissen meine Kritik an künstlerischen Arbeiten (die bereits seit langem entstanden sind - lange bevor ich nach Braunschweig kam).

Sie beschimpfen unsere Hochschule (obgleich Sie sich nie die Mühe gemacht haben, irgendwie mit den Lehrergebnissen in Kontakt zu kommen, und obgleich Sie wissen, daß es in der Natur der Sache liegt, daß die Leistungen einer solchen Schule nicht bereits nach drei Jahren an der Elle gemessen werden können.)

Sie legen dem Direktor unserer Schule Äußerungen in den Mund, die weder in diesem Sinne noch in dieser Form jemals getan worden sind (wobei Sie wissen und einkalkulieren, daß Herr Direktor Wollermann die Sache vor diesem Leserpublikum nicht richtigstellen kann, weil die nächste Nummer des Blattes frühestens in einem halben Jahr erscheint).

Und endlich: Sie denunzieren den soeben aus den Diensten der Stadt ausgeschiedenen bisherigen Kulturdezernenten, der sich, wie nur wenige in Braunschweig, Verdienste um die heutige Kunst und ihre Förderung und Pflege er-

worben hat (wobei Sie sicher sind, daß der Angegriffene zuviel Noblesse besitzt, um sich gegen Ihre Äußerungen zur Wehr zu setzen).

PS: Wir weisen daraufhin, daß die Ausführungen Dr. Peter Luftts mit seiner Zustimmung Prof. Cimiotti zur Stellungnahme vorgelegen haben.

Prof. Karl Wollermann

In seiner Erwiderung zu den Ausführungen von Dr. Luftt bestreitet Prof. Cimiotti die Richtigkeit der Äußerung Prof. Wollermanns: »Was Kunst in Braunschweig zu sein hat, bestimme ich!« Der omnibus bat deshalb Prof. Wollermann um eine klärende Stellungnahme, die er uns am 15. Mai dieses Jahres telefonisch übermittelte. Dabei teilte uns Prof. Wollermann mit, daß er diese Äußerung als mehr als eine böswillige Verdrehung ansieht. Er verwahre sich gegen jede Äußerung, die besage, er bestimme in Kunstsachen. Das habe er nie gesagt.

Prof. Karl Bobek

Die Gesellschaft hat den Ehrgeiz, moderne Kultur zu haben. Aber es sind Potemkinsche Dörfer, die sie errichtet: Denn diese moderne Kultur existiert nicht in der verbindlichen Weise, wie man glauben möchte. Sie besteht aus den Leistungen Einzelner, die es wagten, ihre wahren Empfindungen zu haben, zu verantworten und zu artikulieren. Das Übrige ist Konsum auf dem Boden einer verwässerten humanistisch-sozialen Konvention.

Eine verbindliche Kultur aber, das heißt eine Kultur, deren Konsum mit ihr identisch ist, gäbe allein die Voraussetzung, daß ein Handwerker an einem künstlerischen Objekt etwas tun kann, ohne Mißbrauch zu treiben.

Im glücklichen Einzelfall, zum Beispiel mancher Industrieform, ist auch heute noch das Konsumgut selbst Kulturgut, weil es aus dem schöpferischen Geist der Kultur stammt. In der Regel aber wird das Konsumgut zum Surrogat des Kulturgutes, indem man es äußerlich mit den Reizen und Merkmalen des Kulturgutes ausstaffiert.

Cimiotti nimmt sich das Recht zu seiner Kritik aus der Hoffnung, der Gesellschaft den geschichtlich entstandenen Zwiespalt zwischen Kultur und Konsum erklären und ihr eine Wertorientierung angewöhnen zu können.

Kühns Arbeiten sind, soweit ich sie übersehe, populär künstlerische Rekonstruktionen eines gehabten Kulturgutes und werden von der Gesellschaft als Kultursurrogat außerhalb der Gesetze des Konsums angenommen. So geben sie ihr das Gefühl, Kultur zu haben - und damit deren Reiz und Prestige, ohne das Unverständliche, das an jedem echten Kulturgut zunächst haftet, erleiden und verarbeiten zu müssen.

Was man aber zu besitzen glaubt, erwirbt man nicht mehr. Hier ist der Anfang einer schrecklichen Barbarei. Der Schritt ist nicht weit, echte Kultur zu zerstören, den Eingeweihten zu töten, weil beide dem kulturellen Selbstgefühl lästig sind. Man sollte jedoch den Irrtum nicht stehen lassen, Bauräte, Architekten und Kunstambeschäftigte seien allein die Sünder. Der Riß geht quer durch unsere Gesellschaft. Betätigen sich jene oft als Friseure und Modisten, so ist der Kunstbetrieb eine Erfindermesse geworden.

Wann wird man endlich aufhören zu tun, als wären wir Mordskerle und hätten eine feine Kultur?

Es gibt keine moderne Kultur! Oder wenn es eine gibt: Dann ist sie noch minderjährig und schon eine Hure, von Liebhabern mißbraucht und von falschen Krankenschwestern zu Tode gepflegt. Die Besserungsanstalt ist schon im Wiederaufbau, dort war sie schon einmal. Manchmal, wenn sie allein ist, träumt sie von der Keuschheit...

Es sind einige wenige Stadt- und Bauräte, Architekten, Galeriemänner und sogar Künstler, die diesen Traum ernst nehmen. Ich schlage mich zu Cimiotti, denn er gehört zu ihnen.

PS: Methodisch klären, analysieren, beweisen? Man sollte es versuchen. Ich bin bereit, wenn es verlangt wird, darüber zu sprechen.

Prof. Fritz Koenig

Es dürfte sich bei Fritz Kühn um einen hervorragenden Handwerker handeln, der leider seine Grenzen nicht kennt und immer wieder beim Versuch Kunsthandwerk zu machen, Kunststücke anfertigt, die seine Bewunderer in die Verlegenheit bringen, sie als Kunst anzusprechen. Ich kenne die Arbeiten Kühns fast nur aus seinen zahlreichen Publikationen. Es scheint demnach nichts zu geben, was Herr Kühn nicht macht. Unkritischer und entblößender kann ein umfangreiches Werk wohl kaum publiziert werden.

Ich empfehle bei Ratlosigkeit besonders die frühen Veröffentlichungen vor und nach 1945.

Prof. Peter Voigt

Die Bitte des »omnibus«, noch einmal über die Auseinandersetzung, die der Kritik des Bildhauers Cimiotti an den Arbeiten des Kunsthandwerkers Kühn folgte, zu schreiben, erfülle ich nur zögernd, denn ich habe meine Meinung bereits geäußert. Die kritischen Argumente bleiben unwidersprochen, neue Formulierungen gleichen Inhalts erscheinen mir überflüssig; auch wiederholte negative Beschreibung kann eine den Objekten unangemessene Bedeutung vorpiegeln.

Ich halte es für töricht, die Polemik einiger Gutachten erneut aufzunehmen oder in ein Ziel zu fixieren. Der Disput wurde durch den zweiten Brief Cimiottis, die in ihm enthaltene berechtigte Kritik und die Forderung nach Gesprächen vernünftig abgeschlossen. Ich kann diese Forderung nur unterstreichen.

Einige seltsame Äußerungen, verschieden motiviert, auf unterschiedliche Wirkungen bedacht, sind virulent; die unsachlichste möchte ich aufgreifen. Sie wird laut als Aggression gegen die Staatliche Hochschule für bildende Künste, der man als »Institution« pauschal »ungehörige Anmaßung« vorwirft. Dazu möchte ich sagen, daß nicht »die Hochschule« (wie könnte sie auch?), sondern der Bildhauer Cimiotti öffentlich Kritik geübt hat. Es bedurfte dazu keiner Absprache unter Kollegen, vielmehr nur der Bewußtheit sinnvollen Engagements. Warum dagegen lärmern? Gerade das nicht vorhandene Engagement pflegt man doch andernfalls den Künstlern anzulasten.

Auch die folgenden Leserbriefe in Braunschweig ansässiger Künstler sollte man als persönliche Äußerungen bewerten,

gerade weil einige Autoren an der Hochschule als Lehrer tätig sind. Institutionelles Wirken kann nur die Folge spontaner Festlegungen sein. Es heißt das Wesen künstlerischer Tätigkeit, aber auch die Struktur der Hochschule gründlich mißzuverstehen, diese als den Urheber des Streits zu bezeichnen. Allerdings sollte man damit rechnen, ja man sollte es fordern, daß Künstler und Lehrer zukünftig ihren Unmut über diese oder jene Fehlleistungen ebenso deutlich aussprechen. Nur der Vorwurf an die Braunschweiger Künstler, allzulange gewartet zu haben, ist berechtigt.

Mißverstanden blieb, das ist einigen Äußerungen zu entnehmen, die Kritik an der mangelnden Originalität. Der Vorwurf, es ginge der modernen Kunst nur darum, »originell zu sein um jeden Preis«, folgt der recht flachen Umgangssprache, die etwa in dem Wort »Original« nur den »Rechenaugust« vermutet. Originalität ist ein Maßstab, Originalität vielleicht als Folge existenzieller Gleichgewichtsübung, im Selbstverständnis also. Das Streben nach etwas Neuem ist eine Voraussetzung schöpferischer Tat; es schließt ungezählte Risiken ein.

Zuweilen übertüncht die in diesem Zusammenhang überraschenderweise gegensätzlich erhobene Forderung nach der »Wahrheit« nur durchsichtig die mangelnde Kenntnis und das Unbehagen an den nicht verstandenen Werken zeitgenössischer Kunst. Sie wird dann mißbraucht. Man täte gut daran, zunächst sich selbst wahrhaftig zu prüfen.

Die zweifellos hier und da vorhandenen Erscheinungen, sich dem Kunstmarkt anzupassen, sich effektiv zu überbieten, oberflächlich-aufzufallen, sind gerade Ausdruck mangelnder formaler Erfindungskraft.

Doch vorerst gilt es zu begreifen, daß Formen Leben haben.

TH-Forum ohne Schloß-Souvenir

Als am 9. Juni 1966 mitgeteilt wurde, daß die Technische Hochschule von der Aufstellung des Reiterstandbildes des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand auf ihrem Forum absieht, war das keine überraschende Nachricht mehr. Erstaunlich ist nur, daß die seit Herbst 1965 mit der Stadt geführten Verhandlungen nun durch eine, vom durch diese Zeitschrift informierten TH-AStA Mitte Mai ausgelöste Pressekampagne so schnell mit negativem Ergebnis beendet wurden.

Aber was wird nun aus dem Forum? Aus Geldmangel wollte man für eine bereits geplante neue Plastik, sozusagen als Souvenir, eins der beiden Reiterstandbilder vom früheren Schloß aufstellen - an dem für die moderne Plastik bereits vorbereiteten Punkt. Man darf gespannt sein, was sich die Architekten demnächst einfallen lassen. Das Forum ist ja wohl geduldig, selbst dann, wenn einigen Architekten mehr die plastische Masse als das Thematische einer Plastik entscheidend zu sein scheint.

So bleibt abschließend nur noch festzustellen, daß man zwar von einigen namhaften Architekten, wie z. B. Prof. Krämer, selbstverständlich erfahren hat, daß sie sich für die Aufstellung einsetzten, aber daß es auch bedauerlicherweise Professoren gibt, zumindest einen in Braunschweig - er hält sich für die Beurteilung von Kunst am Bau zuständig - die sich nicht dazu geäußert haben. Wir meinen speziell den Plastiker an der TH, Prof. Jürgen Weber, dessen frühere Assistenten Läßle und Seemann das Reiterstandbild restaurierten. Prof. Weber wollte erst eine Probeaufstellung abwarten und sich dann äußern. War er nun insgeheim gegen das Pferd, oder war er für den Reiter? Man hätte es vom Plastiker gern erfahren.

WS

omnibus